

Abonnements-Bedingungen:
Wochenpreis 1,10 Mark pro Monat
Wochenpreis 1,10 Mark pro Monat
Wochenpreis 1,10 Mark pro Monat

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgepaltene Anzeigen-
zeile ober deren Raum 40 Pfg. für
politische und gesellschaftliche Berichte
und Berichtigungs-Anzeigen 25 Pfg.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 8. Dezember 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Wider die Soldatenmishandlungen!

Ein Vorschlag.

Uns wird von geschätzter Seite geschrieben:
Besamlich ist die Verwaltung nirgends so empfindlich als am
Geldbeutel. Wenn sie hier gepakt werden kann, so eröffnet dies
auch in Sachen der Abwehr von Soldatenmishandlungen viel
unmittelbarer wirksame Mittel als sie die Militär-Estrafjustiz und
die Agitation in Presse und Parlament darzubieten vermögen.

Schadenzufügenden Handlung gilt. Außer Elsaß-Lothringen und dem
Gebiet des code civil ist die Haftung des Staates bejaht in
Württemberg, dessen Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen
Gesetzbuch in § 202 besagt: „Verletzt ein Beamter des Staates
in Ausübung der ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt vor-
sätzlich oder fahrlässig die ihm einem Dritten gegenüber
obliegende Amtspflicht, so trifft den Beteiligten gegenüber
die... Verantwortlichkeit den Staat.“

Für das Königreich Sachsen ist die Haftung des Staates
durch ein auf der Grundlage einiger älterer Restripte erwachsenes
Gewohnheitsrecht, das noch fortbesteht, seit langem anerkannt.
Die Ausführungsgesetze der übrigen Bundesstaaten treffen keine
Bestimmungen, so daß der bisherige Rechtszustand erhalten geblieben
ist. Die Ausführungsgesetze der beiden Mecklenburg schließen
gegen in Erledigung einer für das sogenannte gemeine Recht be-
stehenden Kontroverse die Haftung des Staates generell aus.

Ganz ebenso ist die Rechtslage in Preußen. Das preussische
Ausführungsgesetz schweigt über die hier erörterte Frage; es bleibt
daher bei dem Rechtszustande, der vor Einführung des Bürgerlichen
Gesetzbuches bestanden hat und der sich mit dem gemeinrechtlichen
deckt.
Aus der Soldatenmishandlung entspringt danach in Preußen
zunächst ein Ersatz- und Schmerzensgeld-Anspruch gegen den
Mishandelter selbst; sodann unmittelbar und gleichzeitig auch gegen
jeden höheren Vorgesetzten, der aus Vorsatz oder Fahrlässigkeit
(ungenügende Kontrolle usw.) die Ausführung der
Mishandlung ermöglicht oder nicht verhindert hat: Jeder erinnert sich
der Breitenbachsachen, die zu den täglichen Erscheinungen der Militär-
justiz gehören; jeder erinnert sich der zahlreichen Fälle, in denen
selbst die Militärärzte ihr Ersuchen darüber, daß gewisse
Mishandlungen den Vorgesetzten entgehen könnten, nicht zu unterdrücken
vermochten: sie gehören alle hierher.

Ein gleicher Anspruch erwächst aber auch gegen jeden Vor-
gesetzten und gegen den Staat, soweit ihnen die Anstellung des
Soldatenmishandlers oder bei seiner Verlassung im Dienste ein Ver-
schulden zur Last fällt. Das trifft in den meisten Fällen schon
dann zu, wenn ein wegen Soldatenmishandlung einmal bestrafter,
oder überhaupt einer Mishandlung überführter Vorgesetzter weiter
im Dienst belassen wird, ein Fall, der bekanntlich zur Erregung der
öffentlichen Meinung, wie die Militärgerichtsjustiz lehrt und jeder
Eingeweihte weiß, sich nur allzu häufig ereignet.

Und noch ein weiterer Gesichtspunkt verdient Hervorhebung.
Das Reichsgericht hat in seinem Urteil vom 29. Juni 1903
(abgedruckt Bd. 55 S. 171 ff. der Entscheidungssammlung) scharf
unterschieden zwischen Anordnungen und Handlungen der Militär-
verwaltung und -Beamten, die lediglich „aus Anlaß der Aus-
übung eines Hoheitsrechts“ und solchen, die in Ausübung eines
solchen Rechts erfolgen, und hat zum Beispiel eine privatrechtliche
Haftung des Militärarztes angenommen, „wosfern er bei Ver-
mahnung, Untersuchung, Bei- und Wegschaffung der zu kriminalen
Verfahren gehörigen Materialien die im Verlehrs erforderliche Sorg-
falt außer acht läßt; eine ausreichende Fürsorge sei hier“ ein Er-
fordernis des bürgerlichen Verkehrs und Rechtslebens“. Ob genug
wird die Mishandlung — zum Beispiel das nächtliche Schäften
auf den Waimschafstaben u. dgl. — nur als „aus Anlaß der Aus-
übung eines Hoheitsrechts“ verübt angesehen werden müssen.

In den Urteilen vom 14. 2. 1901 und 22. 4. 1902 (abgedruckt
Bd. 48, S. 256 ff. und Bd. 51, S. 219 ff.) wird ferner vom Reichs-
gericht angenommen, daß in Ausübung der öffentlichen Gewalt vom
Staat bezw. seinen Beamten auch Rechtsverhältnisse eingeschlochten
werden können, die nach privatrechtlichen Grundsätzen zu beurteilen
sind. So hat das Reichsgericht die Inbesitznahme von Gegenständen
durch die Zollbehörde und ebenso die Inbesitznahme eines zu dem
Gerichtsakten überreichten Schriftstückes durch die Gerichtsbehörde
und zwar sowohl für das gemeine, wie für das preussische Recht nach
Analogie eines zivilrechtlichen Verwahrungsvertrags behandelt und
eine Schadenersatzpflicht des Staates, des Fiskus anerkannt. Ganz
gleichartig liegt der Fall der Aufnahme der Soldaten in die Armee,
die eine schlagende Analogie zu gewissen persönlichen oder beruf-
lichen Abhängigkeitsverhältnissen, die dem Zivilrecht angehören,
schafft, so daß eine analoge Anwendbarkeit der Bestimmungen z. B.
über den Dienstvertrag häufig genug sehr wohl in Frage kommen
kann. Ist der Staat nach Auffassung des Reichsgerichts verpflichtet,
für Sachen aufzukommen, die in Ausübung seiner öffentlichen Gewalt
ihm anvertraut, oder von ihm in Besitz genommen werden, wieviel
mehr wird er für die Blüthe des Volkes einstehen müssen, die das
unerbittliche militärische Nachgebot in die Kasernen zwingt!

Wird ein derartiges zivilrechtliches Verhältnis als in dem
militärischen Dienstverhältnis eingeschlossen angesehen, so würde sich
der Militärsklus von einer Haftpflicht auch nicht durch die Einrede,
daß er bei seinen Einrichtungen und der Auswahl des Vorgesetzten-
personals sich kein Versehen hat zuschulden kommen lassen, schützen
können.

Also: Freich auf zum frühlichen Jagen auf den Beutel der Herren
Vorgesetzten und des Militärsklus!
Wenn alle Anti-Mishandlungs-Erlasse bisher ebenso viele
Schläge ins Wasser waren — vielleicht gelingt es so, einen der
widerlichsten Auswüchse des völkerverderbenden Militarismus wirk-
sam zu weiden zu gehen.

Die Kämpfe um Port Arthur

Scheinen jetzt zu baldiger Entscheidung zu drängen. Die
Japaner haben durch die Eroberung des sogen. 203 Meter-
Hügels einen großen Erfolg erzielt, der durch die Erstürmung
weiterer Hügel noch erhöht worden ist. Ob die Japaner sich
durch diese letzten Erfolge bereits des Schlüssels zu der so
heiß umstrittenen Festung bemächtigt haben, ist zurzeit noch
nicht zu erkennen. Jedenfalls aber handelt es sich um
besonders wichtige Positionen, das beweist
der außerordentlich zähe Widerstand der Russen, das be-
weisen auch ihre heroischen Wiedereroberungsversuche, bei
denen sie 3000 Mann eingebüßt haben sollen. Die Japaner
haben auf den eroberten Hügeln schwere Schiffsartillerie in
Stellung gebracht, mit der sie die im Hafen liegenden Schiffe
beschießen. Zwei Linienschiffe sind durch die japanischen
Granaten bereits zum Sinken gebracht, resp. gebrauchsunfähig
gemacht worden.

Die heutigen Meldungen lauten:
Tokio, 7. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.)
Während der andauernden Beschließung Port Arthurs bemerken die
Belagerer vom 203 Meter-Hügel aus, daß ein russisches Panzerschiff
im Hafen der Stadt sich stark auf die Seite neigt. Infolge Nebels
konnte man das Schiff jedoch nicht genau erkennen.

Tokio, 7. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.)
Wie amtlich bekannt gegeben wird, ist von den russischen Schiffen im
Hafen von Port Arthur die „Koslowa“ gesunken und der „Retowian“
schwer beschädigt.

Tokio, 7. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.)
Die Japaner haben gestern den Masafahügel besetzt. Der Kreuzer
Wagan ist auf Grund geraten.

Petersburg, 7. Dezember. Die Nachrichten aus Port Arthur
lauten immer ungünstiger. Die Russen sollen 3000 Mann in den
Kämpfen um den 203 Meter-Hügel verloren haben. Die Japaner
setzen die Beschließung eifrig fort; von allen Schiffen des russischen
Geschwaders soll nur noch die „Koslowa“ manövrierfähig sein.

Tokio, 7. Dezember. Amtliche Meldung. Der Kommandant der
Schiffsartillerie vor Port Arthur berichtet, daß seit dem 2. d. M.
die Beschließung der russischen Schiffe, welche im Süden vor Pehgu-
shan liegen, mit Erfolg täglich fortgesetzt werde. Sie wurden von
wenigstens 134 Schuß getroffen. Nach Beobachtungen, die man am
Morgen des gestrigen Tages vom 203 Meter-Hügel machte, wurde
festgestellt, daß die „Koslowa“ gesunken und die „Retowian“ sich
beträchtlich auf die Seite gelegt habe. Man glaubt, daß beide
Schiffe für den weiteren Kampf und für die Fahrt untauglich seien.
Die Port Arthur-Armee berichtet, daß der Feind auf dem Masafahügel
unserer Feuer von dem 203 Meter-Hügel aus nicht stand-
halten konnte und den Hügel geräumt hat. Wir besetzten ihn
am 6. d. M. Am demselben Tage nahmen wir auch zwei andere
Hügel in der Nähe von Pehshan. Wir gestanden dem Feinde eine
von ihm vorgeschlagene fünfstündige Einstellung der Feindseligkeiten
am 6. Dezember zur Bestätigung der Toten zu.

Scharmügel am Tschaho.

Petersburg, 7. Dezember. Die Generalleutnant Scharow
dem Generalstab unter dem heutigen Tage meldet, beschossen die
Japaner am 6. Dezember bei Tagesanbruch ein Dorf südlich vom
Laofschengulim-Bah von drei Seiten. Eine russische Feld-
wache, die sich beim Dorfe befand, zog sich in den Wald
zurück. Zwei Kosaken wurden getötet, drei verwundet und vier
werden vermisst. Die Japaner zogen sich überflüssig nach Dapin-
buschan zurück.

Petersburg, 7. Dezember. General Kuropawkin meldet dem
Kaiser unter dem gestrigen Datum: In der Nacht zum 6. Dezember
verjagten bedeutende japanische Abteilungen die Dörfer Lin-
schinpu und Bishchinan anzugreifen, wurden aber
überall durch Feuer zurückgeworfen. Auf unserer Seite
wurden drei Mann verwundet. — Auf unserer rechten Flügel
machten zwölf Freiwillige einen Teil einer aus zwanzig Mann be-

stehenden japanischen Feldwache nieder. Ein anderer Teil der Feldwache floh.

Petersburg, 7. Dezember. In zuständiger Stelle wird die Nachricht dementiert, wonach General Rementamp während der letzten Operationen 1800 Japaner getötet oder verwundet habe. Die Wahrheit sei, daß der General 520 Mann an Toten und 123 Verwundete hatte und dem Feinde etwa eine gleiche Zahl Verluste beigebracht hat. Außerdem haben die Russen zehn Japaner gefangen genommen.

Inzwischen sind alle Operationen an der Front infolge des furchtbaren Schneesturmes unterbrochen.

Eine gemüthliche Geschichte berichtet der „Standard“-Vertreter von Dyama's Armee:

Ein Hügel mit einer Höhle vor unserer Front ist bei Tage von einer japanischen, bei Nacht aber von einer russischen Feldwache besetzt. Als die japanische Feldwache sich neulich abends zurückzog, ließ sie eine flache Skizze mit einem höflichen Brief zurück, indem sie sich beklagte, daß ihre Lieben Freunde, die Russen, die Höhle in einem schmutzigen Zustande gelassen hätten, was für die Gesundheit beider Parteien schädlich sei. Dieser Vorwurf wurde von den Russen beachtet, und in der nächsten Nacht reinigten sie die Höhle; sie ließen einen Rubel und einen ebenfalls höflich abgefaßten Brief zurück, in dem sie sich darüber bewußten, daß die Japaner die russischen Gefangenen schlecht behandelten; sie boten um Auslieferung. Die Japaner antworteten wiederum schriftlich, daß die russischen Gefangenen sehr gut behandelt werden, und ließen als Zeugnis dafür Photographien zurück, welche zeigen, wie japanische Soldaten gefangenen Russen Zigaretten und Erfrischungen reicheten.

Die Höhle dient jetzt gewissermaßen als internationales Postamt, und weitere Korrespondenzen sind zu erwarten.

Die japanische Stellung besteht jetzt aus einer Anzahl von Untergrunddörfern, wo sich die Truppen sehr gemüthlich eingerichtet haben. Ein wirksames Feuer wird immer noch aufrecht erhalten, und es ist kein Anzeichen vorhanden, das auf eine Vorwärtsbewegung von einer Seite schließen läßt.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Dezember.

### Diktatur des Reichstags-Präsidenten.

In frohlofer Dede schleppte sich am Mittwoch im Reichstags-Tag die Etatsdebatte hin. Die kleinen Parteipolitiker beherrschten die Debatte. Namentlich ist die neue Wirtschaftliche Vereinigung äußerst rührig. Beinahe jedes Mitglied will reden.

Weder nach der Beredsamkeit noch nach dem geistigen Inhalt wurde heute Bemerkenswertes hervorgebracht. Wenn der konservative Stöckmann ein Loblied auf Ribbach für notwendig hielt, so wurde man höchstens daran erinnert, daß unsere Minister zwar gern über Dinge reden, von denen sie nichts wissen, daß sie aber merkwürdigerweise hartnäckig schweigen, wo sie außerordentlich gut unterrichtet sind. Die Genialität des konservativen Redners wird durch den Rat an die Sozialdemokratie charakterisiert, sie möchte doch ihre Parteigelber in den Dienst „christlicher Liebestätigkeit“ stellen, anstatt sie für Verhegung der Massen und für Sinecuren verdienender Parteigenossen zu verwenden. Wir wissen nicht, warum der konservative Herr nicht seinen Freunden vom Bund der Landwirte oder vom Flottenverein den Rat gibt, sie möchten ihre Gelder für Streifenvereine, Anstalten für gefallene Mädchen oder dergleichen verwenden, statt zu Agitation für Wucherzölle und Panzerplatten-Lieferungen.

Für die Freisinnige Vereinigung sprach Herr Schrader, der das Interesse des Hauses ebenso wenig zu fesseln mußte, wie der Bauernbündler Hilbert oder der Antisemit Zimmermann, die selbstverständlich die Verdrängung des „Mittelstandes“ forderten. Auch der Demokrat Storz hat nicht die Eigenschaften, die einem Parlamentarier Beachtung verschaffen. Er war überdies auf der Tribüne fast unverständlich. Eine Aeußerung aber dieses Redners rief einen Zwischenfall hervor, der für unsere parlamentarischen Verhältnisse aufklärend ist. Der Redner wandte sich in einer Bemerkung gegen den ungewöhnlich byzantinischen Gläubwusch, den der Präsident Graf Ballestrem während der Reichstagsferien aus Anlaß der Verlobung des Kronprinzen fälligt hat. Graf Ballestrem unterbrach sehr erregt den Redner und stellte als neuen Grundsatz auf, daß es einem einzelnen Redner aus dem Hause nicht gestattet sei, Handlungen des Präsidenten zu kritisieren; das könne nur geschehen auf dem Wege eines Antrages. Dieser nun verkündete Grundsatz entbehrt, abgesehen von allem anderen, der inneren Logik; wenn man nur durch einen förmlichen Antrag Maßnahmen des Präsidenten kritisieren kann, so gibt doch gerade solch ein Antrag jedem einzelnen Abgeordneten aus dem Hause Gelegenheit, bei der Begründung des Antrages die verpönte Kritik zu üben. Genosse Singer stellte dann auch in einer Geschäftsordnungsbemerkung fest, daß es keine Bestimmung der Geschäftsordnung gäbe, die eine derartige Kritik verböte. Graf Ballestrem begnügte sich abermals sehr erregt statt Gründen seinen Willen zu dokumentieren. Er sprach ungefähr wie ein „Herr im Hause“, dem sich die Volksvertreter so lange zu fügen hätten, als er eben Präsident sei.

Seit dem Geschäftsordnungskampfe bei der Zollkampagne ist sich niemand mehr über die Auffassungen des gegenwärtigen Reichstags-Präsidenten von seinem Amt im unklaren. Graf Ballestrem sieht sich als ein Hofbeamter, der hingeseht ist, um im Interesse der Regierung und des Hofes den Reichstag in Käfigen zu halten. Um sogar eine Kritik seiner Maßnahmen zu unterbinden, beansprucht er eine Art Unverantwortlichkeit und Unschärfe. Er will Diktator des Reichstages sein. Nun ist aber ganz klar, daß damit der Präsident seine Befugnisse überschreitet, er soll ein Werkzeug des Reichstages sein, er hat dessen Geschäfte zu leiten, aber er darf keinerlei Funktionen üben, die darauf hinauslaufen, die konstitutionellen Rechte des Reichstages an irgend welche außerhalb des Reichstages liegenden Interessen zu binden.

Gefehet den Fall, der frühere konservative Präsident Lebegow hätte während der Reichstagsferien jenen vom Reichstag abgelehnten Gläubwusch an den Fürsten Bismarck eigenmächtig gerichtet — die Folge der Ablehnung war bekanntlich, daß das Reichstags-Präsidentium aus konservativem Besitz in die Hände des Zentrums übergang —, so würde sicherlich das Zentrum zu allererst Kritik an jenem Verhalten geübt haben. Es geht nicht an, daß der Reichstags-Präsident nach eigener Willkür vorgebliche Stimmungsäußerungen des Parlaments verfaßt und öffentlich verwerlet. Man kann überhaupt im Zweifel sein, ob der Reichstags-Präsident befugt ist, außerhalb der Session ohne vorherige Genehmigung derartige Handlungen vorzunehmen. Wenn schon die Regierung immer mehr die Neigung hat, gerade in den wichtigsten Fragen die vorherige Befragung des Reichstages auszuschalten, so sollte man sehr ernstlich darauf

sehen, daß nicht auch der Reichstags-Präsident gegenüber dem Reichstag dasselbe Verfahren anschlügt. Es ist dabei ganz gleichgültig, ob es sich um wichtige oder unwichtige Angelegenheiten handelt. In diesem Falle hat allerdings der Reichstag ein großes Interesse, daß ihm nicht zugemutet wird, Kundgebungen nachträglich beden zu müssen, die dem Empfinden jedes aufrechten Mannes wie auch den Ansprüchen einer selbstbewußten Volksvertretung widersprechen!

Außer diesem Zwischenfall war nur noch die Rede des Polen v. Czarlinski von Bedeutung, der mit anerkannter scharfer der Reichstags-Präsidenten mit der preussischen Polenpolitik, insbesondere des neuen Ansiedelungsgesetzes, dieses dreifachen Ausnahmengesetzes gegen die polnischen kleinen Leute, geißelte. Graf Bülow hörte sich den durchaus begründeten Vorwurf des Verfassungsverstoßes an, hielt es aber nicht für notwendig zu antworten.

Am Donnerstag fällt die Sitzung wegen eines katholischen Feiertages aus, am Freitag wird die Etatsdebatte fortgesetzt und vermutlich beendigt. Genosse v. Vollmar ist der erste Redner.

### Das Abgeordnetenhaus

begann am Mittwoch die zweite Lesung des Gesetzentwurfes betr. die Freihaltung des Ueberfluswassungsgebietes der Wasserläufe, wies aber nach kurzer Debatte mit Rücksicht darauf, daß noch eine Reihe weittragender Abänderungsanträge eingebracht waren, die Vorlage an die Kommission zur nochmaligen Prüfung zurück.

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung, am Freitag, stehen nur kleinere Vorlagen. Für Sonnabend ist die Besprechung der freisinnigen Interpellation über den Königsberger Prozeß in Aussicht genommen. Die Weihnachtsferien sollen am Dienstag beginnen.

## Deutsches Reich.

### Königsberg im preussischen Abgeordnetenhaus.

Es wird mit Bestimmtheit behauptet, daß die preussische Regierung bereit ist, am nächsten Sonnabend die freisinnige Interpellation über den Königsberger Prozeß zu beantworten. Wenn dies richtig ist, so würde es beweisen, daß die schuldigen preussischen Minister beabsichtigen, abermals eine jener Verwirrungskomödien zu veranstalten, wie wir sie bei allen freisinnigen Interpellationen der letzten Zeit erlebt haben. Denn an sich hätten die Minister ja einen bequemen Vorwand, der Beantwortung der Interpellation auszuweichen. Sie brauchten sich ja nur darauf zu berufen, daß die Reichsgerichtsentcheidung über den Prozeß noch aussteht und daß sie nicht in der Lage seien, über eine noch nicht rechtskräftig gewordene Angelegenheit zu sprechen.

Aber offenbar haben sie aus den Erfahrungen mit den bisherigen freisinnigen Interpellationen die Gewohnheit geschöpft, daß es ihnen auch diesmal gelingen wird, durch ein paar leere und dreifache Redewendungen sich aus der Affäre zu ziehen, ohne befürchten zu müssen, daß die Freisinnigen sie ernsthaft stellen werden. Zudem ist es verächtlich, daß gerade ein freisinniger Vertreter von Königsberg die Sache führen will; denn die Königsberger freisinnige Presse hat sich in dem Königsberger Hochverratsprozeß reaktionärer und unehrlischer verhalten, als selbst die reaktionärste Presse des übrigen Deutschlands. So hat man fast den Eindruck, als ob die Interpellation als Sanktion für das heillos kompromittierte preussische Ministerium gedacht ist, um der bei der zweiten Etatsberatung im Reichstag zu erwartenden gründlichen Abrechnung vorzubereiten. Zudem ist der Termin der Interpellations-Beantwortung verächtlich gewählt. Am Freitag geht im Reichstag voraussichtlich die erste Etatsberatung zu Ende und damit ist für einige Zeit die Gelegenheit genommen, auf die preussischen Minister-Entschuldigungen im Reichstag zu antworten.

Daß sachlich und wahrheitsmäßig von Königsberg nichts mehr zu retten ist, das ist ja wohl auch dem preussischen Justiz- und Polizeiminister wie dem Ministerpräsidenten klar; aber gerade deshalb wird man offenbar den Versuch machen, sich mittels des preussischen Abgeordnetenhauses vom Schaft der öffentlichen Kritik zu retten. Es ist ziemlich gleichgültig, was die Veranstalter des Königsberger Skandales sagen werden. Auf keinen Fall werden sie irgend einen formalen oder einen sachlichen Grund anführen können, der etwas Neues zu ihrer Entlastung beibringen könnte.

Das Verhalten des Reichstagslers Grafen Bülow im Reichstag gegenüber den kurzen Andeutungen, die Genosse Vebel über den Königsberger Prozeß gemacht hat, beweist zur Genüge, daß die gegenwärtige Regierung im Außendienst völlig verstockt und unrettbar verstockt ist. Der langjährige frühere englische Botschafter in Berlin, White, hat neulich in einer englischen Zeitschrift behauptet, daß er ganz sicher wisse, es sei ein geheimer Vertrag zwischen Rußland und Deutschland abgeschlossen worden. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß ein solcher Vertrag in der Tat existiert und daß er einen so skandalösen, auch die inneren Verhältnisse der beiden Länder berührenden Inhalt hat, daß Deutschland durch diesen Vertrag an Rußland sklavisch gebunden ist. Man hat fast den Eindruck, als ob die erstaunliche, bis zur Unbegrifflichkeit gesteigerte Willfährigkeit gegenüber Rußland daraus zu erklären ist, daß man vor unangenehmen Enthüllungen Rußlands sich fürchtet. Man hat, so scheint es, mit dem Geheimvertrag Rußland eine Waffe gegen Deutschland selbst in die Hand gegeben, die uns nicht nur zu den schändlichen Außendienstleistungen verpflichtet, sondern auch der Regierung die Möglichkeit nimmt, sich von dem Joch zu lösen. Vielleicht gewinnen die Freisinnigen wenigstens die Energie, bei dieser Gelegenheit nach dem geheimen Vertrag, der zwischen Preußen und Rußland abgeschlossen ist, sich zu erkundigen.

Auf alle Fälle bleibt es unwesentlich, welchen Verlauf die Interpellation im Abgeordnetenhaus nehmen wird, wenn sie in der Tat bereits am Sonnabend erfolgen sollte. Die Abrechnung der Wahrheit wird der Regierung doch nicht erspart bleiben.

### Preussischer Städtetag.

Die Mittwochssitzung des Städtetages galt dem Entwurf des preussischen Wohnungsgesetzes, der den Stadt- und Landgemeinden eine Reihe von wichtigen Befugnissen einräumt. Das Gesetz würde auch mancher Gemeindeverwaltung unheimlich werden; daher sind die Vermählungen der Hausbesitzer, gegen den Gesetzentwurf die Gemeindevorstände mobil zu machen, von Erfolg begleitet gewesen. Hausagrarier und Gemeindevorstände pflegen ohnedies in intimen Beziehungen zu einander zu stehen, dank dem Dreiklassenwahlrecht und dem gesetzlich sanktionierten Ankauf des Hausbesitzerprivilegs.

Das Referat wurde vom Oberbürgermeister Zweigert-Essen erstattet. An die Spitze seiner Ausführungen stellte er das Zugeständnis, daß ein Wohnungsseien vorhanden ist. Aber den Vorwurf, daß die Städtgemeinden nicht das Nötige getan haben, um dem Wohnungselend Einhalt zu gebieten, wies er zurück. Freilich blieb er in dieser seiner Verteidigung der Städte die Beweise schuldig. Die Frage ist nicht nebenbei; denn eben aus der Unfähigkeit oder mindestens Unfähigkeit der Stadtverwaltungen leitet die Regierung den Anlaß her, sie durch Gesetz zu zwingen, daß sie etwas tun. Zweigert suchte den Angriff damit zu parieren, daß er, unter dem Beifall seiner Zuhörer, an

die noch schlechteren Wohnungsverhältnisse der Landgemeinden erinnerte. Und in der Debatte hätte man am liebsten diesen Gedanken weitergepöppelt. Hans Du meinen Agrarier, so hau' ich Deinen Agrarier — schimpft die Regierung auf Hausbesitzer und Stadtverwaltungen, so schimpfte das Städteparlament auf die Landjunker. Es ist nur bedauerlich, daß durch bloßes Schimpfen die Wohnungsverhältnisse in der Stadt ebenso wenig wie auf dem Lande gebessert werden.

Zweigert erkennt an, daß eine gesetzliche Regelung notwendig ist, aber an dem vorgelegten Wohnungsgesetz fallen ihm nur die Bestimmungen über den Einfluß von Wohnungsordnungen und die Einführung kommunaler Wohnungsaufsicht. Von den Bestimmungen über Abänderung des Fluchtlinien-Gesetzes erwartet er für die Besserung der Wohnungsverhältnisse wenig oder nichts, und man kann ihm darin nicht unrecht geben. Seinen Jammer aber über die Beschränkung der Selbstverwaltung, die das Wohnungsgesetz den Gemeinden bringt, möchten wir bei ihm nicht höher als bei dem Gros der Städtetag-Delegierten bewerten. Wenn den Gemeinden das Wohnungsgesetz nur sonst in ihrem Kram paßt, so würde mancher, der heute am lautesten schreit, den Teufel was nach dem Selbstverwaltungsrecht fragen.

In der Debatte entfaltete sich eine schöne Bürgermeister-Seele. Oberbürgermeister Werner-Koitus berichtete, daß die „Wohnungsnot“ — er sagte diesem Wort in Parenthese hinzu: „Wenn ich mich so ausdrücken soll“ — nicht so reich zu beseitigen sei. Zu Fortschritten solcher Art brauche man hundert, ja tausend Jahre. Oberbürgermeister Vollmann-Guben erklärte rund heraus, die Wohnungsverhältnisse in Preußen seien gut, und ihm sei unklar, wo denn die Arbeiter die höhere Miete für noch bessere Wohnungen hernehmen sollen. Auch Oberbürgermeister Adies-Kranfurt a. M. leistete die Behauptung, das Wohnungselend drücke den Mittelstand mehr als die ganz kleinen Leute, denen das rechte Verständnis dafür fehle!

Der Städtetag nahm schließlich mit sehr großer Mehrheit ein paar Leitsätze an, die den Standpunkt Zweigerts wiedergeben. Das war brav. Aber noch erfreulicher wäre es, wenn die Delegierten dieses Städtetages das treffende Wort des Essener Oberbürgermeisters beherzigen wollten, daß das Wohnungselend eine öffentliche Angelegenheit ist und daß zu seiner Beseitigung öffentliche Mittel angewendet werden dürfen und müssen. Diese Einsicht sollte selbst bei bürgerlichen Wohnungsreformern gefordert werden dürfen.

### Preßverwahrlosung.

Das „Berliner Tageblatt“ ist entlarvt worden, daß der Verlag trotz der gespielten Ehrbarkeit im Handelsstil die Redaktion in den Dienst einer wahrhaften Exorzisterei zur Erlangung von Börsennotizen stellt. Sagen im „Berliner Tageblatt“ Männer, die mehr auf ihre journalistische Ehre hielten, so würde dieser eine Fall genügen müssen, um den Besitzer des „Tageblattes“, Herrn Rudolf Woffe, vor die Alternative zu stellen, entweder diese Verquickung von Geschäft und redaktioneller Arbeit sofort einzustellen, oder auf die Redakteure zu verzichten. Das ist das erste Gesetz eines auf Moral haltenden Journalisten, daß er seine Feder nicht in den Dienst eines Unternehmens stellt, das die redaktionelle Haltung abhängig von dem ganz gemeinen Geschäftsinteresse des Verlegers macht.

Das „Berliner Tageblatt“ hat diese unangenehme Enthüllung fortgeschwiegen. Wir haben nichts davon gefehrt, daß die Redaktion ihre Demission gegeben hat, weil sie sich nicht zum Mitschuldigen dieser nicht nur moralisch, sondern auch fast schon juristisch unerlaubten Praktiken machen will. Dafür geben sich diese Soldatenschreiber dazu her, jetzt Tag für Tag große Artikel über den Schettler-Prozeß zu bringen, weil sie des Blöden und für sie selbst sehr charakteristischen Glaubens sind, daß diese Erwähnung der „Vorwärts“-Hindern möchte, die Abrechnung mit dem sauberen Blatt vorzunehmen, die es verdient. Die moralische Verwahrlosung, welche die Duldung und Unterstützung der Handelskorruption des Berliner Tageblattes aufgedeckt hat, wird durch diese einseitigen Versuche der Rache nur noch verschärft. Heute teilt das Blatt die sämtlichen Notizen mit, die wir über den Fall Schettler gebracht haben. Damit wird aber nur bewiesen, daß wir sogar noch mehr gebracht haben über diese Affäre, als die bürgerliche Presse. Zugleich enthält sich wieder die ganze niedrige Auffassung der Preßbedienten Rudolf Woffes. Das „Berliner Tageblatt“ erzählt, daß wir am 20. September 1903 einen Artikel über die Vorgänge in dem Hause Schettler gebracht hätten. Wenn wir nicht irren, war jene Notiz im Anlaß an einen Bericht des — „Berliner Tageblattes“ gebracht worden. Das Blatt fährt dann fort:

„Dieser Artikel hat keinen Nachfolger. In den weiteren Nummern des Jahrganges 1903 findet sich, soweit wir feststellen konnten, auch nicht eine Zeile über die nach der Meinung des „Keinen Kandidaten“-Artikels“ doch so hoch interessanten Schettler-Angelegenheit. Erst 13 Monate später erinnerte sich der „Vorwärts“ der Schettler-Sache, wieder aber nur, um Herrn Singer noch vor der Gerichtsverhandlung weiß zu waschen!“

In dieser Behauptung steckt die ganze Moral, zwar nicht des „Vorwärts“, aber der Preßgesellschaften der Firma Rudolf Woffe. Es soll damit gesagt sein, daß wir die „Ausfäulung“ des Falles deswegen unterlassen hätten, weil wir inzwischen erfahren hatten, daß unser Parteigenosse Singer als Zeuge in dem zu erwartenden Prozesse zu erscheinen hätte. In Wirklichkeit beweist das 13 Monate lange Schweigen nur, daß der „Vorwärts“ eben das nicht getan hat, was ihm das „Berliner Tageblatt“ nachsagt, daß er nämlich an sich Neigung gehabt hätte, diese Affäre weiter auszuwickeln und nur durch die Rücksicht auf einen Parteigenossen seine publizistische Pflicht hinstangehalten hätte; wir mußten einfach dazu deshalb schweigen, weil wir, wie auch die übrige Presse, einfach kein weiteres Material erhielten. In den ganzen 13 Monaten nämlich, wo wir nach dem Zugeständnis des „Tageblattes“ schwiegen, hatte die gesamte Redaktion des „Vorwärts“ keinerlei Kenntnis davon, daß in die Affäre ein verdienter Parteigenosse verstrickt sei. Wir erfahren von dieser Tatsache erst ein Jahr später aus der bürgerlichen Presse, wenn wir nicht irren, aus Mitteilungen der „Täglichen Rundschau“, und die nächste Notiz, die wir am 25. Oktober 1903 dem Fall widmeten, war die Folge unserer eben erst gewonnenen Kenntnis. Es steht somit fest, daß das „Berliner Tageblatt“ wiederum unterschämt läßt, wenn es behauptet, daß wir unsere Ausführungen über die Schettler-Affäre deswegen eingestellt hätten, weil wir erfahren hätten, daß ein Parteigenosse daran beteiligt sei. Mit dieser Feststellung erübrigen sich alle Insinuationen der braven Vorgänger des Inzeratenteils Rudolf Woffes.

Wir haben über den Fall ebenso viel gebracht wie die übrige Presse auch und unsere Verwertung des Stoffes war völlig unabhängig von der Beteiligung eines Parteigenossen. Auch über den Prozeß selbst haben wir alles Wesentliche und, wie wir glauben, so viel gebracht wie die übrigen Blätter. Es war nicht unsere Schuld, daß die Affäre unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, sonst hätten wir nicht nur den Wunsch, sondern sogar das sehr lebhafteste Interesse gehabt, gerade um unheimliche Gerüchte zu widerlegen, den vollständigen Prozeßbericht zu bringen, schon deshalb, weil gerade diese Verhandlungen die beispiellose Heuchelei der höchst staatsverhaftenden Stunden der Frau Schettler gekennzeichnet hätten, deren Presse aus diesem Anlaß über die Sozialdemokratie herfiel.

Es bleibt dabei, was der „Vorwärts“ gegenüber den Herren der Heuchelei in der bürgerlichen Presse am 25. Oktober 1903 schrieb: „Niemand ist ein sozialdemokratischer Mann eingeleitet, darüber sich aufzuhalten, daß dieser Kommerzienrat, Staatsanwalt, Prinz mit einer Tänzerin, Sängerin zarte Beziehungen pflegt, nur dann haben solche Aufdeckungen ihre Bedeutung, wenn es gilt, die Heuchelei der Gesellschaft zu entlarven, die für Ordnung, Religion und Sitte streitet und über die freie Liebe zeteret, die, wie sie behauptet, von der Sozialdemokratie gepredigt wird. Die Sozialdemokratie hat sich niemals solcher Jugendschamlosigkeit gerühmt und sie kann man deshalb nicht des Wiberwuchses zwischen Wort und Tat zeihen. Gerade der Schettler-Prozeß könnte Anlaß geben,

Die doppelte Durchführung der sittlichen Gesellschaft wieder einmal zu erfüllen. Die bürgerliche Presse weiß sehr wohl, daß auf der heutigen sehr klugvolle Namen der bürgerlichen Welt prangen, Namen von Reuten, die zu jenen zentrumsförmigen Kreisstrahlen der Reichheit, Vertretern der lox Heineze und zu Kallägern der sozialdemokratischen Unfähigkeit gehören, die zu neuen diesmal gerade sehr bedenkend wäre.

So schreiben wir und können es heute nur wiederholen. Die Sozialdemokratie hat in der Tat gar kein Bedürfnis, etwa die Privataffären des Hauses Rudolf Mosse und Familienangelegenheiten des Chefs jener armenigen Pressebediensteten zu erschöpfen. Damit wäre ja gegen die Moral der Redakteure gar nichts bewiesen. Ob die Mosse-Leute selbst in freier oder unfreier Liebe leben, ist uns ganz gleichgültig. Die Sozialdemokratie hat überhaupt kein Interesse daran, dem armenigen Handwerker zu huldigen, die Unterwürfsigkeit ihrer Gegner zu prüfen. Von Liebermann von Sonnenberg bis herab zum Berliner Tageblatt wird allerdings jetzt immer wieder die Legende verbreitet, wir enthielten uns heuchlerisch über die Immoralität einzelner Personen der bürgerlichen Gesellschaft. Man befehlt uns, auch bei uns gäbe es Mousé, Progen, Kusbeuter usw. Wir finden es trostlos, einer großen Bewegung nachzuweisen, daß auch in ihr Menschlichkeit gesehen. Wir aber haben die umgekehrte Meinung, wir würden etwa im Reichstag sagen, wenn solche Angriffe gegen uns gerichtet werden: „Meine Herren, im Gegensatz zu Ihnen verstehen wir gern zu, daß es auch bei Ihnen anständige, ehrliche, unterrichtete, unheimliche Menschen gibt — natürlich außerhalb des Hauses. Wir bedauern nur, daß wir so selten Gelegenheit haben zu solcher Anerkennung. Sie finden eine Freude daran zu behaupten, daß es auch bei uns allzu menschliche Elemente gibt. Wir würden umgekehrt uns freuen, so oft wie irgend möglich anzuerkennen, daß Sie die trefflichsten Charaktere der Welt seien. Denn es macht uns gar kein Vergnügen, uns mit Lumpen und Ignoranten herumzuschlagen. Wir bitten Sie dringend um Anlaß zu geben, daß wir von Ihnen persönlich so hoch denken können, wie wir möchten, daß unsere Gegner seien. Wenn wir trotzdem leider so selten Gelegenheit haben, uns des persönlichen Wertes unserer Gegner zu freuen, so ist dies nicht unsere Schuld.“

Wir würden auch wünschen, daß in der gequerrischen Presse Redakteure und Journalisten sähen, deren persönliche Eigenschaften wir trotz des politischen Gegensatzes anzuerkennen vermögen. Aber auch hier zeigt der Fall des „Berliner Tageblattes“, daß es uns nicht vergönnt ist, uns mit anständigen Gegnern zu messen.

Die neuen Handelsverträge werden, wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, dem Reichstage in nächster Woche noch nicht vorgelegt werden. Die deutsche wie die österreichisch-ungarische Regierung beabsichtigen eine demnachstige Wiederaufnahme der Verhandlungen, und wenn diese Aussicht auf baldige Beendigung bieten, will die deutsche Regierung versuchen, noch den deutsch-österreichischen Vertrag zusammen mit den bereits abgeschlossenen Tarifverträgen dem Reichstage vorzulegen.

#### Königsberger Justiz.

Heber den Aufrührer-Prozess, von dem wir schon in telegraphischer Mitteilung kurz berichteten, wird uns aus Königsberg geschrieben:

Wegen Aufrührers standen am Dienstag vor der Strafkammer neun Arbeiter. Den Vorsitz führte wieder Landgerichtsdirektor Schuber, die Anklage vertrat Staatsanwaltschaftsrat Caspar, die Verteidigung hatte für sechs Angeklagte Genosse Haase übernommen, für einen Angeklagten Justizrat Kelling. Angeklagt waren ein Maurer und vier Bauarbeiter, sein Schlosser, zwei Arbeiter und ein Tischlerlehrling.

Die Angeklagten gaben bei ihrer Vernehmung an, sie seien teils in Geschäften, teils auf Privatgängen begriffen, zum Teil sogar auf dem Nachhausewege von der Arbeit über den Sachheim gekommen und so zufällig in die dort lärmende Menge geraten. Nur einer, der Maurer Wende, ein bisher unbescholtener Mann von dreißig Jahren, gibt zu, er habe in der Wohnung eines Bekannten Karten gespielt und sei auf die Nachricht, daß auf dem Sachheim eine Schlägerei im Gange sei, absichtlich hinunter gegangen, um zu sehen, was los sei.

Durch einige Zeugen vom Zivil wurde festgestellt, daß zwei von den angeklagten Bauarbeitern tatsächlich gar nicht bei dem Kravall anwesend waren. Diese beiden wurden denn auch freigesprochen. Von besonderem Interesse war im übrigen die Vernehmung der zirkel 25 Schulleute. Diefelbe ergab folgendes:

Schon am Mittag des 6. Juni war den Schulleuten bei der Parole gefagt worden, daß die Streikenden einen „Zusammenstoß“ mit den vor dem Sachheimer Tor bei Sandmann (einer der Hauptführer des Unternehmer-Verbandes) Arbeitenden planten. Besonders sei ein Ueberrall auf die Italiener beabsichtigt. Daran war so viel richtig, daß die Streikenden in der Tat an jenem Abend mit den Arbeitwilligen von Sandmann — sprechen wollten, was sie auch getan haben. So vorbereitet stand der Schuhmann Tierzart am Sachheimer Tor, und als er nun gegen 5 Uhr etwa 50 Arbeiter in kleinen Gruppen zum Tor hinausgehen sah, telephonierte er schleunigst nach der Waage, es sei so weit. Für diesen entscheidenden Fall waren umfangreiche Vorbereitungen getroffen, und so wurden aus allen Teilen der Stadt Mannschaften zusammengezogen und auf den „bedrohten“ Punkt geworfen. Mindestens 30 Bewaffnete folgten alsbald den Arbeitern nach durchs Tor. Denn, wie der Wachmeister Lucht ausagte: „Ich hatte den Eindruck, daß man die Arbeitwilligen zum Streik verleiten wollte.“ Zum Streik verleiten! Das ist des Wobels Kern und zeigt deutlich den Seelenzustand der Königsberger Polizei.

Aber die Bewaffneten kamen vergebens ins Glacis. Denn, wie wiederum zuerst der Wachmeister und nach ihm mehrere Schulleute ausagten, dort war alles ruhig. Die Streikenden führten ihre Absicht aus, sie sprachen mit den Arbeitwilligen, nicht mit den Italienern, die vorbei kutschierten, ohne daß man sich um sie bekümmerte, sondern mit den Deutschen, die zu Fuß kamen. Aber die Polizei fand keinen Anlaß einzuschreiten. Sie hielt den Sachheim, also nunmehr innerhalb der Stadt besetzt. Und dort fand sich nun um 8 Uhr, also lange nachdem die Streikenden aus dem Glacis zurückgezogen und weggegangen waren, eine große Menschenmenge zusammen. Wie der Anlauf entstanden ist, darüber hat das Gericht keine Klarheit schaffen können. Doch steht nach der Aussage der Schulleute fest, daß zum größten Teil Frauen und Kinder, auch sehr viel halbwegsichtige Burken unter der Menge waren. Gewiß waren auch Männer dabei und unter diesen auch ein paar Streikende, die in der Gegend wohnten oder zu tun hatten. Aber niemand von denen, die am Nachmittag im Glacis gewesen waren. Was die Entstehung des Auflaufs betrifft, so ist wohl die natürlichste Annahme die, daß infolge des massenhaften Aufgebots von Schulleuten Neugierige sich angemeinelt haben.

Daß die Menge nunmehr Unfug getrieben hat, ist unabweisbar. Es wurde geklärt und sogar mit Fäusten und Steinen nach den Schulleuten gemorxt. Die Aufforderung, sich zu entfernen, wurde nicht befolgt. Jetzt ging es los mit Verhaftungen. Und da ist es nun wunderbar, daß diese große Anzahl von Schulleuten auch nicht einen einzigen hat abzufassen vermocht, der wirklich an diesen Gewalttätigkeiten beteiligt war. Keinem von den neun Angeklagten wirft die Anklage vor, daß er selbst die Beamten tatsächlich angegriffen habe; ihre Schuld soll nur darin bestehen, daß sie an der Zusammenrottung teilgenommen haben. Die beiden am schlimmsten Belasteten sollen sich am — Schreien beteiligt haben! Und doch genügt dieser Tatbestand dem Staatsanwalt, um gegen drei Angeklagte die enorme Strafe von je einem Jahr Gefängnis und gegen die übrigen je neun Monate zu beantragen.

Rechtsanwalt Haase führte überzeugend aus, daß der Tatbestand des Aufrührers (§ 115 Strafgesetzbuch) hier absolut nicht gegeben sei. Soweit die Angeklagten geklärt, haben sie großen Unfug begangen, aber weiter nichts. Wenn im übrigen überhaupt eine strafbare Handlung vorliege, so sei es höchstens Auflauf, der nach § 116 mit 3 M. Geldstrafe abgemacht werden könne, während für

Auflauf die Mindeststrafe 6 Monat Gefängnis betrage. Schon diese schwere Strafe beweise, daß der Gesehgeber auch eine schwere Tat im Auge gehabt und nicht das bloße Zusammenlaufen von Neugierigen. Kein einziger von den Angeklagten war sich bewußt, als er in der Menge sich bewegte, daß er ein so schweres Verbrechen begehe. Wo dieses Bewußtsein aber fehlt, da liegt nach dem Gesetz auch kein Aufrührer vor. Der ganze Fall liege so milde, wie selten bei solchen Aufläufen. Kein Beamter sei verletzt worden; die meisten Personen seien der Aufforderung, fortzugehen, ohne weiteres gefolgt. Die ganze Sache läuft darauf hinaus, daß ein paar dumme Jungen geklärt und geworfen haben. Wenn man nicht zuerst den § 115 vor Augen habe und dann die Tatsachen daraufhin ansehe, ob sie nicht in diesen Paragraphen hineinzubringen seien, sondern umgekehrt zuerst in besangenen die Tatsachen prüfe, so könne man nie zu einer Anwendung des § 115 kommen.

Trotzdem verurteilte der Vorsitzende nach 1 1/2 stündiger Beratung, das Gericht sei zu der Ansicht gekommen, daß es doch eine Zusammenrottung gewesen sei, um mit vereinten Kräften Gewalttätigkeiten gegen Beamte zu begehen. Nur weil die Schulleute so überaus mäßig vorgegangen, sei nicht Erstes passiert. Die Strafen sind bereits mitgeteilt. Erwähnt sei, daß fast alle Angeklagten lange in Untersuchungshaft waren, einer sogar volle sechs Monat! —

**Schmerzlicher Verlust.** Der „Reichsanzeiger“ meldet: „Der bisherige Privatdozent in der philosophischen Fakultät der königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, Professor Dr. Adolf W. Wendt ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität zu Greifswald ernannt worden.“

Der Professor für Justizhaus- und Flottenvorlagen geht von dannen. Berlin schwinnt in Tränen.

**Schuh der Wohlhabenden.** Die „Berliner Korrespondenz“ meldet:

„Aus den Nachweisungen über die Umlagenverteilung in den nicht mehr als 50 000 Einwohner zählenden Städten für das Rechnungsjahr 1904 ergibt sich, daß in manchen mit direkten Steuern schwer belasteten Städten das System der indirekten Steuern (Gunde, Bier, Lustbarkeits-, Umlagen usw.), in anderen das System der Gebühren (Gas-, Wasser-, Kanalisationsgebühren und dergleichen) und Beiträge oder beide Systeme nicht genügend entwickelt oder ganz unentwickelt geblieben sind.“

Ein Erlaß des Ministers des Innern in Gemeinschaft mit dem Finanzminister vom 24. Oktober d. J. hat hieraus Veranlassung genommen, anzuordnen, daß mit Nachdruck auf die Einführung bezw. den angemessenen Ausbau des zurückgebliebenen Systems in den in Betracht kommenden Städten hingewirkt werde, um eine wünschenswerte Erleichterung der in vielen Fällen zu stark angepannten Personal- und Realsteuern zu erreichen.

In einem anderen Erlaß der Minister des Innern und der Finanzen vom 26. November werden entsprechende Anregungen für die Landgemeinden gegeben.

**Burg, 8. Dezember.** Amtliches Wahlergebnis. Bei der gestrigen Reichstags-Wahl im dritten Magdeburger Wahlkreise wurden im ganzen 24 831 Stimmen abgegeben. Davon erhielten Lehrer Werten (deutsch-freie) 6251, Stadtverordneter Voigt (Soz.) 6708, Rittergutsbesitzer v. Brauchisch (kon.) 5940, Legationssekretär vom Rath (natl.) 3302, Rechtsanwalt Woblfahrt (Reformpartei) 2575 Stimmen. Zwischen den beiden erstgenannten hat mithin Stichwahl stattgefunden.

Die Sozialdemokratie erzielte am 16. Juni des vorigen Jahres 8140 Stimmen, hat mithin einen Verlust von 1487 Stimmen zu verzeichnen. Es sind die Nachrichten aus dem Wahlkreise abzuwarten, um den Wahlausfall zu besprechen.

Der Wahlkampf in diesem Kreise hatte dieses Mal schon dadurch einen erheblich veränderten Charakter gegenüber den vorhergehenden Wahlen, daß an Stelle des verstorbenen Fürsten Herberich Bismarck jetzt drei Kandidaten außer der freisinnigen Volkspartei und der Sozialdemokratie sich um die Stimmen der Wähler bemühten: ein Konservativer, ein Nationalliberaler und ein Antisemit.

Zur Nachwahl im Reichstags-Wahlkreise Hof nehmen die führenden liberalen Organe Bayerns noch immer keine entschiedene Stellung ein. Die Kandidatenfrage macht den Liberalen beider Richtungen fürchterliche Schmerzen. Man ist sich einig, daß der Kreis des „Liberalismus“ nur durch ein gemeinsames Vorgehen vor dem Ansturm der Sozialdemokratie gerettet werden könne, aber sowohl Freisinn wie Nationalliberalismus beanspruchen das Recht des noch nicht erledigten Wahren. In freisinnigen Blättern wird die Meinung laut, man solle das Mandat freiwillig der freisinnigen Volkspartei überlassen, wodurch allein der Sozialdemokratie der Wind aus den Segeln genommen werden könne, während die nationalliberale Presse das gleiche Resultat von einem „mehr rechtsstehenden Kandidaten“ erwartet. Es wurde auch schon die Meldung verbreitet, daß der freisinnige Goller als Kandidat von den berechtigten Liberalen aufgestellt worden sei, das war aber offenbar nur ein Fäher nach rechts. Mit der Person Gollers hofft der Freisinn wohl die Nationalliberalen gefügig zu machen, denn dieser Herr steht auf dem Standpunkt der Woblfahrtspartei. Schon bei der vorjährigen Hauptwahl fungierte er als freisinniger Kandidat, an seiner Auffassung waren auch nationalliberale Vertrauensleute beteiligt, die damals gegen Münch-Ferber rebellierten. In der Stichwahl trat die ganze Wählerkraft Gollers für Münch-Ferber ein, sonst wäre schon damals der Kreis der Sozialdemokraten zugefallen. Diese Kandidatur findet aber im nationalliberalen Lager ansehnlich keinen Anklang; man ist dort auch arg verärgert darüber, daß der Freisinn den Wortlaut des bekannten Urteils gegen Münch-Ferber als Flugchrift hat drucken und im Kreise verbreiten lassen. Das nationalliberale Organ für Nordbayern, die „Frankische Morgen-Zeitung“, erklärt bereits, jede liberale Richtung läme besser zu ihrem Rechte durch selbständiges Vorgehen, um auf beiden Seiten alle Stimmen zu sammeln und schließlich in der Entscheidung zum Siege zu führen. Diese Spekulation ist sehr einfach: tritt jede liberale Richtung gesondert in den Wahlkampf ein, so kommt der nationalliberale Kandidat in die Stichwahl, in der dann der Freisinn, um den „Liberalismus“ zu retten, für den nationalliberalen Kandidaten, und stünde er auch noch so weit rechts, stimmen muß. Doffentlich wird die Sozialdemokratie einen Strich durch alle diese Rechnungen machen.

Ein Jungenszwangsverfahren gegen einen Redakteur wird aus Reiche gemeldet. Das Schöffengericht in Reiche hat am Dienstag den verantwortlichen Redakteur Reiche, der in einer Privatklagegefahr sein Jugend verweigerte, zu den Kosten des Termins und 100 M. Geldstrafe verurteilt.

**Frankfurt a. M., 6. Dezember.** (Fig. Ver.) Der Gummi-Fabrikant im Bau. Eine medizinische Sitzung begleitete gestern die Stadtverordnetenversammlung. Stadtrat Lautenschlager erwiderte auf eine Anfrage des Genossen Dr. Quard bezüglich einer in der „Volkstimme“ veröffentlichten Standalgeschichte aus dem städtischen Krankenhaus und demonstrierte dabei das Verschärfen der Magen-anspumpung. Alle gewundenen Erklärungen halfen aber nicht über die Tatsache hinweg, daß bei einem Schwerkranken von einer ungeliebten Schwärze ohne Assistenz eines Arztes eine Magen-anspumpung vorgenommen wurde, wobei ein Teil des Schlauches von circa 25 Zentimeter Länge von dem Patienten geschluckt wurde und später mittels operativen Eingriffs (Schnitt in den Bauch) entfernt werden mußte. Mit großer Mehrheit wurde schließlich ein Antrag des Dr. Quard angenommen, eine Darstellung des Aufsichtsbekanntnisses im Krankenhaus zu geben, nachdem sich herausgestellt hat, daß einige der mit Alieennummern honorierten Chirurgen sich mehr um ihre gutbezahlte Privatpraxis kümmern, als um die ihrer Pflege anvertrauten „Lumpen“ im Krankenhaus.

**Stuttgart, 7. Dezember.** Die Kammer der Abgeordneten nahm einen Antrag an, wonach bei Veränkungen von Denkmälern und Urkunden, deren Erhaltung im öffentlichen Interesse gelegen ist, dem

Staate das Vorkaufsrecht vorbehalten wird. Die Beseitigungen und Ausbesserungen dürfen nur nach vorheriger Benachrichtigung der betreffenden staatlichen Organe vorgenommen werden.

Es sollen in Württemberg historische interessante Werke vor dem Wiederherstellungskurs bewahrt werden, der in anderen deutschen Gebieten fürchtbare Opfer fordert.

#### Eine neue Verurteilung.

**Berlin, 7. Dezember.** Amtliche Meldung. An Typhus gestorben: Reiter Otto Gubille, geboren 16. April 1880 zu Labuhn, am 4. Dezember auf Transport Stallstein-Epukiro. Reiter Albin Engelhardt, geboren 8. Dez. 1882 zu Mübenau, am 2. Dezember im Lazarett Epukiro. Unteroffizier Trompeter Otto Hoffmann, geboren 13. Mai 1881 zu Sternberg, am 2. Dezember im Lazarett Epukiro. Reiter Alfred Röder, geboren 3. November 1882 zu Rixdorf, am 4. Dezember im Lazarett Dtsjofondu. Reiter Otto Trommer, geboren 30. Juli 1883 zu Schönheide, am 4. Dezember im Lazarett Dtsjofondu. Gefreiter Friedrich Bungenstod, geboren 9. März 1881 zu Dagenhofen, am 4. Dezember im Lazarett Dtsjofondu. Gefreiter Max Ulrich, geboren 23. August 1881 zu Ludow, am 2. Dezember im Lazarett Dtsjofondu. Reiter Max Schaaf, geboren 23. Januar 1883 zu Schwidern, am 21. November im Lazarett Epukiro. Vermittelt: Unteroffizier Otto Bodenstein, geb. 21. Juni 1880 zu Quedlinburg, seit 16. November auf Weg Djiwero-Sees. Nachforschungen bis jetzt erfolglos.

**Berlin, 7. Dezember.** Auf Patronille bei Anichaeib (Datum noch nicht gemeldet) gefallen: Leutnant Fritz Kohnbach, geboren 31. Mai 1878 zu Leipzig, Unteroffizier Fritz Boumann, geboren 24. Juli 1880 zu Wicarei-Freistadt, Reiter Friedrich Meiner, geboren 2. März 1883 zu Hausen a. d. Zaber.

#### Husland.

##### Frankreich.

##### Minister und Lehrer.

**Paris, 6. Dezember.** (Fig. Ver.) Die Kammerdebatte über den Lehrer Thalamos und die Jungfrau von Orleans hat bis zur Evidenz zweierlei bewiesen: die Gewissenlosigkeit der nationalistischen Beschuldigungen gegen den Geschichtslehrer und zweitens die liebedienliche Leichtfertigkeit, mit welcher Unterrichtsminister Chaumié den nationalistischen Hebern Verungungung verschafft hat. Nicht nur der revolutionär-sozialistische Interpellant Sembat, sondern auch Jaurés hat den Lehrer verteidigt und die Disziplinarmaßregel des Ministers kritisiert. Aber, ja, aber Chaumié ist Mitglied des Kabinetts Combes. Daher wurde er schließlich für seine gräßliche Verletzung der Lehrfreiheit mit einem persönlichen Vertrauensvotum belohnt, und das mit Hilfe von Jaurés selbst!

Das Gesamtministerium stand diesmal nicht in Frage. Der Unterrichtsminister hatte ausdrücklich erklärt, daß er allein die Verantwortung für die Maßregel trage. Und er gab sogar deutlich genug zu verstehen, daß er sich aus einem Sturzvotum recht wenig machen würde. Die rechtsstehenden Mitglieder des Kabinetts sind ja bedenklich amtsüde geworden. Gerade deshalb aber fürchteten die treuen Anhänger Combes' die Abhastierung des Unterrichtsministers umgibt mehr als dieser selbst. Zwei Wochen nach der unfreiwilligen Demission des Kriegsministers André war es besonders gefährlich, eine neue Teilstrife zugunsten des rechten Flügels des Ministeriums herbeizuführen.

Diese Sachlage nennt Jaurés ein „Gewissensdrama“ der Regierungsmehrheit. Der Kampf der zwei Seelen, ach! in der Brust der Mehrheit kam nun in den zwei Hauptabstimmungen drastisch zum Vorschein. Zunächst wurde die vom Unterrichtsminister verlangte zweideutige Reinvotung auf dem Wege der „einfachen Tagesordnung“ mit 284 gegen 268 Stimmen verworfen. Mit den Antiministeriellen stimmte dabei die Mehrheit der Jaurésisten, darunter Jaurés selbst. Der Minister war damit eigentlich schon gestürzt. Die demokratische Seele war im Jubel über ihre seltene Heldentat. Die ministerielle Seele aber war in Verzweiflung und sie schöpft aus ihrer Verzweiflung die nötige Kraft für den schließlichen Sieg. Sie hat es nun fertig gebracht, den gestürzten Minister durch ein ausdrückliches Vertrauensvotum wieder auf die Beine zu stellen, ein Votum, in welchem die „Freiheit der Lehrer“ durch das in Frankreich reaktionäre Schlagwort der „Unparteilichkeit der Schule“ nach dem Geschmack des Unterrichtsministers ausgedrückt wird.

Die reitende Vertrauensformel wurde mit 364 gegen 29 Stimmen bei der massenhaften Entkaltung der reaktionären Opposition votiert. Mit Nein stimmten die revolutionären Sozialisten, ein einziger Jaurésist und einige dissidenten Linksrepublikaner, diese letzteren aus System, indem sie jegliche Vertrauensumgebung feindselig verweigern.

##### Rußland.

##### Die Gärung in der russischen Armee.

**Petersburg, 6. Dezember.** („Laffan“-Meldung.) Zwölf russische Offiziere sollen nach einer hierher gelangten Meldung wegen revolutionärer Umtriebe in Charbin erschossen worden sein. Es wurde entdeckt, daß bei zwölf Truppenabteilungen die Mannschaften ungehindert revolutionäre Aufreize lasen und erörterten. Die kommandierenden Offiziere wurden zur Verantwortung gezogen und zum warnenden Beispiel wurde einer der älteren Offiziere jeder der zwölf Abteilungen erschossen.

**London, 6. Dezember.** (Bureau „Laffan“.) Die Ruhestörungen in Sebastopol werden in einem Bericht der „Times“ als offener Aufrühr der Mannschaften der Schwarzmeer-Flotte dargestellt. Es heißt darin: An 8000 Mann beteiligten sich an den jüngsten Kundgebungen. Die unmittelbare Ursache der Unruhen war die Weigerung eines Leutnants und danach des Befehlshabers des Schlachtschiffes „Georgi Pobjedonoszew“, einer Abteilung Matrosen Landurlaub zu geben. Trotz eines Signals vom Admiral Tschuknin, die Insubordination rücksichtslos zu unterdrücken, ließen die Leute die Boote herab und fuhren an Land, wobei sie ihre Kameraden auf dem „Georgi Pobjedonoszew“ und den anderen Schiffen aufforderten, ihrem Beispiel zu folgen, was auch schnell geschah. Die Marinebehörden ließen Truppen der Festungsgarnison herbeibringen, um die Reuterer aufzuhalten. Die Garnisonstruppen weigerten sich zuerst offen, gegen ihre Kameraden von der Marine zu marschieren und gaben trotz der Strafandrohungen ihrer Offiziere ihrer Sympathie mit den Seeleuten Ausdruck. Schließlich kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den Seeleuten und den Truppen dadurch, daß ein Teil der Reuterer zu schießen begann.

##### Amerika.

##### Annexion San Domingos durch die Union?

**New York, 6. Dezember.** (Bureau „Laffan“.) Auch der gewöhnlich gut unterrichtete Washingtoner Korrespondent der „Tribune“ meldet, daß die Vereinigten Staaten wahrscheinlich binnen kurzem die „Sorge“ für die Republik San Domingos übernehmen, ihre Schulden bezahlen und ihre Regierung reorganisieren werden. Die Vereinigten Staaten beabsichtigen, zuerst die Häfen mit Besatzung zu besetzen und deren Zollmaßnahmen zur Bezahlung der noch unbefriedigten amerikanischen und europäischen Gläubiger zu verwenden. Die gegenwärtige kalte Regierung würde durch eine andere unter der Schirmherrschaft der Vereinigten Staaten ersetzt werden. Diese würden die Insel nicht formell annektieren, aber zweifellos eine Kolonisation erwerben.

Ein solches Annektieren würde sich ganz natürlich dem Eroberungskrieg der Union gegen Spanien anschließen. Es würde auch ganz vorteilhaft zu der Volkshaft Roosevelts passen, daß künftig Schwache vom Stärkeren nicht mehr unterdrückt werden dürften! —

# Parlamentarisches.

Die **Börsenkommission** des Reichstages legte am 6. d. M. ihre Beratungen mit Artikel 68 fort. Der Artikel wurde angenommen. Derselbe ist nur eine Konsequenz der bereits in der vorigen Sitzung angenommenen Artikel 66 und 67a. Der neue Artikel 68a, in dessen Debatte die Kommission dann eintritt, will das Recht, die Erfüllung der Verbindlichkeit in einem Börsenemissionsgeschäft zu verweigern, für die nicht in den Börsen- oder Handelsregistern eingetragenen, Börsenemissionsgeschäfte machenden Personen an eine innerhalb 6 Monaten abzugebende Erklärung knüpfen. Abg. Semler begründet die von ihm eingebrachten Verbesserungsvorschläge. Regierungsvorleiter Gehrmann Wendt weist darauf hin, daß dieser Artikel vom Börsenausschuß einstimmig angenommen sei. Ein Antrag Dove will die Bestimmungen des Entwurfes gestimmt hätten und stimmen würden, die die Verantwortlichkeit der Geschäftstreibenden zu stärken geeignet sind. Die ratio des alten Börsengesetzes habe sich als so irrationell erwiesen, daß sie dem volkswirtschaftlichen Leben die schwersten Wunden geschlagen habe. Auch der Entwurf der Regierung doktrine nur an einigen Uebelständen herum, während es volkswirtschaftlich nötig sei, die ganzen Grundlagen der alten Gesetze umzugestalten. Er und seine Freunde würden daher zunächst für den Antrag Dove, dann eventuell für den Antrag der Regierung stimmen. In der Abstimmung wird der Antrag Dove abgelehnt. Der erste Antrag Semler, der eine kritische Erklärung des die Erfüllung verweigenden Kontrahenten verlangt, und der Abf. 1 des § 68a der Regierungsvorlage in der dadurch abgeänderten Fassung werden angenommen. Der zweite Antrag Semler wird abgelehnt; Absatz 2 des § 68a der Regierungsvorlage wird mit 9 gegen 8 und schließlich der ganze § 68 derselben mit dem gleichen Stimmenverhältnis angenommen. Fortsetzung Mittwoch.

In der Sitzung vom 7. d. M. wurden zunächst die Artikel 68b und c ohne Diskussion angenommen. Zu § 69 Abs. 1 wurde von den Abgg. Kämpf und Dove ein Antrag eingebracht, in § 704 die Worte „§ 702 und“ einzuschalten. Es handelt sich hier darum, den im Börsenregister eingetragenen Personen das Recht des Differenzinwandes aus § 704 des Bürgerlichen Gesetzbuches abzuschneiden. Bei der Verhandlung wurde von börsenfeindlicher Seite schon einmal der Versuch gemacht, die Möglichkeit des Differenzinwandes nach Abschaltung des Registerinwandes zu retten. Abg. Singer wies darauf hin, daß die ganze Börsengesetz-Novelle gewissermaßen geradezu ein Schutzgesetz gegen die Entscheidungen des Reichsgerichts bedeute. Werde den Kontrahenten die Möglichkeit gegeben, auch in Zukunft sich des Differenzinwandes in der gefährlichen Gestalt, wie sie ihnen die Judikatur des Reichsgerichts gegeben, zu bedienen, so werde jeder Grund für die Eintragung in das Börsenregister genommen und die ganze Einrichtung des Registers verliere ihren Zweck. Es müsse also unbedingt daran festgehalten werden, daß den in das Börsenregister eingetragenen Personen kein Recht auf Erhebung des Differenzinwandes aus § 704 des B. G. B. zuzufinden dürfe. Abg. Kämpf stimmte den Ausführungen des Vorredners zu. Vor der Abstimmung über § 69 wurde zunächst die ausgesetzte Abstimmung über § 68 nachgeholt. Unter Ablehnung eines Änderungsantrages des Abg. Grafen Schwerin-Löwlich wurde der Paragraph in der Regierungsfassung angenommen. In der Abstimmung über § 69 wurde der Antrag Dove-Kämpf angenommen; ein Antrag des Abg. Porzig zu Absatz 3 abgelehnt und der ganze Paragraph in der durch den Antrag Dove abgeänderten Fassung angenommen. Artikel 2 der Regierungsvorlage wird gegen zwei Stimmen angenommen. Damit ist die erste Beratung der Vorlage erledigt.

Die **Kommission zur Vorbereitung des Gesetzentwurfs zur Entlastung des Reichsgerichts** legte am Dienstag die Generaldebatte fort. Von den Zentrumsmitgliedern traten die Abgeordneten Kintelen und Schmidt-Warburg für ihre früher schon skizzierten Anträge ein, die durch formalistische Erörterungen der Revision die Zahl der Revisionsurteile vermindern wollen. Beide wendeten sich im Interesse des Mittelstandes gegen die von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung der Revisionssumme, ließen aber durchblicken, daß sie sich nach Ablehnung ihrer Anträge auf den Regierungsvorschlag dennoch zurückziehen werden. Schmidt beklagte sich über die höhnische Behandlung seines Vorschlags durch die sozialdemokratische Partei, die lediglich für den Teil seiner Anträge sich ausgesprochen hatte, der eine Herabsetzung der Revisionssumme forderte, sich aber gegen die formalistischen Erörterungen des Rechtsmittels gewandt hatte. Abg. Hein (Soy.) hob in einer persönlichen Bemerkung hervor, daß es doch kein Hohn ist, wenn man dem Teil eines Antrags zustimmt, der im Interesse der kleinen Leute liegt, gegen den Teil sich aber wendet, der die gegenwärtigen Wirkungen hervorruft. Abg. Pohl (fr.) tritt mit Lebhaftigkeit gegen eine Herabsetzung der Revisionssumme ein. Der Abg. Spahn stellte sich abermals rückhaltlos auf den Standpunkt der Regierungsvorlage. Eine Vermehrung der Senate würde die Einheitlichkeit der Rechtsprechung gefährden. Die von seinen fraktionskollegen gestellten Anträge würden zumungunsten des materiellen Rechts das formelle Recht vermehren. Gleichzeitig gab er unfreiwillig einen Beitrag zu der Befürchtung des materiellen Rechts durch das Reichsgericht zwecks scheinbarer Aufrechterhaltung einheitlicher Rechtsprechung. Zwei Senate hätten dieselbe Rechtsfrage, ohne von der anderen Entscheidung zu wissen, verschieden behandelt. Da das eine Urteil noch nicht abgesetzt war, wurde nunmehr dessen Begründung auf die unumstößliche tatsächliche Feststellung der Verfassungsinstanz begründet und so — die einheitliche Rechtsprechung gewahrt. Man klage zu Unrecht über Beeinträchtigung des Mittelstandes. Man habe durch die Revisionsinstanz gar kein Individualrecht für die Parteien schaffen, sondern nur die Einheitlichkeit der Rechtsprechung wahren wollen. Er trete der Ansicht der Begründung bei, daß es für den Mittelstand oft von Vorteil sein würde, die Revisionsinstanz nicht zu haben, weil so Kosten für ihn gespart würden. Folgt man diesem sublimen Gedankengang, so würde es vielleicht für den Mittelstand das Geratenste sein, daß der Rechtsweg überhaupt verschlossen wird. Für die Spezialberatung dürfte für den Weistrit der Parteien einen Weg zur Entlastung des Reichsgerichts zu finden, der am wenigsten schädlich ist, sich vielleicht ein Vorschlag empfehlen, der vorschreibt: die erste Instanz wüßte die Entscheidung aus, in zweiter Instanz wird die „lustige Sieben“ mit der Bindung des Urteils betraut und die dritte Instanz, die mit den wichtigsten Fällen befaßt ist, „pokert“ über das „wahre Recht“. Erneut man denn noch Nichtstun zum Präsidenten des Reichsgerichts, so erblüht sich eine weitere Verschlechterung des Rechtsspiels. — Nächste Sitzung: Freitag.

# Gewerkchaftliches.

## Die „zaghaften“ Breslauer Richter.

Aus Breslau sind in jüngerer Zeit eine Anzahl Urteile gegen streikende Arbeiter bekannt geworden, die das Blut in den Adern erstarren ließen. Die „Breslauer Justiz“ wurde in der Arbeiterkassette wegen ihrer — sagen wir Unerbittlichkeit — nur mit Wohlwärtigkeiten erwähnt, die mit Sympathie nichts gemein haben. Diese „Breslauer Justiz“ hat nun auch ein konservatives Blatt, die „Schlesische Zeitung“ in Harnisch gebracht, weil sie angeblich — zu milde ist!

Das Blatt schreibt über das Streikpostenstehen: „Dieser Belagerungszustand aber ließ sich nicht beseitigen, weil unsere Gesele keinen genügenden Schutz gegen derartige Verletzungen und Terrorisierungen von Arbeitgebern und Arbeitswilligen durch die allmächtige Sozialdemokratie gewähren — oder vielleicht auch nur zu zaghaft ausgeht werden.“

Hier wird also ganz unerbittlich eine heutzutage Klassenjustiz verlangt, während man sonst jeden Gedanken an eine aus dem sozialen Milieu der Richter sich ergebende Tendenz zu harten Urteilen gegen Angehörige anderer Klassen verschämt leugnet.

Wir fürchten nur, daß die Breslauer Richter nie die Zufriedenheit der „Schlesischen Zeitung“ erringen können, weil sie weniger zaghaft bei der Auslegung der Gesetze gegen Streikposten unmöglich sein können!

## Berlin und Umgegend.

### Die Aussperrung der Tischler.

Die Firma Jelder u. Plathen ersucht uns unter Bezugnahme auf eine Notiz in unserer Nummer vom 4. d. M. um Aufnahme folgender Berichtigung:

Es ist nicht wahr, daß wir oder unser Geschäftsführer oder irgend ein anderer in unserem Auftrage während der Dauer des Lohnkampfes den Versuch gemacht haben, unsere Fabrikate bei Herrn Werner, Königsbergerstraße, oder bei sonst einem anderen Tischlermeister fertigtstellen zu lassen.

Wir haben uns nachträglich davon überzeugt, daß unserer Meldung allerdings ein Irrtum zugrunde liegt. Der Geschäftsführer der Firma Jelder u. Plathen hat Herrn Werner Skizzen vorgelegt. Da man im Kampfe ja beim Gegner selbst Erkundigungen nicht einziehen kann, schloffen wir daraus, es handele sich um ein Angebot von Arbeit. Wie wir jetzt erfahren, geschah die Vorlegung der Skizzen zu einem anderen Zwecke.

**Achtung, Steinbruder, Lichtbruder und Lithographen!** In der Anstalt „Graphia“ zu München ist ein Streik ausgebrochen. Ein Vertrauensmann der Firma sucht, wie uns telegraphisch aus München gemeldet wird, in Berlin Streikbrecher oder aber bemüht sich, Streikarbeit unterzubringen. — Alle Angehörigen der obigen Branchen seien darauf hingewiesen.

Die hiesige Filiale des Verbandes der Bäcker hat einen schönen Erfolg zu verzeichnen.

Der Polizeipräsident von Berlin hat eine Verfügung erlassen, nach welcher für die Stadtreise Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Nixdorf zu den Bestimmungen über die Sonntagsruhe in Bäckereien folgende Zusatzbestimmung tritt:

„Am Weihnacht-, Oster- und Pfingstfest ist in Bäckereien jedem Arbeiter in der Zeit von 1/2 Uhr vormittags des ersten Feiertages bis 1/2 Uhr abends des zweiten Feiertages ununterbrochene Ruhe zu gewähren.“

Der Regierungspräsident von Potsdam hat diese Verfügung auf folgende Vororte Berlins ausgedehnt: Amtsbezirke Wilmersdorf, Schmargendorf, Friedenau, Tempelhof, Brig, Treptow, Stralau, Kimmelsburg, Richtenberg, Weissenhof, Pantow, Reinickendorf und Grunewald.

Der Kampf um diese drei Feiertage wird seit fast einem Menschenalter durch die Bäckergehilfen geführt. Bei allen Lohnbewegungen bildete die Freigabe des ersten Feiertages der drei hohen Feste einen Punkt der Forderungen der Gesellen.

Im November des vorigen Jahres, sowie am 26. Januar des laufenden Jahres beschäftigten sich die Bäckergehilfen Berlins in zwei öffentlichen Versammlungen (wie schon so oft) wiederum mit der Frage der drei Feiertage. Diesmal wurden die Gesellenausschüsse beauftragt, eine Eingabe an den Polizeipräsidenten von Berlin auszubereiten, dahingehend, denselben zu ersuchen, auf Grund des § 105b der Gewerbe-Ordnung die Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Bäckergewerbe, so wie es jetzt tatsächlich geschehen ist, zu erweitern. Die Gesellenausschüsse sollten an die Innungen, die wiederholt für diese Feiertage sich ausgesprochen hatten unter der Bedingung, daß dieselben gesetzlich festgelegt würden, herantreten, um deren Befürwortung der Eingabe zu erwirken.

Nach einigem Zögern und umständlichen Verhandlungen unterschrieben die beiden Innungen diese von den Gesellenausschüssen vorgelegten Eingaben, nachdem auf Wunsch der Innungen verschiedenes, diesen nicht Gefallende herausgestrichen worden war.

Das Polizeipräsidium trat trotz der Befürwortung der Innungen in das Stadium der „Erhebungen“ ein, und es muß hierbei wieder, wie schon so oft, die traurige Tatsache konstatiert werden, daß seitens des Polizeipräsidenten nur die Arbeitgeber als sachverständige Auskunftspersonen gehört wurden, nicht aber auch die Arbeiter.

Mehrere dieser Auskunftspersonen hatten, wie der Organisation gemeldet wurde, ihr Urteil dahin abgegeben, daß die Sache völlig undurchführbar sei wegen ihrer Befürwortung an Hotels, Kasernen etc. Die Arbeiter fürchteten schon, daß diese Leute den Sieg davontragen würden, was ja glücklicherweise nicht eingetroffen ist.

Aber schon laufen finstere Mächte gegen diesen winzigen Bruchteil von Sonntagsruhe Sturm. Drei ganze freie Tage will man den Bäckergehilfen nicht gönnen. Die Bäckermeister bearbeiten schon die hiesige Lokalpresse. Die Eindringler suchen dem Publikum begreiflich zu machen, daß es gänzlich ohne Weisbrot am zweiten Feiertage doch nicht auskommen könnte, daß es in Restaurants und Cafés ohne die frische, knusperige Weisware, „die den Ruhm der Berliner Bäckerei in alle Welt hinaus getragen“ hätte, manche Speisen gar nicht genießen könne usw. Geradezu ungeheuerlich ist es, daß behauptet wird, Magenkrankheiten müßten das frische Weisbrot zu ihrer Gesundheit haben, wo jeder Laie weiß, daß gerade frische Ware dem Kranken ungemien schädlich ist.

Und durch solche Mähechen hoffen die Bäckermeister, die jeder, auch der geringsten Neuierung, sobald sie eine kleine Verbesserung der traurigen Lebenslage der Bäckerarbeiter bedeutet, abhold sind, eine Kenderung dieser äußerst vernünftigen Verordnung herbeizuführen.

Die Arbeiterschaft gönnt den Bäckergehilfen von Herzen diesen kleinen Erfolg und wünscht ihnen weit über diese Verfügung hinaus die völlige freie Sonntagsruhe.

## Deutsches Reich.

In der Fahrzeug-Fabrik Eisenach waren 80 Arbeiter gemahregelt worden, die sich eine Akkordpreiskürzung nicht ruhig gefallen lassen wollten. Alle Versuche, mit der Fabrikleitung zu einer Einigung zu gelangen, schlugen fehl. Gestern mittag legte deshalb die gesamte Arbeiterschaft der Fabrik (600 Mann stark) die Arbeit nieder.

**Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier.** Am Dienstag herrschte auf Zeche „Gruchstraße“ vollständige Ruhe, nur einige Zigarbeiter sah man hantieren, eingeschlossen sind nur einige Beamten. Die Auslassung des Betriebsführers, daß jedes Belegschaftsmitglied, welches nicht einfahrte, sich als entlassen zu betrachten habe, hat niemand eingeschüchtern. In der Nähe der Zeche sah man einige Gendarmen zu Fuß und zu Pferde. Die Beamten verhielten sich jedoch vollständig passiv. Am Nachmittag, an der Hauptstraße, war am Dienstag eine Besamtmachung betreffend Abschlagszahlung angeschlagen.

Man hatte also mit der Tatsache gerechnet, daß niemand den Zecheplaz betreten werde. Zu den beiden Versammlungen nachmittags und abends waren sämtliche Belegschaftsmitglieder erschienen. Quicmann, zweiter Vorsitzender des Bergarbeiter-Verbandes, gab Aufklärung über die Ereignisse und die Resultate der von der Kommission angestrebten Vergleichsverhandlungen. Entschieden wies Quicmann die Ansicht des Bergrats zurück, nämlich daß die Verewaltung gesetzmäßig vorgegangen sei. Eine plötzliche Kenderung der Betriebsordnung sei ungesetzlich und somit auch das Vorgehen der Verwaltung der Zeche „Gruchstraße“. Wichtig sei auch, daß der Herr Bergat die Notwendigkeit noch weiterer Verlängerung der Einfahrtszeit zu betonen für notwendig erachtete. Anderer Ansicht sei jedenfalls das Oberbergamt in Dortmund, welches am Dienstag früh auf Intervention der Kommission sofort Vermittlung zugelagt habe. Auf dessen Veranlassung sei für nachmittags 4 Uhr in Dortmund eine Konferenz anberaumt worden, an welcher Vertreter des Oberbergamtes, ein Vertreter der Zeche „Gruchstraße“ und die Vertreter der Arbeiter teilnehmen. Es sei zu hoffen, daß durch das Eingreifen des Oberbergamtes auch hier, wie im vorigen Winter auf der Zeche Oberhausen, der Konflikt beigelegt werde. Anderenfalls sei zu befürchten, daß die Bewegung weiter um sich greife. Wie groß die Unzufriedenheit unter der Bergarbeiterkassette sei, beweisen die Streiks in Kassel und im Neuroder Bezirk und auf den umliegenden Gruben, wo die Bewegung aufs höchste gestiegen. — Es schwärzten schon Gerüchte, auch auf anderen Gruben sei der Streik schon ausgebrochen.

Mit großer Spannung erwarteten die seit 1/2 Uhr im Lokale Antwoenden die Mitglieder der Kommissionsmitglieder, die um 7/8 eintrafen. Parwels berichtete, daß durch die Verhandlungen unter Leitung des Oberbergamts die Verwaltung sich endlich bereit erklärt habe, vorläufig die Anordnung zurückzunehmen. (Die Abstellung der sonstigen Missetände hatte die Betriebsleitung vorher schon zugestimmt.) Die Zusage ist gemacht worden, weil das Oberbergamt sich auch auf den Standpunkt stelle, die angeordnete Betriebsänderung sei ungesetzlich. Aus dem Gang der Verhandlungen haben die Kommissionsmitglieder den Eindruck gewonnen, daß der Anschlag widerfahren werde und zwar dann wohl unter Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen. Unter solchen Umständen blieb der Belegschaft nichts anderes übrig, als vorläufig den Streik für beendet zu erklären unter dem Vorbehalt, daß sofort, wenn ein neuer Anschlag herauskommt, die Belegschaft unerbittlich Stellung nimmt und unter allen Umständen Anschläge gegen die Arbeiter abzuwehren gewillt ist. Nach erregter Debatte, in welcher einer Arbeitsaufnahme entschieden widersprochen wurde, gelangte schließlich eine Resolution zur Annahme, in welcher der Streik vorläufig für beendet erklärt wird. Die Kommission wurde beauftragt, die Verhandlung mit der Verwaltung weiterzuführen, damit die versprochene Beseitigung der Missetände auch vorgenommen wird. Die Kommission wurde des weiteren beauftragt, falls in der Zukunft eine neue derartige, die Arbeitsordnung ändernde Besamtmachung seitens der Betriebsverwaltung erlassen wird, sofort für denselben Tag eine Belegschafts-Versammlung einzuberufen. Unter allen Umständen erklärte die Versammlung, sich keine Verlängerung der Arbeitszeit oder sonstige Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse gefallen zu lassen. — Es ist jetzt der latente Zustand geschaffen, daß, wenn ein neuer Anschlag erfolgt, der Streik von neuem ausbricht. Dann dürfte die Bewegung die Bewegung aber sicher über den lokalen Rahmen hinaustragen.

## Husland.

**Der niederländische Glasbläser-Streik.** Drei angesehene Männer, unter ihnen Professor Treub, haben von neuem einen Vermittlungsversuch bei den Fabrikanten gemacht, wurden aber ohne weiteres abgewiesen. Die Fabrikanten zeigen also auch jetzt noch nicht das geringste Entgegenkommen.

## Die Gewerkschaftspresse in Ungarn.

Mit der Kräftigung der Gewerkschaftsbewegung hat auch die Entwicklung der Arbeiter-Presse Schritt gehalten. Vor 3 Jahren erreichten sämtliche Gewerkschaftsblätter erst die Auflage von zusammen 12 000, während sie heute die 60 000 übersteigen. Allerdings erscheint nur ein Blatt, nämlich die „Typographia“, einmal wöchentlich. Dieses in ungarischer und deutscher Text herausgegebene Blatt hat die Auflage von 5200 erreicht. Die höchste Auflage hat der „Bauerarbeiter“ (ungarisch) mit 12 000, sodann folgen der „Metallarbeiter“ (ungarisch) mit 11 000, der „Holzarbeiter“ (ungarisch) mit 5000, der „Eisenbahner“ (ungarisch) 3300, der „Bauerarbeiter“ (deutsch) 3000 usw. Alle diese Blätter erscheinen monatlich nur zweimal. Auch die Maler, Bäcker und Buchbinder geben Fachblätter heraus, die in ungarisch und deutsch erscheinen. Es folgen dann noch sechs Gewerkschaftsblätter, die monatlich nur einmal erscheinen; unter diesen steht das Fachblatt für Schneider (ungarisch und deutsch) mit einer Auflage von 3500 an der Spitze. Zusammen sind es 21 Fachblätter mit 61 600 Auflage. Von diesen erscheint 1 wöchentlich, 14 monatlich zweimal und 6 monatlich einmal.

**Der italienische Gewerkschaftslongres** findet vom 6.—9. Januar in Genua statt. Zugelassen hierzu werden die Vertreter der Zentralverbände und der örtlichen Arbeitskammern. Auf der Tagesordnung stehen eine Reihe Punkte, welche das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Unterstützungsvereinigungen und den Konsumgenossenschaften betreffen. Wie die italienische Parteipresse mitteilt, werden die deutschen Gewerkschaften durch den Genossen Legien vertreten sein.

# Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Paris, 7. Dezember.** (W. T. S.) Senat. Die Beratung des französisch-englischen Uebereinkommens wird fortgesetzt. Vizeadmiral Graf de La Fayette (Monarchist) bekämpft das Abkommen als unvorstellbar für Frankreich. Minister des Aeußeren De Cassé erklärt, auf Neufundland habe Frankreich nur das Recht auszuüben, die Fische an Land zu trocken. Man müsse das Abkommen als Ganzes beurteilen. Das Abkommen, das das Bündnis mit Russland befestigt und befestigt, führt der Minister aus, wird Frankreich gestatten, Vorteil aus seinem großen Kolonialreich zu ziehen. Als Entgelt für die von uns gemachten Zugeständnisse erhalten wir wichtige Vorteile in Westafrika. Der Minister legt dann dar, daß England und Frankreich nicht Nebenbuhler sein dürfen. In Marokko müsse Frankreich aus Besorgnis für die Sicherheit Algeriens überwiegenden Einfluß besitzen. Marokko müsse bei weiterer Entwicklung seine territoriale Integrität gewahrt bleiben.

Minister De Cassé fährt fort: Es müßte verhindert werden, daß andere sich zur Lösung einer Frage melden, die Frankreich zukommt. Da England in Marokko zurücktritt, müßten wir bezügl. Ägyptens die vollendete Tatsache anerkennen, auf unsere negative Position dort verzichten und bezüglich Englands eine neue Position in Ägypten beginnen. (Lebhafter Beifall.) De Cassé erörtert dann das Abkommen bezüglich Ägyptens, erklärt, die französischen Handelsinteressen seien durch dasselbe völlig gewahrt, und fährt fort: Nicht nur mit England müßten wir uns hinsichtlich des Mittelmeeres verständigen, sondern auch mit Italien, und das ist ebenfalls geschehen. Auch mit Spanien sind wir zu einer Verständigung gelangt. Die spanische Regierung verpflichtet sich, Marokkos territoriale Integrität zu respektieren. De Cassé schließt mit der Versicherung, daß Frankreichs Prestige und sein Kredit einen Zuwachs erhalten hätten; trotzdem müsse man sich aber hüten, zu glauben, daß Frankreich auf ein starkes Meer und eine kraftvolle Flotte verzichten könne. (Anhaltender Beifall.) Das französisch-englische Abkommen wird schließlich mit 215 gegen 87 Stimmen genehmigt und die Sitzung dann geschlossen.

Reichstag.

107. Sitzung. Mittwoch, den 7. Dezember 1904, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitzung: Hr. v. Stengel, v. Einem, v. Zirbig, Dr. Stäbel.

Fortsetzung der Generaldebatte über den Etat und die Militärverordnungen.

Hr. Schrader (fr. Vg.):

Heberrosch kann ja von dem schlechten Etat niemand sein. Rechnet man die ungewöhnlicherweise auf den außerordentlichen Etat überschriebenen Ausgaben zu dem Defizit hinzu, so beläuft sich dieses auf 400 Millionen. Wir haben jedenfalls keine Veranlassung, der Fiskusanklage ohne weiteres zuzustimmen. Die Anleihe soll dazu dienen, daß die Einzelstaaten nicht durch die Militärbeiträge mehr belastet würden. Da frage ich mich, wer sind denn nun diese notleidenden Einzelstaaten, die da so sehr geschont werden müssen? Das können doch nur die kleinen sein. Nun, ich habe mir den Etat von zwölf kleinen Staaten, insbesondere den der sibirischen Staaten und Anhalt daraufhin angesehen, und muß ja sagen, un bequem wäre für diese eine Erhöhung der Militärbeiträge. Aber dann ist doch nichts einfacher, als daß man die Quote dieser kleinen Staaten auf Kosten der großen herabsetzt, insbesondere auf Kosten Preußens. Preußen hat durch seine drakonische Lotterieverordnung die außerpreussischen Lotterien aus seinen Grenzen verbannt und hat dadurch die beteiligten Staaten finanziell schwer geschädigt. Es könnte also ganz gut ein Opfer zu ihren Gunsten bringen. An eine Vermehrung der Reichseinnahmen selbst ist ja wohl nicht zu denken. Eine Reform der Brennsteuer könnte sie schaffen, ist aber bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstags nicht zu erwarten. Herr Liebermann v. Sonnenberg schlägt eine Verbrauchssteuer besonders auf die Juden vor. Bisher haben sich die deutschen Juden darüber beschwert, daß sie im Heere nicht genügend Stellen finden; daß die Juden in Rußland aber sich dem Heeresdienst entziehen, das kann man ihnen keineswegs abnehmen. Wollen sie denn verlangen, daß sie einem Staate, in dem sie nicht Beamte sein können und auf jede Weise unterdrückt werden, begeistert Kriegsdienste tun sollen? Die Erhöhung der Militärbeiträge würde wahrscheinlich die Einführung neuer indirekter Steuern in den Einzelstaaten bedeuten, die die große Masse des Volkes belasten. Dadurch oder durch die Bier- oder Tabaksteuer würden gerade die wirtschaftlich Schwachen getroffen. Der letzte Grund, warum unsere Einnahmen unsere Ausgaben nie erreichen, liegt darin, daß das Parlament nicht die Macht hat, einmal beschlossene Steuern wieder außer Kraft zu setzen. Nun ist es ja wahrscheinlich, daß der nächstjährige Etat bedeutend mehr Einnahmen bei den Zöllen bringen wird wegen der verstärkten Einfuhr vor Inkrafttreten des neuen Zolltarifs. Dann aber müssen wir uns darauf gefaßt machen, daß der Etat für 1906 noch ungünstiger ausfällt, als der diesjährige. Eine Vermehrung der Einnahmen erwartet ein Redner der Rechten von seiner Mittelstandspolitik, aber die ganze Mittelstandspolitik, die Sie treiben, ist bisher fruchtlos geblieben, Sie haben überhaupt kein Herz für den Mittelstand. (Droht rechts.)

Was die neuen Militärverordnungen betrifft, so wäre es ja das Ideal, wenn wir unsere Leistungen auf das Mindestmaß beschränken könnten und die Friedensbewegung mehr Erfolg hätte. Ich weiß ja, daß der Haager Friedensvertrag nicht geeignet ist, dauernden Frieden zu sichern. Und einen wirklichen Frieden haben wir ja auch nicht, denn wir müssen doch jeden Augenblick bereit sein, zu den Waffen zu greifen.

Der Kolonialetat macht und dieses Jahr besondere Schmerzen. Es ist mir zweifelhaft, ob es seinerzeit richtig war, überhaupt die Kolonialpolitik zu beginnen. Aber nun haben wir die Kolonien und tragen die Verantwortung für ihr Gedeihen. (Reichsminister Graf Bülow tritt den Saal.) Vor allem müssen wir die Kolonien weglassen machen. — Obgleich ich zu unserer Kolonialpolitik, zumal zu dem augenblicklichen Leiter, wie ich ausdrücklich betone, alles Vertrauen habe, bin ich doch der Meinung, daß nicht alles geschehen ist, was hätte geschehen müssen und können.

Es wird zu erwägen sein, ob man sich in den Kolonien nicht auf kleine Gebiete beschränken sollte, die man in eine intensive Kultur nehmen kann, und den Rest vorläufig unberücksichtigt zu lassen. Der Herr Reichsminister hat ja eine Neuorganisation des ganzen Kolonialwesens in Aussicht gestellt. Man hört davon, daß man ein besonderes Kolonialamt, losgelöst vom Reichsamt des Meeres, errichten will. Wenn man uns um unsere Meinung darüber befragt würde, so würden wir dagegen sein. Doch ist die Frage überhaupt unseres Erachtens unwesentlich. Es kommt bei jeder Verwaltung auf nichts anderes an, als daß man Leute findet, auf die man sich unter allen Umständen verlassen kann. Alles kommt darauf an, die wirtschaftlichen Kräfte der Kolonien zu entfalten, und ich bin überzeugt, daß man auch bei der Regierung in nicht zu langer Zeit das einsehen wird. (Lebhafte Beifall bei der freisinnigen Vereinigung.)

Hr. v. Czarlinski (Pole):

Auch uns gefällt der Reichs-Etat für 1905 nicht besonders. Aber wir werden uns nicht lange den Kopf zerbrechen, wie die unaufhörlich wachsenden Reichsschulden, die durch die Ausgaben für Militär, Marine und Kolonien entstehen, gedeckt werden sollen. Wir werden nur, wenn die Frage nach neuen Steuerquellen an uns herantritt, sagen, daß wir an indirekten Steuern genug haben und daß die, die sich patriotisch für die neuen Ausgaben begeistern, auch die Lasten tragen mögen. Wir können kein Interesse an diesen Fragen nehmen, so lange wir in die Fessel der Ausnahmestellung und Ausnahmeregeln gefesselt sind; in die Fessel von Ausnahmestellung, die den Grundgesetzen von Recht und Gerechtigkeit widersprechen und mit der Reichsverfassung nicht in Einklang zu bringen sind. Besonders dieser Umstand sollte dem Reichstag und vor allem denjenigen seiner Mitglieder, die sich des stolzen Wortes noch erinnern „Deutschland in der Welt voran“ die Frage nahe legen, ob ein derartiger Zustand Dauer haben kann. Nach § 13b des Anstiedlungsgesetzes soll jede Ansiedlung untersagt sein, die den Zwecken des Anstiedlungsgesetzes von 1886 widerspricht. Der Zweck des Anstiedlungsgesetzes von 1886 ist, die polnischen Ansiedlungen zu belämmern und durch die Deutschen zu hinterreiben. Diefem Zwecke widerspricht jede polnische Ansiedlung und deshalb muß sie nach dem § 13b verboten werden. Heißt das die Reichsverfassung achten, die verbietet, den Grundbesitzerwerb und die Ansiedlungsmöglichkeit einzuschränken? Vorgesetzt sagte der Reichsminister, wir alle sollten die Verfassung respektieren. Das gibt uns gewissermaßen eine Garantie dafür, daß der Reichsminister befreit sein wird, gut zu machen, was der preussische Ministerpräsident — ich will nicht sagen: verborgen, aber — übersehen hat. (Heiterkeit und sehr gut bei den Polen und links.) Wegen des Nationalbewußtseins einer Bevölkerungsschicht würde eine weiße Regierung niemals auftreten. (Zuruf links: eine weiße!) Selbst der Minister v. Hammerstein ist nicht imstande, das Nationalbewußtsein der Polen wegzuputzen. (Sehr richtig! bei den Polen.) Es wird an dem Reichstage liegen, die Verfassung unversehrt zu erhalten. In keinem Lande der Erde hat man es bisher gewagt, mit solchen Gewaltmaßnahmen, noch dazu gegen die unheimlichsten Volksklassen, vorzugehen. Bei der Spezialberatung des Etats werden wir Ihnen nachweisen, wie die Polen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zurückgedrängt, schikaniert und verfolgt werden. Die Verrücktheit der polnischen Ordonnen in deutsche hat zur Folge, daß Briefe mit polnischen Adressen bisweilen als unbestimmbar zurückgehen. Man könnte dann wenigstens mit der überflüssigen Ueber-

legungsbehörde aufräumen. Der Reichsminister hat gesagt, die Polen könnten unter sich so viel polnisch sprechen wie sie wollten. Aber das trifft nicht zu. Man verbietet polnischen Eisenbahnbeamten, unter sich polnisch zu sprechen! Ebenso ist einem Lehrer verboten worden, bei sich zu Hause in der Familie polnisch zu sprechen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da hört doch wirklich alles auf. Es hört auch noch bei anderen Gelegenheiten alles auf, so wenn man eine Wahlpflicht konstruieren will, die doch direkt verfassungswidrig ist.

Die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des Heeres lehnen wir ab. Die fortgesetzten Kriegsvorbereitungen der Großmächte führen nur dazu, daß die kleinen Nationen erstickt werden. Und Polen hat man alles genommen. Wenn alle Mittel angewendet werden, die polnische Bevölkerung zu vernichten, dann erscheint die Frage berechtigt, ob wir Pflichten tragen sollen, wo keine Rechte sind, ob die polnische Bevölkerung mit einiger Berechtigung zum Militärdienst und zum Steuerzahlen herangezogen wird. Sie haben es ja in Südwestafrika gesehen, wie weit Sie kommen, wenn Sie einem Volk ihre Kultur gewalttätig aufdrängen wollen. Lassen Sie für Ihre Ungleichheit wenigstens nicht die deutschen Steuerzahler häßen. Ich möchte den Vorschlag machen, den Anstiedlungsfonds, der ja doch nur zur Rettung Bankrotter, schiffbrüchiger Landwirte dient, als Anstiedlungsfonds für Südwestafrika zu verwenden. (Heiterkeit und Beifall bei den Polen.)

Hr. Gylbert (bayer. Bauernbund) (auf der Tribüne schwer verständlich): Das Geld zur Sanierung deutscher Finanzen kann nicht vom Himmel heruntergeholt werden, sondern wird wieder aus dem deutschen Volk herausgeholt werden müssen. Wenn ich nun auch glaube, daß der jetzige Zustand der Reichsfinanzen ebenso unerträglich ist, wie wenn ein Vater seinem Sohn ein überschuldetes Anwesen vererbt, so glaube ich doch auf der anderen Seite, daß wir nicht weiter zur Erhöhung der Schuldenlast in der Landwirtschaft beitragen dürfen. Darum müssen wir eine Friedenspolitik treiben und den Militarismus möglichst einschränken. Vor allem aber müssen bei den Handelsverträgen die Landwirtschaft und die Viehzucht geschützt werden. Redner ergeht sich dann in langen Ausführungen über die Notwendigkeit des Schutzes der Landwirtschaft. Er protestiert ferner gegen den Gedanken einer Abwälzung des Defizits auf die großen Einzelstaaten. „Wir Bayern können unser Geld selbst brauchen.“ (Heiterkeit.)

Hr. Stockmann (Rp.): Der Hr. Gylbert hat in höchst wegwerfender Weise von dem Oberhofmeister der Kaiserin, Freiherrn v. Mirbach, gesprochen. Es kann nicht meine Aufgabe sein, hier irgendwie zu intervenieren, ob von Seiten des Herrn v. Mirbach Fehler begangen sind; die Sache ist im preussischen Abgeordnetenhause genügend behandelt und klargestellt worden. Jedenfalls haben diese Verhandlungen ergeben, daß Herr v. Mirbach in der ungenügenden und selbstlosesten Weise gehandelt hat und daß das, was er durch seine unermüdliche Tätigkeit zur Beseitigung der Armut in Berlin erreicht hat, ihm von der evangelischen Kirche stets gedankt werden wird.

Wenn Herr Gylbert von christlicher Liebestätigkeit mit großer Geringschätzung sprach, so ist das nur dadurch zu erklären, daß ihm absolut unbekannt ist, wieviel Millionen aus evangelischen und katholischen Kreisen in jedem Jahre für Zwecke der Liebestätigkeit aufgebracht werden.

Wenn Herr Gylbert den Vorwurf der Heuchelei und Gegenüber erhob, so trifft ein solcher Vorwurf vielmehr eine Partei, welche mit uns die große Not in der Arbeiterklasse kennt und die von den großen Mitteln, die ihr aus den freiwilligen und unfreiwilligen Arbeitergroßen zufließen, auch nicht den geringsten Teil verwendet, um diese Not zu beseitigen, sondern ausschließlich dazu benützt, im deutschen Volke Unzufriedenheit zu erregen und Einheiten für verdiente Parteigänger zu schaffen. (Sehr richtig! rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Was die Handelsverträge betrifft, so hatten ja auch wir erwartet, daß sie früher kommen würden. Aber es ist doch viel mehr erreicht, als die Dinte des Hauses jemals erwartet hat, die immer und immer und vorgehalten hat: Mit solchen Tarifen sind überhaupt keine Verträge möglich (Zuruf links: keine brauchen!).

In Südwestafrika haben wir ja ein überaus schmerzliches Lehrgeld zu zahlen gehabt. Ich hätte gewünscht, daß Herr Gylbert seine Behauptung, daß die Hereros keine Frauen ermordet hätten, nachdem sich jetzt das Gegenteil erwiesen hat, berichtigt hätte. Die schmerzlichen Erfahrungen dort wären erspart geblieben, wenn wir die unzähligen Millionen, die uns der Aufwand jetzt kostet, rechtzeitig zur Entwicklung der Kolonie verwendet hätten. Leider hat die Regierung sich durch die übertriebene Sparsamkeit des Reichstages in kolonialen Dingen von solchen Forderungen abhalten lassen.

Aber auch etwas Gutes hat der Aufwand gebracht. Einmal ist durch ihn der Eifer für koloniale Dinge in weite Kreise unseres Volkes gebracht worden, obgleich das Kolonialamt sehr parsam mit Nachrichten war. Ferner hat der Aufwand bewirkt, daß wir erlernet haben, daß die Kolonialverwaltung auf fassbarem Wege war. Der Herr Reichsminister hat uns ein neues Programm angekündigt. Eine Spur des neuen Programms finde ich darin, daß ein eigener Stand von Beamten in einem 6 1/2-jährigen Kursus nach englischem Vorbilde ausgebildet werden soll. Eine weitere Spur des neuen Programms finde ich in den 5 Millionen Mark, die als Entschädigung für die Ansiedler im Etat vorgesehen sind, und in den 300 000 M., die für Wasseranlagen und den 60 000 M., die für Jagtiere angelegt sind. Ich schließe mit dem Wunsch, daß wir auf dem bisherigen Wege fortfahren wollen. (Bravo! rechts.)

Hr. Zimmermann (Antik): Zu dem Fall Mirbach will ich nur bemerken, daß das Vorgehen des Oberhofmeisters wenig christlich war, es war vielmehr jüdisch, so jüdisch, daß die jüdischen Bankiers darüber in Schanden geraten sind. (Heiterkeit.) Solche Fälle, wie auch der des Ministers Ruffrat sind nur Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie. Recht hatte Herr Gylbert mit seiner Behauptung, daß Deutsche Reich gleiche einem Freudenhaus. In Denkmalsentwürfen, Festlichkeiten, Wettrennen, Erinnerungsfesten usw. wird allerdings bei uns des Guten fast zu viel geleistet. Unsere Minister sind dadurch so in Anspruch genommen, daß sie wichtigen Besprechungen, wie zum Beispiel dem Handwerkerkongress nicht beiwohnen können. — Der Reichstag bildet im Gegensatz dazu ein Klagehaus. — Man sucht nach neuen Steuern, um den Finanznot abzuhelfen. — Da muß ich denn sagen, daß wir einer Verbrauchssteuer unter allen Umständen zustimmen, uns aber ablehnend verhalten gegen jede weitere Vermehrung der indirekten Steuern, die die breiten Massen belasten. — Durchaus sympathisch ist uns die Mälsteuer, und ebenso würden wir für eine Staffelung der Brausteuer so weit zu haben sein, als dadurch die größeren Brauereien getroffen würden. Nicht aber würden wir eine Mehrbelastung des Bieres akzeptieren. (Heiterkeit links.) Zu erstreben ist zu allererst für uns die Befreiung von der Diktatur der Kohlenindustrie. Die Einführung der Reichs-Erbschaftsteuer halten wir für notwendig, nachdem es von der Wissenschaft ausgesprochen ist, daß die Reichen immer reicher werden und an Zahl immer zunehmen. Das nach alledem, was wir in der Etatsdebatte gehört haben, eine Finanzreform bringen nötig ist, kann ich als selbstverständlich bezeichnen. — Der Militärvorlage stehen wir aus nationalen Gründen wohlwollend gegenüber; eine bindende Erklärung jedoch kann ich noch nicht abgeben. — In betreff unserer Kolonialpolitik, besonders der Ausgaben für Südwestafrika, stehen wir auf dem Standpunkte, daß, ungeachtet aller berechtigten Bedenken, der Zeitpunkt für Beschuldigungen und Unter-

suchungen nicht gekommen ist, so lange der blutige Kampf tobt. — Zu bedauern habe ich, daß der Reichsminister sich dazu herbeigelassen hat, den englischen Journalisten Wassford zu empfangen; die deutsche Presse zu beruhigen, hat der Reichsminister sonst nicht so große Eile. Allein in der Kritik muß man vorichtig sein; denn man weiß nie, wie weit die Minister nur die Handlanger einer Stelle außerhalb sind. Das aber will ich konstatieren, daß in unserer inneren Politik ein gewisser großer Zug vernünftig wird. Und der tut not in der Gegenwart. Tief wird das im Volke empfunden. Die Annäherung, mit der Oesterreich-Ungarn in den Handelsvertragsverhandlungen hervorgetreten ist, ist noch die Folge der Verhättnisgelung des Auslandes, die in der Herr Caprivi sich breit machte.

Oesterreich-Ungarn wird sehr bald gezwungen sein, das zerrissene Band wieder anzuhäufeln. — Wenn weite Kreise unseres Volkes jetzt unzufrieden sind, so liegt das an der geringen Fürsorge für die berechtigten Forderungen des Mittelstandes. Auch die Steuerpolitik ist eine soziale Aufgabe, die unter diesem Gesichtspunkte gelöst werden muß! Ich weiß, es ist ein Zeichen der Unreife, wenn manche Handwerker und Kleinbauern erklären, wenn ihre Forderungen jetzt nicht erfüllt würden, würden sie das nächste Mal sozialistisch wählen. Aber es liegt das doch daran, daß diese Leute sehen, wie die unartigen Kinder von der Sozialdemokratie durch die Regierung so gut behandelt werden, während die artigen Kinder von Mittelstand es so schlecht haben. (Heiterkeit.) Ich stehe auf dem genau entgegengesetzten Standpunkte wie der Herr Abgeordnete Schrader, der vor allen künstlichen Maßnahmen zur Hebung des Mittelstandes gewarnt hat und dessen Gedankengang mir aus der sozialistischen Presse (Widerpruch bei der freisinnigen Vereinigung) genügend bekannt ist. Die Frage nach einer Definition des Begriffes „Mittelstand“ beantworte ich ähnlich wie der hier ja oft gegen uns zitierte Professor Schmoller. Nicht Handwerker und Kleinbauern allein, sondern eine viel breitere Schicht, die sich aus allen Berufen zusammensetzt, bildet den Mittelstand. Schmoller rechnet so: 1/2 Million Haushaltungen bilden die sogenannten „oberen Jehntausend“ (Heiterkeit), 2 1/2 Millionen den oberen Mittelstand, also Gelehrte, Künstler, Beamte usw., 3 1/2 den unteren Mittelstand, also Handwerker, Kleinbauern und Unterbeamte. Wir haben also im Mittelstande zusammen 6 1/2 Millionen Haushaltungen, denen 5 1/2 Millionen Haushaltungen der unteren Klassen gegenüberstehen. Der Mittelstand von 6 1/2 Millionen Haushaltungen bildet aber trotz allem, was man dagegen gesagt hat, eine Einheit. Er muß sich nur auf seine Aufgabe besinnen. In der letzten „Rebe“ spricht „an die deutsche Nation“ wird das deutsche Volk vor die Wahl gestellt, ob es ein Ende oder ein Anfang in der Geschichte sein wolle. So liegt das Verhältnis auch jetzt: Entweder steigt die rote Internationale in Verbindung mit der gelben, dann bedeutet das Jahr 1870/71 das glänzende Abendrot in der deutschen Geschichte oder das deutsche Volk besinnt sich unter zielbewusster Leitung der Regierung auf seine Aufgabe! Es heißt also: „Reichsminister, geh Du voran!“ (Beifall bei den Antifemiten.)

Hr. Storz (Südd. Rp.): Der Staatssekretär hat uns leider die Mittel nicht genannt, durch die er die herrschende Finanznot überwinden will. Denn an die Sparsamkeit glaubt doch bei den stets wachsenden Ausgaben für die Militärpolitik niemand. Die Vermehrung des Reichsministeriums, das deutsche Volk gebe ungeheure Summen für den Alkohol aus, schien darauf hinzudeuten, als sei eine Erhöhung der Frau- und Brauweinsteuer beabsichtigt. Für beides werden meine Freunde so wenig zu haben sein, wie für die Erhöhung oder Neueinführung irgend welcher Abgaben von Artikeln des Massenkonsums. Denn alle diese indirekten Verbrauchssteuern haben die unangenehme Folge, den Konsum zu vermindern, wie wir das erst jüngst an einem so schlagenden Beispiel gesehen, an der Juckersteuer.

Insgesamt zeigt aber die gegenwärtige finanzielle Lage, daß wir nicht dauernd so gewaltige Aufwendungen für Heer, Marine und Kolonien machen können. Ganz besonders müssen wir uns gegen die Vermehrung der Kavallerie aussprechen, sowohl aus militärischen Gründen wie deshalb, weil gerade die Kavallerieregimenter die Hochschule des Rastengeißes und des übermäßigen Luxus sind. Erst jüngst sind wieder Militär-Gerichts-urteile gefällt worden, die nicht nur von einer ungeheuren Härte, sondern auch von höchst mangelhaftem Verständnis für die Grundlagen des gesamten Militär-Strafrechts Beweis ablegen, wie das in Dessau. (Sehr wahr! links.) Die Forderungen für die Flotte hielten sich im Rahmen des Flotten-gesetzes. Der Flottenverein versteht ein Rumschreiben, in dem er dies auf das tiefste bedauert; gewiß wäre eine starke Flotte für Deutschland ganz erwünscht, wenn sie nur nichts kosten würde. — (Die Ausführungen des Redners bleiben infolge der Unruhe im Hause auf der Tribüne fast unverständlich.) Herr Knoke hat eine zweite Friedenskonferenz angeregt; ich hoffe, daß die Regierung sich dazu nicht prinzipiell ablehnend verhalten wird. Ein größeres Lob hätte übrigens Graf Bülow der Sozialdemokratie nicht erzeilen können, als indem er ausführte, die Regierung sei fest entschlossen, den Frieden zu erhalten, weil nur die Sozialdemokratie von schweren Verwicklungen Vorteil hätte. Also hat doch die Sozialdemokratie sich um die Friedensbewegung sehr verdient gemacht. — Aus den weiteren Ausführungen ist nur zu verstehen, daß Redner sich über das Wasserrecht verbreitet. Ein einheitliches Wasserrecht ist zu wünschen. Auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens ist die angebotene Betriebsmittelgemeinschaft zu begrüßen. — (Die Unruhe ist so groß geworden, daß der Präsident ein Glockenzeichen ergoß.) Die Jahreshrone sollen nicht bloß als feste Pränzen angesehen werden, sondern als Schutzwall gegen den überhandnehmenden Militarismus.

Präsident Graf Ballestrem: Ich bitte um mehr Ruhe. Der Redner muß sich sonst zu sehr anstrengen.

Hr. Storz: Ich danke dem Herrn Präsidenten für die Sorge um meine Gesundheit. Besonders Freude macht mir, die gute Gesundheit des Herrn Präsidenten konstatieren zu können, nachdem wir vor einigen Wochen um seine Gesundheit besorgt sein mußten, als wir in einem von ihm ausgegangenen Schreiben lasen, daß er erkranken wolle. (Große Heiterkeit links, Unruhe rechts.)

Präsident Graf Ballestrem: Ich darf nicht dulden, daß ein Akt des Präsidenten, den er in seiner amtlichen Eigenschaft vollzogen hat, von einem einzelnen Abgeordneten kritisiert wird. Das steht dem Einzelnen nicht zu. Glaubt ein Abgeordneter, daß der Präsident in irgend einer Richtung im Amte nicht richtig gehandelt hat, so möge er den Antrag stellen, daß ein Tadel gegen ihn vom Hause ausgesprochen wird. Das Haus ist souverän über den Präsidenten, aber nicht der einzelne Abgeordnete. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Hr. Storz (Südd. Rp.) fortfahrend: Unter dem Mangel an Diäten leiden alle Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, welche ihre eigene Organisation besitzt. Es tritt also gerade das Gegenteil von dem ein, was man ursprünglich geglaubt hatte, als man dem Reichstage die Diäten verweigerte. Die Sozialdemokratie wird durch den jetzigen Zustand direkt gestärkt. Man sagt jetzt, die Einführung der Diäten bedeute eine Verfassungsänderung. Aber in den rechtsstehenden Zeitungen wird ganz offen über eine bevorstehende Veränderung des Wahlrechts diskutiert. Wäre das keine Verfassungsänderung? Auch wir wollen den Mittelstand schützen, aber auf vernünftige Weise. (Beifall links.)

Hr. Singer (Soz., zur Geschäftsordnung): Im Namen meiner politischen Freunde habe ich zu erklären, daß wir einen Antrag, ein Tadelvotum über den Präsidenten auszusprechen, für überflüssig halten, und zwar deshalb, weil nach unserer Auffassung auch dem einzelnen Abgeordneten das Recht zusteht, den Präsidenten zu kritisieren. Es gibt in der Geschäfts-

ordnung kein Mittel, um das zu verhindern. Das ist unsere Auffassung von der Angelegenheit. (Beifall links.)

Präsident Graf Ballestrem: Aber nicht die meinige! Und meine Auffassung ist vorderhand die maßgebende. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Hierauf verlegt sich das Haus auf Freitag nachmittag 1 Uhr. Schluß 5 Uhr.

## Partei-Nachrichten.

Unsere Dieseldorfer Parteigenossen gaben im Stadtverordneten-Kollegium bei Ablehnung eines Beitrages von 1000 M. für ein Hochzeitsgeschenk an den Kronprinzen folgende Erklärung ab:

„Unsere grundsätzliche Stellung zur Monarchie verbietet uns, uns an einer Ovation zu beteiligen, welche nach dem Vorschlage des Magistrats einem Mitgliede des regierenden Hauses der Hohenzollern dargebracht werden soll. Weiter aber sprechen wir einerseits unsere Verwunderung aus über die Höhe des darin liegenden Geschnittes, daß der Kronprinz hierdurch in die Verlegenheit gebracht werden soll, ein Geschenk anzunehmen, das zum größten Teil aus der Tasche von Männern bezahlt ist, welche er selbst Elende zu nennen beliebt hat; andererseits fühlen wir uns als Vertreter dieser „Elenden“ verpflichtet zu erklären, daß diese „Elenden“ keinen Pfennig freiwillig zu einem Geschenk für den Kronprinzen beitragen würden. Wären die geschnittenen Herren das Geld hierzu durch freiwillige Sammlung selbst zusammenbringen, das ist ihr gutes Recht, aber freigebig sein auf Kosten anderer, will uns wenig guten Gesinnung zu vertreten scheinen. Wir halten es endlich mit den Wünschen eines Stadtverordneten für unvereinbar, in einem Augenblick, wo die Ausgestaltung wichtiger Zweige der städtischen Verwaltung aus Mangel an Mitteln unterbleiben muß und hinausgeschoben wird, wo durch Arbeitslosigkeit und die Härten des heranrückenden Winters die bitterste Not manche Familien der Steuerzahler heimsucht, die Groschen der Ärmsten zu Hülfe- und Prunkgeschenken zu verwenden.“

Die Mehrheit bewilligte natürlich das Geschenk der Elenden.

**Viell, 5. Dezember.** In der ca. 25 000 Einwohner zählenden Rheinindustrie- und Handelsgemeinde (Schweiz) hat gestern bei den städtischen Wahlen die sozialdemokratische Partei einen Sieg errungen, nämlich drei Sitze im Gemeinderat (Magistrat), der acht Mitglieder zählt und in dem bisher nur der Genosse Keimann, Adjunkt des Schweizerischen Arbeitersekretariats, sah, und 20 Sitze im Stadtrat, der 60 Mitglieder zählt und in dem bisher 15 Sozialdemokraten sahen. Die vereinigten Bürgerlichen wollten unserer Partei 2 Gemeinderats- und die bisherigen 15 Stadtrats-(Stadtverordneten)-Sitze überlassen. Unsere Partei hat aber den Kampf aufgenommen und siegt.

**Rom, 5. Dezember.** Eine neue sozialistische Zeitschrift. Vom 1. Januar an wird in Rom eine neue sozialistische Halbmonatschrift erscheinen „Il divo social“ (Das soziale Werden), geleitet von Enrico Leone, dem ersten politischen Redakteur des „Avanti“, und dem Genossen Mantica. Die Zeitschrift wird sich auch der Betrachtung der Tagesfragen zuwenden, ihr Hauptzweck ist aber der der theoretischen Vertiefung. Unter den Mitarbeitern befinden sich auch viele Ausländer, so Viktor Adler, Karl Rantisky, Gradnauer. Wie es scheint, wird weder der Flügel der Turatiner nach der der Labriolani zum dauernden Mitarbeiterstab gehören. Leider geht mit dem 1. Januar der von Ferri geleitete „Socialismo“ ein, da Ferri's mannigfaltige Beschäftigungen ihn nicht erlauben, die Zeitschrift weiter zu führen.

Das Programm der Arbeiterpartei von Ottawa (Kanada) für die zukünftige Wahl umfaßt 23 Punkte. Die wichtigsten hiervon sind: Obligatorischer und kostenloser Unterricht; Errichtung eines Arbeitsministeriums; Beseitigung der Gefängnisarbeit; obligatorische Abstammung bei Wahlen; allgemeines Wahlrecht; Referendum; Vereinfachung der Rechtspflege; Beseitigung der Affordarbeit in den Betrieben der Regierung und der Gemeinden; Rationalisation und Rationalisierung aller Industrien, die einer Konzeption bedürfen; Steuer auf die großen Einkommen; Verbot der Arbeit für Kinder unter 14 Jahren.

## Preussischer Städtetag.

Berlin, 7. Dezember.

In der heutigen zweiten und letzten Sitzung beschäftigte sich der Städtetag mit dem

**Gesuchentwurf zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse.**

Der erste Berichterstatter, Oberbürgermeister Zweigert (Essen-Nahe), hat der Versammlung folgenden Antrag unterbreitet:

„Der Preussische Städtetag erkennt an, daß die im Artikel 4 und 5 des Gesuchentwurfs über den Erlass von Wohnungsordnungen und Einführung einer kommunalen Wohnungsbeaufsichtigung gegebenen Vorschriften eine geeignete Grundlage für eine gesetzliche Regelung dieser Gegenstände bilden können. Was dagegen die vorgeschlagenen Änderungen des Pflichten- und Kommunalabgabengesetzes anlangt, so kann denselben in ihrer jetzigen Fassung nicht zugestimmt werden. Sie sind nicht geeignet, die nach Lage der geltenden Gesetzgebung vorhandenen Hindernisse einer leichten und umfassenden Erhellung von Baugelände in dem erforderlichen Umfang zu beseitigen und durch gerechte Verteilung der Straßenkostenbeiträge zu einer Besserung der Wohnungsverhältnisse beizutragen. Die Beschränkung der Selbstverwaltung erweist die größten Bedenken und würde in ihren Wirkungen dahin führen, daß die Gemeindeverwaltungen in ihren Plänen und Maßnahmen gelähmt und dadurch eine gedeihliche Stadterweiterung aufs äußerste gefährdet werden müßte.“

Zur Begründung seines Antrages führte Oberbürgermeister Zweigert Essen aus: Ganz besonders hoffe ich, daß die Versammlung sich streng unterscheiden wird von dem im Oktober zu Frankfurt a. M. abgehaltenen Wohnungslongres. Es handelt sich hier doch lediglich um zwei Fragen: Ist es richtig, daß die Wohnungsverhältnisse als elende zu bezeichnen sind, und, falls dies zutrifft, wie ist dies Elend zu beseitigen. Der Gesuchentwurf schlägt verschiedene Mittel vor, die jedoch nicht alle gangbar sind. Der Verfasser des Gesuchentwurfs und seiner Begründung sieht das Wohnungselend in ursächlichem Zusammenhang mit dem Umstande, daß die Zahl der mittleren und kleinen Wohnungen in den Großstädten und mittleren Städten der Nachfrage nicht entspricht. Dieser Auffassung kann ich mich anschließen. Der Verfasser ist aber im Irrtum, wenn er zur Motivierung ausführt: Schuld an dem Wohnungselend sind die Städteverwaltungen und deshalb ist es notwendig, die Städteverwaltungen in dieser Hinsicht unter staatliche Aufsicht zu stellen. Nun wird weiter noch behauptet, das Wohnungselend sei eine Erscheinung der Neuzeit! Diese Auffassung ist völlig falsch. Das Wohnungselend ist auch nicht durch das Baufluchtlinien-Gesetz entstanden (Heiterkeit)! Wahr ist nur, daß durch dieses Gesetz die öffentliche Aufmerksamkeit auf das Wohnungselend gelenkt worden ist. Wir haben in den Versammlungen der deutschen Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege das Wohnungselend erkannt und Vorschläge zur Beseitigung gemacht. Jedenfalls geht der Verfasser des Gesuchentwurfs von einer vollständig falschen Auffassung aus. Wenn der Herr Verfasser lediglich von dem Wohnungselend der Groß- und der mittleren Städte spricht und über die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande und in den ländlichen Gutsbezirken vollständig schweigt, obwohl feststellbar ist, daß in den ländlichen Gemeinden das Wohnungselend ein ganz entgegengesetztes ist, so will ich deshalb doch noch nicht behaupten, daß der Herr Verfasser hierüber geschwiegen hat mit Rücksicht auf die augenblicklich sehr bevorzugten Agrarier. (Heiterkeit.) In der Presse wird vielfach die Vauspekulation für das Wohnungselend verantwortlich gemacht. Ich bin der Ansicht, daß auch dies nicht zutrifft. Von anderer Seite wird das Privilegium der Hausbesitzer in der Stadtverordneten-Versammlung bezüglich des passiven Wahlrechts für das Wohnungselend haftbar gemacht. Man sagt, die Hausbesitzer verhindern in den Stadtverordneten-Versammlungen den Ausbau der Straßen und den Neubau von Häusern. Auch ich halte das erwähnte Privilegium der Hausbesitzer nicht mehr für zeitgemäß. Aber daß die Hausbesitzer ihr Privilegium in den Stadtverordneten-

Versammlungen bewahren, um den Straßenausbau und die Errichtung von Neubauten zu verhindern, ist durchaus unzutreffend. Die Hausbesitzer wissen doch ganz gut, daß von dem Straßenausbau und der Errichtung von Neubauten die Entwicklung der Städte abhängt. Weiter wird gesagt: Die Baupläne müssen der staatlichen Aufsicht unterstellt werden. Allein in Berlin unterstehen die Baupläne von jeder der allerhöchsten Genehmigung. Es ist doch anzunehmen, daß diese allerhöchste Genehmigung nur erteilt wird nach Einholung von Gutachten höchstgestellter Behörden. Wenn also der Bauplan Berlins schlecht ist, dann sind die hochgestellten Behörden daran schuld. (Große Heiterkeit.) Ich gebe zu, viel mögen an den schlechten Bauplänen die Techniker, die auch nur Meiden sind, schuld haben. Allein der Gesuchentwurf birgt zweifellos einen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung. Ich erachte es für gleichgültig, ob der Bürgermeister oder der Regierungspräsident eine Anordnung trifft, denn Bureaufkränze sind es beide. (Heiterkeit.) Die Wohnungsbedürfnisse vermögen am besten die von der Bürgerschaft gewählten Stadtvertreter zu erkennen. Ich erkenne ohne weiteres an, daß das Wohnungselend sehr groß ist und daß ein energisches Eingreifen der staatlichen Gesetzgebung notwendig ist. Allein die Ausführung muß den Kommunalverwaltungen übertragen werden. Ich habe auch keine grundsätzlichen Bedenken, daß zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse Unterstellungen aus öffentlichen Mitteln bewilligt werden. Es entsteht allerdings dadurch die Gefahr, daß die Städte eine neue Belastung erfahren. Der Einwand, daß bessere Wohnungsverhältnisse die Kranken- und Armenlast mindern werden, ist unbegründet. Mit diesem Einwand kann man schließlich alles, auch die Notwendigkeit einer kommunalen Arbeitslosen-Versicherung beweisen. Es wird notwendig werden, entweder den Städten durch eine staatliche Beitragsleistung zu Hilfe zu kommen, oder ihnen eine neue Einnahmequelle zuzuwenden. Notwendig erscheint auch, daß Technik und Wissenschaft sich mehr als bisher in den Dienst des Häuserbaues stellen. Zur Herabsetzung der hohen Grundstückspreise könnte die Gesetzgebung dadurch beitragen, daß sie im Interesse der Gesundheitspflege den Vierstockbau verbietet. Referent bespricht die einzelnen Punkte des neuen Gesuchentwurfs und sagt: Eine Ermäßigung der Anlieger- und Wasserbeiträge ist keine sozialpolitische Maßnahme, welche dem kleinen Mann helfen kann. Der Generalsekretär des Vereins „Reichs-Wohnungsverhältnisse“ Dr. v. Mangold (Frankfurt a. M.) hat meine Vorschläge kritisiert und eine Reihe anderer Vorschläge gemacht, die lebhaft an das bekannte Gericht „Leipziger Arbeiter“ erinnern. (Große Heiterkeit.) Kein Koch wäre insuland, so viele Dinge in einem Gericht zusammenzustellen. (Stürmische Heiterkeit.) Ganz zweifellos haben die Gemeinden viel verkannt. Ich verkenne ja nicht, daß in den letzten Jahrzehnten an die Städte viele andere Aufgaben herangetreten sind. Etwas mehr hätte aber geschehen können. Jedenfalls wäre es Pflicht der Gemeindeverwaltungen, eine Wohnungsaufsicht einzuführen. Das kann schon jetzt, auch ohne ein neues Gesetz, geschehen. Wir müssen uns auf unsere Pflicht besinnen und alle unsere Kraft einlegen, um eine Besserung der Wohnungsverhältnisse herbeizuführen. Alle Mittel dürfen in Bewegung gesetzt werden, um hinsichtlich der Wohnungsverhältnisse eine gezielte Lösung herbeizuführen, eingedenk des Grundsatzes: *Tua res agitur!* (Beifall.)

Oberbürgermeister Werner-Kottbus: Ich kann dem Referenten nicht darin beistimmen, daß das Wohnungselend der Arbeiter ein so jählbares ist. Ich bin der Meinung, daß das Wohnungselend unter dem Mittelstand ein noch größeres ist. Der Umstand, daß der Gesuchentwurf bei den ländlichen Gemeinden und den ländlichen Gutsbezirken stillschweigend vorübergegangen ist, spricht dafür, daß der Gesetzgeber es nicht ernst meint mit der Wohnungsreform; das ist für einen Gesetzgeber ein sehr schwerer Vorwurf. Bessere soziale Verhältnisse lassen sich zumeist erst nach Jahrhunderten, ja nach Jahrtausenden schaffen. Das Paradies auf Erden können wir durch eine einzige soziale Maßnahme auch nicht erschaffen. Ich kann dem Herrn Berichterstatter nur zustimmen, daß die Polizei nicht geeignet ist, das Wohnungsgesetz zur Durchführung zu bringen. Wir müssen alles aufbieten, um die beabsichtigten Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung abzuwehren. (Beifall.)

Die weitere Diskussion bewegte sich in denselben Anschauungen. Der Antrag Zweigert wurde schließlich fast einstimmig angenommen.

Es folgte hierauf durch Zutritt die Wiederwahl des Vorstandes. Danach schloß Oberbürgermeister Kirchner Berlin gegen 2 Uhr den Städtetag.

## Soziales.

Handwerk, Industrie und Verbrechen.

Die väterliche Zucht des Lehrers soll bekaunlich eine bedeutende erzieherische Wirkung ausüben. Das Zinstertum legt großen Wert darauf, daß der Zehelung der Zucht des Lehrmeisters unterstellt ist und weiß gar viel zu erzählen von den verrohenden Wirkungen der Fabrikarbeit auf die Jugend. Eine Untersuchung über die Herkunft der rückfälligen Zuchtshäuser in Preußen, die im letzten Hefte der Zeitschrift des preussischen statistischen Bureau angeführt wird, beleuchtet mit grausamer Deutlichkeit die faulen Lebensarten der Zinstler von dem erzieherischen Einfluß des Lehrmeisters. Sie stellt nämlich zunächst fest, daß die rückfälligen Zuchtshäuser sich fast ausschließlich aus solchen Personen rekrutieren, die sofort nach beendetem Schulbesuch zu arbeiten gezwungen waren. In den Jahren 1900, 1901 und 1902, für welche diese Untersuchungen gemacht wurden, waren unter den männlichen Verbrechen nur 2,3 Proz., 0,4 Proz. und 0,1 Proz. solcher, die nach vollendetem Schulbesuche nicht gleich gearbeitet haben, und unter den weiblichen 9,9 Proz., 8,7 Proz. und 0,8 Proz.

Denn wird die Art der Beschäftigung unterschieden nach Handwerk, Gefindedienst, Industrie und sonstige Beschäftigung. Da zeigt sich denn, daß bei den männlichen Verbrechen der größte Teil aus dem Handwerk kommt und zwar von Jahr zu Jahr steigend. Es kamen nämlich im Jahre 1902 aus dem Handwerk 44,2 Proz., aus dem Gefindedienste 21 Proz., aus der Industrie 8,6 Proz. und aus sonstiger Beschäftigung 26,2 Proz. der männlichen Verbrechen, die Beschäftigung bezogen auf die Zeit nach Beendigung des Schulbesuches.

Für die weiblichen Verbrechen kommt erklärlicherweise das Handwerk kaum in Frage, da Mädchen bei uns im Handwerk nur ausnahmsweise beschäftigt werden. Aber es ist auch bei diesen nicht etwa die Industrie, welche die Verbrechen liefert, sondern ganz im Gegenteil macht sich auch die Wirkung der in frühesten Jugend auf die unglücklichen Mädchen geübten väterlichen Zucht geltend, nämlich hier der „Herrschaft“, die für das schulentlassene Mädchen daselbe bedeutet, wie für die Jungen der Lehrmeister, nur daß die Gefindedienst eine noch wirksamere Zucht gestattet als die Gewerbeordnung. Es waren unter den weiblichen Zuchtshäusern in den genannten drei Jahren 62,6 Proz., 62,2 Proz. und 66,8 Proz., die nach dem Verlassen der Schule unter die von einer wohlwollenden Herrschaft geleitete Zucht der Gefindedienst gerieten und nur 12,1 Proz., 6,9 Proz. und 8 Proz. waren sofort in die Industrie eingetreten.

Handwerkmeister und Dienstherrschaft bewahren sich herrlich in der Erziehung der ihnen anvertrauten Jugend. Nicht der Erziehung, sondern der vermehrten Ausbeutung dient das Recht der väterlichen Zucht. Nicht die väterliche Zucht des Lehrmeisters oder der Dienstherrschaft schützt die Jugend vor dem Verkommen, sondern gesetzlicher Schutz der jugendlichen Arbeiter, der, obwohl in der Industrie noch äußerst schwach, doch im Handwerk und im Gefindedienste

gänzlich fehlt. Man schütze die Jugend in ausreichendem Maße vor Ausbeutung und man wird eine wichtige Quelle des Verbrechenstums verstopfen.

Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte beabsichtigt, unter den Aerzten Berlins und der Vororte eine Umfrage zu veranstalten, ob und in welchem Maße in den letzten drei Jahren die Befragten Lupus und andere Hautkrankheiten behandelt haben und ob sich diese Fälle zur Behandlung mit dem Lichtverfahren nach Jensen eignen hätten.

In dieser Angelegenheit hat sich die Kommission an den hiesigen Verein der freigeübten Maschinisten mit der Frage gewandt, ob er geneigt sei, diese Umfrage mit zu unterstützen. Der Vorstand dieses Vereins hat die Beteiligung abgelehnt mit der Begründung, daß er die Kommission nicht für qualifiziert halte, das gewonnene Material in nützlichender Weise zu bearbeiten.

Wir sind in die Absichten der Zentralkommission nicht eingeweiht, vermuten aber, daß sie die Bearbeitung des gewonnenen wissenschaftlichen Materials ebenso wie die Abfassung des notwendigen Fragebogens wohl fäherlich dem ersten besten Handlanger übertragen haben würde. Und ebenso darf man wohl mit Recht vermuten, daß es sich für die Kommission bei der Umfrage einzig um die praktische Frage handelte, ob die Einrichtung eines Finfeninstituts ersprießlich wäre. Das ist eine Aufgabe, der sich die Zentralkommission, die den größten Teil der hiesigen Krankenkassen vertritt, unter wissenschaftlichem Beirat sehr wohl unterziehen kann. Zudem handelt die Zentralkommission bei ihrer Umfrage im Einverständnis mit dem Vorstand der Landesversicherungsanstalt Berlin.

Das dürfte den Herren vom Verein der Freigeübten sicher nicht entgangen sein. Die Begründung der Ablehnung ist daher wohl nur der Vorwand dafür, daß die Herren überhaupt nicht mehr mit der Zentralkommission arbeiten wollen. Das mögen sie aber doch ruhig offen sagen. Sie haben ja auf eine zweite Anfrage offen ihre wahren Gründe angegeben. Die Zentralkommission hat nämlich auch angefragt, ob sich der Verein auch in diesem Winter an der Veranstaltung hygienischer Vorträge zu beteiligen gedenke. Darauf lautet die Antwort:

„Hygienische Vorträge gemeinsam mit der Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte zu veranstalten, lehnen wir ab, nachdem die letztere, trotz jahrelanger Unterstützung durch uns und einige unserer Mitglieder, in diesem Jahre den Kampf gegen die deutschen Aerzte als ihre Hauptaufgabe angesehen, unsere Tätigkeit herabgesetzt und als eine den Krankenkassen fremdliche dargestellt, sich auch nicht geschert hat, Krassen, die mit uns im Vertragsverhältnis standen, zur Lösung dieses Vertrages zu bewegen.“

Wie geben unserer Verwunderung Ausdruck, daß die Zentralkommission bei diesem feindseligen Verhalten zu uns sich nicht schent, Gefälligkeiten von uns zu erbiten.“

Das ist wenigstens offen, wenn es auch den Sachverhalt umdreht. Nicht den Kampf gegen die Aerzte, sondern den Kampf für die Interessen der Krassen, die durch die Ansprüche der für freie Arztwahl eintretenden Aerzte gefährdet erschienen, hat die Zentralkommission der Krankenkassen als ihre Aufgabe betrachtet und hat ihn geführt. Und um eine Gefälligkeit seitens der Freigeübten gegen die Zentralkommission handelt es sich bei dieser Anfrage wohl ganz und gar nicht, sondern es sollte den Herren nur wieder Gelegenheit zur Mitwirkung gegeben werden, sie sollten nicht Gelegenheiten finden zu der Behauptung, daß sie übergegangen würden bei der Lösung der Aufgaben, die sich die Kommission im Interesse der Versicherten gestellt hat. Erreicht werden die Ziele der Kommission auch ohne die Mitwirkung der Freigeübten werden. Der Vorstand des Vereins der Freigeübten setzt sich stolz für identisch mit den deutschen Aerzten; er ist aber nicht einmal identisch mit den Berliner Aerzten.

## Kriminalstatistik.

Nach der im IV. Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches 1904 veröffentlichten vorläufigen Mitteilung zur Kriminalstatistik des Jahres 1903 sind im Jahre 1903 wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze 505 336 Personen verurteilt worden, das sind 6993 oder 1,4 Proz. weniger als im Jahre 1902 trotz der inzwischen stattgehabten Bevölkerungszunahme. Die Kriminalität hat sich also um etwas gebessert, nachdem die beiden Vorjahre eine erhebliche Verschlechterung gebracht hatten. Von einzelnen Straftaten seien hervorgehoben: Einfacher Diebstahl 74 095 Verurteilte, Abnahme gegen 1902 um 3,1 Proz.; schwerer Diebstahl 10 591 Verurteilte, Abnahme 6,3 Proz.; Betrug 22 310 Verurteilte, Abnahme 2,5 Proz.; Unterschlagung 21 843 Verurteilte, Abnahme 1,5 Proz.; leichte Körperverletzung 26 095 Verurteilte, Abnahme 4,7 Proz.; gefährliche Körperverletzung 96 174 Verurteilte, Abnahme nur 1,2 Proz.; Beleidigung 56 911 Verurteilte, Abnahme 0,07 Proz.; Gewalt und Drohungen gegen Beamte (§ 113 Str.-G.-B.), Verurteilte 16 004, Abnahme 3,4 Proz.

## Verammlungen.

Ueber politische und wirtschaftliche Zeit- und Streitfragen sprach der Reichstagsabgeordnete Schöpflin am Dienstag in einer Versammlung des Wahlvereins für den ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis, die in den Kaminhallen tagte. Der Vortrag fand sehr lebhaften Beifall. Zur Diskussion verlangte niemand das Wort. — Unter Beschlossenem erwählte Genosse Glas, daß der mit Hilfe unserer Parteigenossen gewählte Reichstagsabgeordnete Korantny kürzlich in einer Berliner Polenerversammlung schmähsliche Angriffe gegen die Sozialdemokratie gerichtet habe. — Den verstorbenen Genossen Ferdinand Wegener, Oskar Kessel, der jahrelang als Abteilungsleiter mit großem Eifer tätig war, und Kurt Freudenberg widmete der Vorsitzende herzliche Worte der Anerkennung. Die Versammlung ehrte ihr Andenken in der üblichen Weise.

Pankow. Der sozialdemokratische Verein hielt am 30. November seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, in der Genosse Benno Mack-Berlin einen Vortrag über: „Ausgewählte Kapitel aus dem Parteiprogramm“ hielt. Der Redner schilderte an der Hand eines reichen Beweismaterials die Entstehung unseres wichtigsten Rechts, des allgemeinen Wahlrechts und den Gebrauch, den die Sozialdemokratie bisher davon gemacht hat und kommt zu dem Ergebnis, daß es unsere heiligste Pflicht und der Trieb der Selbsterhaltung sei, alles daran zu setzen, in dem Augenblick der Annäherung des Wahlrechts gewappnet zu sein. Im Verlaufe des Vortrages meinte Redner auch, daß bei der heutigen ungenügenden Vorbildung die jungen Leute mit 20 Jahren, wie unsere Forderung lautet, noch nicht reif zum Wählen seien. — In der Diskussion traten Kubig, Freivaldt und Jakob dem Redner in dieser Beziehung entgegen, indem sie ausführten, wer reif sei, seine Anwesenheit und sein Leben für das Vaterland herzugeben, müsse auch ein Mitbestimmungsrecht in diesem seinem Vaterlande haben. — Strzelewick teilte der Versammlung mit, daß von dem Konsumverein Berlin und Umgegend geplant sei, auch in Pankow eine Verkaufsstelle zu errichten. — Zu der demnächst stattfindenden Kreisversammlung, welche sich hauptsächlich mit der Preußenkonferenz zu befassen hat, werden die Genossen Wodatsch, Jakob, Meyer, Otto, Pähold und Riedke delegiert.

Rieber-Schönhausen. In der Wahlvereins-Versammlung am 29. November wurde beschlossen, fünf Mitglieder, die bei der Erstwahl zur Gemeindevertretung nicht abgestimmt haben, in der nächsten Sitzung auszuscheiden, sofern nicht bis dahin triftige Gründe für das Ausbleiben bebracht werden. Weiter wurde ein Antrag angenommen, Beschlüsse darüber zu fassen, daß es den Bürgerlichen gestattet werden sei, von der Gemeinde-Wahlerechtsbeschränkung zu nehmen, während uns dies unter Berufung auf einen Ministerial-Erlass abgeschlagen wurde. Zur Vorbereitung eines Wintervergügens wurde ein Komitee gewählt.

Verband der Freireichlichen Deutschlands. Zweigverein Berlin. Donnerstag, den 8. d. M., abends 10 Uhr, Rosenhaldenstr. 57: Generalversammlung. 1. Vortrag 2. Bericht von der Konferenz.

Verband der Freireichlichen Deutschlands. Zweigverein Rixdorf. Donnerstag, den 8. d. M., abends 10 Uhr, bei Frau Doppe, Bernstr. 14: Versammlung.

Den Mitbürgern Gross-Berlins  
zur Aufbewahrung!

Eröffnung

der nachstehend bezeichneten ersten 5 Läger  
am Sonnabend,  
den 10. Dezember, Nachm. 4 Uhr.  
(Näheres ergibt Inserat ds. Ztg. am 10. 12. 04.)

# Vorläufige Bekanntmachung des W. E. V. Berlin<sup>\*)</sup>

(Ges. m. b. H.)



**Dringend zu beachten, dass unsere Verkaufsläger sich nur auf Höfen befinden.**

1. Die unterzeichnete Ges. m. b. H. **Waren-Einkaufs-Verein Berlin** ist nach Massgabe des Reichsgesetzes vom 29. 4. 1892 in Fassung vom 2. 5. 1898 in Berlin gegründet zum Zwecke der Beschaffung von Lebens- und Wirtschaftsbedürfnissen tadelloser Qualitäten zu den denkbar niedrigsten Preisen.
2. Um seine **Leistungsfähigkeit** zu erhöhen, wird der W. E. V. B. weder kostspielige Ladenmieten zahlen (deshalb auch ausschliesslich **Hofgeschäftslokale** benutzen), noch prunkvoller Geschäftseinrichtungen für seine Verkaufsläger sich bedienen, andererseits aber für exacteste Bedienung und grösstmögliche Sauberkeit stetig Sorge tragen!
3. Die **Abgabe von Waren** erfolgt an Jedermann gegen Barzahlung u. zw. **zunächst** in den **5** nachstehenden, auf den **Höfen** der Grundstücke

↳ **Leipzigerstr. 73-74 „Hof“** (nahe Spittelmarkt), **Chausseestr. 1a (am Oranienb. Tor) „Hof“**  
↳ **Brunnenstr. 144 „Hof“**, **Gr. Frankfurterstr. 94 „Hof“**, **Oranienstr. 60 (Moritzpl.) „Hof“**

belegenen Verkaufslägern, denen in schneller Reihenfolge in allen denjenigen Gegenden Berlins und Vororten, wo die Consumenten durch Zuspruch und Wünsche dies in den vorstehend bezeichneten 5 Lägern besonders zum Ausdruck bringen, weitere folgen werden. **Eröffnung** obiger Läger am Sonnabend, den **10. Dezember 1904**, Nachm. 4 Uhr.

4. Die **Hofverkaufsläger** werden sämtlich auch an der Strassenfront augenfällig gemacht u. zw. durch ein über der Toreinfahrt abends erleuchtetes **Transparent**, welches die Firma W. E. V. B. und obige Schutzmarke im blauen Felde trägt. Ebenso werden Preislisten bezw. die Tagespreise einzelner, das Publikum besonders interessierender Artikel an dem Strasseneingang zum **Hofverkaufslager** aushängen. Mittags von 1—2<sup>1/2</sup> bleiben alle Läger **werktätlich** geschlossen.
5. Jedem Lager steht ein **Lagerverwalter** vor, während die Bedienung durch gleichkostümiertes weibliches Personal erfolgen wird. Für etwaigeschriftl. Mitteilungen u. s. w. wie Beschwerden über Bedienung etc. ist in jedem Verkaufslager ein Briefkasten vorhanden.
6. Der **Einkauf** der zum Vertrieb gelangenden Waren erfolgt nur gegen **Barzahlung** u. zw. stets in solchen Massen, dass bezgl. der Preise bei gleichen Qualitäten jeder Konkurrenz begegnet werden kann. Für Güte, Reinheit und Beschaffenheit aller zum Verkauf gelangenden Waren wird seitens des W. E. V. B. jede Garantie übernommen, jedoch werden die üblichen Phantasiezusätze, welche für gewöhnlich gebraucht werden, um auf die Vorzüglichkeit von Qualitäten hinzudeuten, bei den Ankündigungen des W. E. V. B. prinzipiell keine Anwendung finden.
7. **Publikationen.** Der W. E. V. B. wird von Zeit zu Zeit besonders preiswürdige, wie neu aufgenommene Artikel, ebenso die Eröffnung von neuen Verkaufslägern, wie die fortlaufend für die Mitglieder erwirkten weiteren Vergünstigungen durch die Tagespresse bekannt geben und demnächst zur Ausgabe eines umfassenden Prospektes mit ausführlichem Preisverzeichnis schreiten.
8. **Rabattwesen.** Jeder Abnehmer hat bei seinem Einkauf in den Lägern des W. E. V. B. Anspruch darauf (soweit nicht etwa bestimmte Waren von dieser Vergünstigung ausgeschlossen werden müssen), dass ihm in Höhe seines Einkaufes, soweit der Betrag durch 25 teilbar ist, Rabattmarken ausgehändigt werden, welche er in Mitgliedskarten, die er an den Kassen unserer Läger kostenlos erhält, zu kleben hat. Jede solcher Gutschein- bezw. Mitgliedskarten, die ordnungsgemäss mit 100 Rabattmarken des W. E. V. B. beklebt und ausgefüllt ist, wird rabattfähig, d. h. dem Inhaber steht alsdann **jederzeit** das Recht zu, diese innerhalb des Jahres in unsern Lägern bei seinen Einkäufen in Zahlung zu geben, während der Rabatt für die etwa nicht in Waren eingetauschten Karten alljährlich einmal u. zw. in der Zeit vom **1. bis 15. Dezember** j. Js. an verschiedenen durch den W. E. V. B. alsdann rechtzeitig bekannt zu gebenden Stellen in bar ausgezahlt wird. Der W. E. V. B. gibt auf solche zurückgegebenen Karten sowohl in Waren wie in bar einen Rabatt von 5 Prozent. Von allen bar durch den W. E. V. B. zur Auszahlung gelangenden Rabattbeträgen werden 5 pCt. (d. h. pro fünf Mark Rabatt Mark 0,25) für Verwaltungsspesen einbehalten. Die Gültigkeit der Mitglieds-Gutscheinkarten verjährt niemals.
9. **Dividendenbeteiligung der Käufer.** Jeder Käufer ist ferner berechtigt, gelegentlich der Empfangnahme des Gegenwertes bezw. bei Zurückgabe seiner mit Rabattmarken vorschriftsmässig beklebten Mitgliedskarten noch eine besondere Quittung über den durch die Karten erwiesenen Betrag seines Warenverbrauches verlangen zu können. Diese Quittungen müssen ebenfalls in der Zeit vom 1. bis 15. Dez. j. Js. an die einzelnen Zentralstellen des W. E. V. B. ausgehändigt werden, wogegen alsdann Dividendenbücher, auf den Namen der Kunden lautend, in welche seine Waren-Verbrauchssumme eingetragen wird, erteilt werden. Mit dieser Gesamtverbrauchssumme partizipiert jeder Käufer, der im Besitz eines Dividendenbuches ist, mindestens an 10 pCt. des Reinettoüberschusses, welchen der W. E. V. B. immer in dem verflossenen Geschäftsjahre gehabt hat und welcher in allen Lägern des W. E. V. B. nach Festsetzung durch die Generalversammlung bekannt gegeben wird. Im zweiten Geschäftsjahr zählen für die Inhaber von Dividendenbüchern ihre Kaufbeträge beider Jahre usw., sodass die alten Abnehmer bezw. Mitglieder sich gegenüber den neuen bei allen Gewinn-Verteilungen im Vorteil befinden müssen. Diese Beträge werden stets Anfang des kommenden Jahres an die Käufer ausgezahlt, und verjähren, nicht abgehobene Dividendenbeträge, stets mit dem 1. 5. des auf das verflossene Geschäftsjahr folgenden Jahres.
10. **Weitere Vergünstigungen durch Gutschein-Mitgliedskarten.** (Näheres hierzu ergibt bereits Inserat ds. Ztg. am 10. 12. 04.) Durch Vorzeigung der vom W. E. V. B. unentgeltlich erworbenen Mitgliedskarten **nach** Einkauf von Artikeln, welche der W. E. V. B. in seinen Lägern **nicht** führt, erhalten die Kunden bezw. Mitglieder des W. E. V. B. bei den in den Mitgliedskarten näher bezeichneten erstklassigen Handlungshäusern die neben den betreffenden Firmen stehenden Rabattsätze gutgeschrieben. Diese gelangen durch den W. E. V. B. ebenso, wie in Absatz 8 ausgeführt, Mitte Dezember j. J. zur Auszahlung. — Ebenso werden durch die Mitgliedskarten wie durch Aushänge in unseren Verkaufslägern diejenigen Vergünstigungen fortlaufend bekannt gegeben werden, welche den Vereinsmitgliedern gegen Vorzeigung der Karten von Theatern usw. wie öffentlichen Verkehrsanstalten etc. etc. fortlaufend weiter eingeräumt erhält. — Die Mitglieder der Direktion und des Aufsichtsrates vom W. E. V. B. werden andauernd angestrengtest bemüht sein, die allererdenklichsten Vorteile auch nach dieser Richtung hin für die Inhaber ihrer Gutschein-Mitgliedskarten zu erwirken.

Berlin, den 1. Dezember 1904.

## Waren-Einkaufs-Verein Berlin, Ges. m. b. H.

Der Aufsichtsrat.  
gez. Dr. Remling, Rechtsanwalt  
Vorsitzender.

Eugen Maether,  
Stellvert. Vorsitzender.

H. Zimmermann,  
Schriftführer.

Der Vorstand.  
gez. Otto Profe,  
Direktor.

Der General-Secretär  
E. v. Hartmann,  
Hauptmann a. D.

G. Weichardt.

H. Schmidt.

\*) Waren-Offerten, Lieferanten-Gesuche zu vorst. Absatz 10, Hoflokalangebote mit Zeichnung. Stellengesuche aller Art (mit schriftl. Lebenslauf u. Photographie), den W. E. V. B. betr., werden werktätlich (ausser Sonnabends) Vorm. v. 9-11 Uhr im Direktionsbureau Kreuzbergstr. 30 entgegengenommen. Zahlstunden v. Vorm. 10-12 Uhr.

Extra-**WARENHAUS** Donnerstag  
**Preise A. WERTHEIM** Freitag  
 Sonnabend  
 soweit der Vorrat reicht:

**Gemüse-Konserven**

Schoten	$\frac{1}{2}$ Dose	40 Pf.	Stangenspargel III	$\frac{1}{2}$ Dose	85 48 Pf.
Junge Schoten	"	48 Pf.	Stangenspargel II	1.15	63 Pf.
Feine Schoten	"	55 Pf.	Stangenspargel I	1.30	70 Pf.
Schoten I	"	74 Pf.	Bruchspargel I		90 Pf.
Schoten u. Karotten	"	55 Pf.	Bruchspargel mit Köpfen		70 Pf.
Gemischt. Gemüse	"	63 Pf.	Bruchspargel ohne Köpfe		60 Pf.
Grünkohl	"	32 Pf.	Wirsingkohl		32 Pf.

**Hülsenfrüchte**

Victoria-Erbesen	Pfund	14 Pf.
Kleine Erbsen	"	13 Pf.
Glasierte Erbsen	"	16 Pf.
Grüne Erbsen	"	15 Pf.
Grosse Linsen	"	22 Pf.
Mittel-Linsen	"	18 Pf.
Grosse Bohnen	"	22 Pf.
Mittel-Bohnen	"	18 Pf.
Kleine Bohnen	"	17 Pf.
Rangoon-Reis	"	15 Pf.
Bassin-Reis	"	18 Pf.
Java-Reis II	"	22 Pf.
Java-Reis I	"	28 Pf.

**Frucht-Konserven**

Aprikosen halbe Frucht	$\frac{1}{2}$ D.	1.15	$\frac{1}{2}$ D.	60 Pf.	Saure Kirschen ohne Stein	$\frac{1}{2}$ Dose	95 53 Pf.
Pfirsiche geschält	"	1.20	"	65 Pf.	Saure Kirschen mit Stein		65 38 Pf.
Heidelbeeren	"	65	"	38 Pf.	Kirschen schwarz mit Steinen		65 Pf.
Preisselbeeren	"	62 Pf.			Erdbeeren naturell	1 Mk.	55 Pf.
Apfelmus	"	55 Pf.			Melange-Früchte	1 Mk.	55 Pf.
Mirabellen	"	62 Pf.			Rheinisch. Kraut	Dose ca. 1 Pfd.	45 Pf.

Gemischte Marmelade Elmer à 3 Pfd. 90 Pf.

**Fisch-Konserven**

Ostsee-Bratheringe	$\frac{1}{2}$ D.	45 Pf.	Sprotten gebraten und mariniert	Dose	55 Pf.		
Bismarck-Heringe	"	45 Pf.	Sprotten in Gelee	"	55 Pf.		
Heringe in Aspic	"	36 Pf.	Sardinen in Öl	Dose	30 u. 42 Pf.		
Delikatessheringe	$\frac{1}{2}$ D.	78, $\frac{1}{2}$ D.	50 Pf.	<b>Französ. Sardinen</b>			
Neunaugen		80 Pf.		Chancerelle Frères			
Sardinen u. Anchovis	Glas	24 Pf.		$\frac{1}{4}$ Dose	70, $\frac{1}{2}$ Dose	1.20	
Krabben	$\frac{1}{2}$ Dose	60, $\frac{1}{3}$ Dose	32 Pf.	Amieux Frères			
				$\frac{1}{4}$ Dose	80, in Tomaten	78, $\frac{1}{2}$ Dose	1.35

**Backobst**

Gemischt. Backobst	28 u.	42 Pf.
Französische Pflaumen		
	Pfund	28, 30, 35, 48 Pf.
Amerikan. Ringäpfel	Pfund	38 Pf.
Kaliforn. Aprikosen	58 u.	65 Pf.

Citronen	Dtz.	32 u. 40 Pf.
Kranzfeigen	Pfd.	20 Pf.
Datteln	Karton	50 Pf.
Französ. Wallnüsse		32 Pf.

**Gebrannt. Kaffee**

Mischung II	III	IV
Pfund	90 Pf.,	1.05, 1.25 Mk.

**Tee**

Souchong-Melange	Pfund	1.90, 2.40, 3.20 Mk.
Congo-Tee	Pfund	2.20, Ceylon-Tee
	Pfund	3.40 Mk.

Cervelatwurst	Pfund	1.10
Salamiwurst	Pfund	1.10
Schinkenwurst		1 Mk.

**Italienische Äpfel** Pfund 12 Pf.

Ananas ausgewählte Früchte Pfd. 72 Pf.

**An den beiden letzten Sonntagen vor Weihnachten den 11. u. 18. Dezember sind unsere Geschäftshäuser**  
**Leipzigerstrasse von 12 bis 4 Uhr**  
**Rosenthaler- u. Oranienstrasse von 1 bis 7 Uhr**  
**geöffnet.**

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Berlin. Auf die vielen Anfragen hin teilen wir mit, daß die Unions-Festtage (Verbandshaus der deutschen Gewerkschaften), Reichswaldstr. 221-223, der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung stehen, da der Deleonom, Herr Carl Berndt, das Kommando der Lokalkommission nicht unterschreiben kann, wie uns nachfolgendes Schreiben, nach Rücksprache mit der Kommission, beweist.

Ihren Revers kann ich laut Beschluß des Vorstandes nicht unterschreiben, jedoch stehen meine Sätze, falls dieselben nicht befreit sind, jedermann nach Vereinbarung zur Verfügung. Wir ersuchen daher obiges Lokal unter allen Umständen nicht zu besuchen.

Nieder-Schönhausen. Der Gastwirt Ullig, Mansenburgerstr. 4, stellt sein Lokal der dortigen Arbeiterschaft jetzt nicht mehr zur Verfügung; wir ersuchen hier von Notiz zu nehmen. Als frei gelten daselbst nur die Lokale von Wenzel und Seidelmann in der Lindenstraße und Sanssouci am Rosenthaler Weg.

Die Lokalkommission.

Charlottenburg. Wir machen die Genossen und Genossinnen auf den Unterhaltungs-Abend aufmerksam, der am Donnerstag, abends 8 Uhr, im großen Saale des Volkshauses veranstaltet wird. (Siehe Anzeige in der gestrigen Nummer.) Die als Registratorin rühmlichst bekannte Genossin Steinbach aus Hamburg wird Gerhart Hauptmanns soziales Jugenddrama „Vor Sonnenaufgang“ vortragen. Der Eintrittspreis beträgt nur 10 Pf. Der Beginn ist auf Punkt 1/9 Uhr festgesetzt.

Der Vorstand des Wahlvereins.

Spandau. In der morgen (Freitag), abends 8 Uhr, im Kammer-Saale, Schönwalderstraße 80, stattfindenden Kollisions-Versammlung spricht Genosse Adolf Hoffmann-Berlin über das Thema „Glaube und Barmherzigkeit“.

Des weiteren erfolgt die Proklamierung unseres Kandidaten für die Stadtverordneten-Wahl sowie die Wahl der Delegierten für die Kreisversammlung. Parteigenossen! Sorgt für einen angemessenen Besuch dieser Versammlung.

Lokales.

Die Weisung

unseres Genossen Dr. med. Curt Freudenberg findet am Donnerstag, den 8. Dezember, 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Berliner Gemeinde-Friedhofes zu Friedrichsfelde aus statt. Die Parteigenossen werden ersucht, sich zahlreich zu beteiligen.

Groß-Berlins Zerrissenheit.

Die Verwaltungsorganisationen Groß-Berlins werden von Assessor Dr. Oskar Bönsgen im letzten Heft der „Preussische Jahrbücher“ auf ihre Brauchbarkeit oder vielmehr Unbrauchbarkeit hin behandelt. Dem Verfasser seien u. a. die Erfahrungen zur Seite, die er sich als Kommunalbeamter einer Vorortgemeinde im Westen Berlins erworben hat; man kann ihm daher wohl die erforderliche Sachkenntnis zutrauen. Das von Herrn Bönsgen entworfene Bild der 34 Jahre nach Deutschlands Einigung in Groß-Berlin herrschenden Zustände erinnert lebhaft an die Kläglichkeit Deutschlands zu der Zeit, da es am zerrissensten war.

Ein gemeinsames Verwaltungsorgan fehlt. Die Grenzen der Post sind andere wie die der Gerichte, beide wieder andere wie die der Polizei, diese wieder andere wie die der Gemeinden. Zwei Provinzen, Brandenburg und die Provinz Berlin, teilen sich in das Gebiet Groß-Berlins. An einer Straßenecke können nebeneinander zuständig sein Schulze und der Berliner Polizeipräsident, Schulze, die unter einer Polizeidirektion stehen, welche wieder dem Berliner Polizeipräsident untersteht, und Amtsdienste, die einem ländlichen Amtsvorsteher untergeben sind. Mit Recht sagt der Verfasser, daß der Mangel eines jeden gemeinsamen Selbstverwaltungskörpers für die gemeinsamen Interessen Groß-Berlins eine bedeutende Summe von Kräften in der Bevölkerung brach liegen läßt. Er spottet, daß wegen des Mangels einer Verwaltungseinheit bei den unbedeutendsten Sachen keine Staatsverträge zwischen den verschiedenen Gemeinden notwendig sind, daß eine Grenzregulierung wegen der Steuerpflicht meist mehr Verhandlungen und Arbeit erfordert, als eine Grenzberichtigung in Afrika, wo es sich um ganze Provinzen handelt, die allerdings auch nicht so viel wert sein mögen, wie in Berlin und dessen Umgebung die eine Seite einer einzigen Straße. Weiter wird in dem Artikel an die Verträglichkeit erinnert, die darin liegt, daß der Bürger, der von der linken Seite einer Straße auf die rechte geht, nur gegen ein beträchtlich erhöhtes Schulgeld seine Kinder in der bisherigen Schule lassen darf; dergleichen ergibt ein Hinweis auf die ungeheuren Summen, die verhältnismäßig kleine Gemeinden für ihre selbständige Kanalisation ausgeben müssen. So haben gerade jetzt Schöneberg, Wilmersdorf, Friedenau usw., die früher von der Charlottenburger Kanalisation mit aufgenommen waren, eigene Kanalisationen einzurichten, die viele Millionen kosten werden. Von diesen könnte der größte Teil gespart werden, wenn unter Aufsicht der früheren Gemeindefürsorge die bestehenden gemeinsamen Anlagen dem bisherigen und noch zu erwartenden Wachstum der Bevölkerung entsprechend vergrößert worden wären. Weiter erinnert der Verfasser an die in bezug auf Gas- und Wasserversorgung, Straßenbahnwesen usw. heute bestehende Konfusion und an die Schwierigkeiten, diese Einrichtungen bei der herrschenden Zersplitterung in den Besitz der Gemeinde zu überführen.

Herr Dr. Bönsgen will die trostlosen Zustände nun dadurch beseitigen, daß er eine Verwaltung nach dem Muster Londons empfiehlt. Dort übt der Straßenschatz, der nicht nur von Männern, sondern auch von unberechtigten Frauen und Witwen in gleichen, direkten und ziemlich allgemeinen Wahlen gewählt wird, nicht allein wie die Berliner Stadtverordneten-Versammlung beschließende, sondern gleich dem Magistrat auch verwalternde Funktionen aus. Neben dem Straßenschatz bestehen für die einzelnen historischen Stadtteile Londons von altersher noch Lokalbehörden. Das Pariser Beispiel, wonach die Stadtverordneten-Versammlung nur beschließen darf und die Verwaltung in der Hand von Staatsbeamten liegt, verwirft der Verfasser mit Recht, wenn auch unter Anführung von Gründen, die zum Teil nicht zutreffen. So glaubt er, daß bei völliger Zentralisation die Umwälzung in den Steuerverhältnissen eine zu radikale wäre, weil Bewohner von Gemeinden, die heute nur 50 Proz. Kommunalsteuerzuschlag erheben, fortan vielleicht 150 Proz. zahlen müßten. Das ist ausgeschlossen; es träte bei einem wirklichen Groß-Berlin ein Ausgleich ein, der den jetzigen Berliner Steuerfuß von 100 Proz. gewiß dauernd vergrößerte. Hörte aber der heutige ungesunde Zustand auf, daß ein reicher Mann sich in Grunewald jagungen kostenlos eine Villa errichten kann, weil er die dafür aufgewendeten Summen alljährlich an Steuern spart, so wäre das wirklich kein Schade.

Der Verfasser empfiehlt nun als zweckmäßig folgende Reform der Verwaltungsorganisation: 1. Einrichtung einer gemeinsamen staatlichen allgemeinen Verwaltungsbehörde für den ganzen Bezirk von Groß-Berlin, welche zugleich staatliche Aufsichtsbehörde für alle in diesem Bezirke wohnenden Selbstverwaltungskörper ist. 2. Schaffung einer einheitlichen Zentral-Polizeiverwaltung für ganz Groß-Berlin. 3. Schaffung einer selbständigen Provinz Berlin, welche sich über das ganze Gebiet von Groß-Berlin erstreckt. 4. Schaffung eines gemeinsamen kommunalen Verwaltungskörpers für Groß-Berlin, welcher eine Reihe von Kompetenzen der Einzelgemeinden übernimmt. 5. Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der einzelnen Gemeinden.

Dem gemeinsamen Verwaltungskörper soll selbstverständlich die Leitung aller wesentlichen Gemeindeangelegenheiten unterstehen, so die Festsetzung der Haushaltspläne, die Anlage von Parks, die Kanalisation, Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke, das Verkehrs- und Straßenwesen usw. Herr Dr. Bönsgen will ausdrücklich Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung in einer Körperschaft vereinigen wissen, die aus direkter Wahl der Bürgerschaft hervorgehen soll. So wäre das Eintreten für die Übertragung der Zustände des freien England auf die Hauptstadt des preussischen Bundesstaates geradezu verblüffend, wenn der hinführende Vorschlag nicht auf dem Fuße folgte. Der Verfasser hält eine Erwägung über die Änderung der Grundgesetze des heutigen kommunalen Wahlrechts für aussichtslos und nicht für einen theoretischen Wert bei. Aber er will das Dreiklassenwahlrecht für Berlin zu einem fünf-Klassen-System ausbilden dergestalt, daß auf die erste Klasse sechs Zwanzigstel der Gesamtbevölkerung käme, auf die zweite fünf Zwanzigstel, auf die dritte vier Zwanzigstel, auf die vierte drei Zwanzigstel und auf die fünfte zwei Zwanzigstel. Diese Verteilung vor der herrschenden Ungerechtigkeit genügt für uns, um den Wert der Schwärzerei des Verfassers für englische Zustände nicht zu überschätzen. Abgesehen davon, daß heute nicht nur einer Diskussion über die Beseitigung des Klassenwahlrechts (das Hausbesitzer-Privileg erwähnt der Verfasser selbsterweise nicht), sondern der Erörterung der ganzen vom Verfasser aufgeworfenen Frage kein anderer als theoretischer Wert zukommt. Das Verdienst des Verfassers besteht aber darin, daß er die grenzenlose Unsinnigkeit der heutigen Groß-Berliner Kommunalzustände einmal systematisch dargestellt hat. Wir unterbreiten seine Arbeit einem größeren Publikum als dem der „Preuss. Jahrbücher“ in der Erwartung, daß die bis jetzt viel zu wenig beachteten Schäden der Zerrissenheit Groß-Berlins der gesamten Bevölkerung mehr und mehr offenbar werden.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Deputation Abt. II wurde der Entwurf für die städtische Tiefbau-Verwaltung festgesetzt und die Vorschläge für die Neu- und Umpflasterungen im Jahre 1905/06 genehmigt. Außerdem wurde zu dem Plane der Verbreiterung der Kottbusstraße Stellung genommen. Die Deputation lehnte den Plan ab. Angenommen wurden die neuen Richtlinien für die Verlängerung der Elisabethstraße nach dem Alexander-Platz. Das Theater am Alexander-Platz fällt in die neuen Richtlinien. Die Elisabethstraße, die jetzt nur von der Kurfürstendamm aus einen Zugang nach dem Innern der Stadt besitzt, würde durch den geplanten Durchbruch, der schon jahrelang die städtischen Behörden und die Anwohner beschäftigt, ganz erheblich gewinnen und die Landbergerstraße wesentlich entlastet werden, auch wäre es dann möglich, die Straßenbahn nach Hohen-Schönhausen nicht nur bis zum Alexander-Platz und dann durch die Brunnen- und Draisstraße bis zum Bahnhof Alexander-Platz zu verlängern.

Zwischen der Straßenbahn und einigen Vororten schweben Verhandlungen wegen Ausdehnung des Betriebes.

Eine Weihnachtsbescherung für die Kinder der ausgeperrten Metall- und Holzarbeiter soll, wie schon erwähnt wurde, in Berlin veranstaltet werden. Die Berliner Gewerkschaftskommission hat drei der größten Lokaltäten zu diesem Zweck gemietet. In den Räumen der Neuen Welt werden die Kinder der Metallarbeiter beschenkt, bei Keller in der Kottbusstraße die der Holzarbeiter; im Gewerkschaftshaus die Kinder der ausgeperrten Klavierarbeiter, der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter, sowie die der Graveure, Glaserbeiter und Müllwerker. Die Ausstattung und Bescherung wird am 24. Dezember den ganzen Tag in Anspruch nehmen. In den großen Sälen wird Konzert und Theater usw. stattfinden, in den Nebenräumen werden die Geschenke für die Kinder nach Altersklassen ausgestellt und verteilt werden.

Unter den Geschenken wird sich vom Wilderwuch und Holzpferd für die Bierjäger bis zu den Dichterverken für Bierzechnjährige natürlich alles Mögliche befinden. Aber auch an nützliche Vorkaufsstellen ist gedacht worden; u. a. kommen zur Verteilung Pelz- und Wollentwaren, Schürzen, Handschuhe, Mägen und Wäschegegenstände, kurz alles, was Kinder gebrauchen können.

Zur Leitung der Geschenke wird neben dem Ausschuss der Gewerkschaftskommission ein Komitee gebildet werden, in welchem auch Parteigenossen mitwirken. Man darf wohl erwarten, daß das populäre Unternehmen von der gesamten Arbeiterschaft Berlins unterstützt wird und somit einen guten Erfolg hat.

Das allgemeine Verbot von Gerichtsreisen, durch welche die Milchzentrale geschädigt werden könnte, scheint die Leitung dieser agrarischen Genossenschaft zu verlangen. Die seit längerer Zeit in schweren finanziellen Nöten befindliche Milchzentrale hat bekanntlich gegen ihre Genossenschafter eine Reihe von Zivilprozessen auf Zahlung von einmaligen Beiträgen zur Deckung ihrer Unterbilanz und von fortlaufenden Abgaben angestrengt. Sie hat diese Prozesse in erster Instanz verloren, und auch das Kammergericht hat bereits in zwei Fällen auf kostenpflichtige Abweisung der Milchzentrale erkannt. Nun hat der Leiter der Zentrale, Deleonomierat Ring, eine Eingabe an den Justizminister gerichtet, aus welcher die „Voss. Zig.“ folgende Stellen wiedergibt:

„Euer Erzelezen sehen wir uns zu unserem lebhaften Bedauern folgendes zu unterbreiten genötigt: Wir waren gezwungen, die Milchverwertungsgenossenschaft zu Klosterfelde, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, auf Zahlung von Provisionen zu verklagen, welche auf Grund von seitens unserer zuständigen Verwaltungorgane gefaßten Beschlüssen zu erheben waren. In dem Rechtsstreit hat das königl. Kammergericht, II. Zivilsenat, vom 28. Oktober das in wortgetreuer Abschrift anliegende Urteil erlassen. Da dasselbe mangels der Revisionssumme — das Objekt beträgt 918,80 M. — leider nicht dem Reichsgericht zur Abhilfe unserer Beschwerden zugänglich gemacht werden kann, müssen wir bei der Bedeutung, welche der ergangene Richterpruch für die Allgemeinheit (i), insbesondere jedoch für uns hat, die Sache eurer Erzelezen vortragen und bemerken demgemäß folgendes: ... Nachdem nun Herr Ring die juristischen Ausführungen der Richter und des Senatspräsidenten des Kammergerichts „widerlegt“ und ausgesprochen hat, daß ohne Zweifel „das königl. Kammergericht mit diesem Urteile schlaggriffen hat“, schließt er die Eingabe an Herrn Schönstedt: „Aus diesem Grunde bitten wir Euer Erzelezen, im Dienstaufftragswege durch Einforderung eines Verdicts über dieses Urteil das Nötige hochgeneigtst veranlassen und uns eine entsprechende Nachricht zukommen lassen zu wollen.“

In dieser Eingabe tritt eine verblüffend zeitgemäße Anschauung vom Wesen der heutigen deutschen Justiz zutage.

Abenteuer eines Brautpaares.

Nicht allein beim Souper, sondern auch auf dem Standesamt kann man „dolle Sachen“ erleben. Ein gar peinliches Verhör hatte nämlich am Montag dieser Woche ein Brautpaar auf dem Standesamt Köpenickerstraße 2 zu bestehen. Nachdem die Papiere vorgelegt und in Ordnung befunden waren, ersuchte der Standesbeamte zunächst die Braut, sich auf kurze Zeit aus dem Amtszimmer zu entfernen. Als dieser Wunsch erfüllt war, fragte der Beamte den Bräutigam, ob er auch außer seiner Braut noch Anhang oder gar Kinder habe. Etwas verblüfft verneinte der Bräutigam diese Frage. Dann mußte der Bräutigam sich entfernen und die Braut wurde vom Standesbeamten allein ergründet. Zunächst richtete er die Frage an sie, ob sie auch früher schon einmal verlobt gewesen sei. Sodann machte der Beamte die Braut darauf aufmerksam, daß sie evangelisch, ihr Bräutigam aber katholisch sei. Wie sie ihre künftigen Kinder dem erziehen wolle, im evangelischen oder im katholischen Glauben? Die Braut war, wie sich denken läßt, sehr betreten über eine solche Frage; sie antwortete in ihrer Verlegenheit aber dem Standesbeamten, daß ihre Kinder,

wenn sie welche bekomme, wohl auf den Glauben des Vaters getauft würden. Das war dem Standesbeamten nun gar nicht recht. Sie sollte darauf drängen, daß die Kinder evangelisch getauft würden; andernfalls könne sie erleben, daß der Pfarrer im Weichstuhle sie ihrer andersgläubigen Mutter abwendig mache. Ueberhaupt solle sie sich einmal ernstlich die Frage vorlegen, ob sie in ihrem Bräutigam den rechten erkorren habe. Sie sei eine tüchtige, herrn-töchter, ihr Bräutigam aber nur Stellmacher. So einen beläme sie noch alle Tage. Noch sei es Zeit für sie, das Verlöbniß zu lösen.

Leider fand die Braut in ihrer Verwirrung nicht die gebührende Antwort auf die Ungehörigkeit des Standesbeamten. Sie gab dem Herrn auf sein Verlangen sogar das Versprechen, dem Bräutigam von der Unterredung nichts zu sagen. Als dieser dann aber auf dem Rückwege von dem seltsamen Benehmen des Beamten sprach, hielt die Verlobte nicht länger an sich und beichtete ihrem fünftägigen Mann nach Gebühr. Hoffentlich holt die dem Standesbeamten vorgelegte Behörde das Verlöbniß noch und macht dem Herrn klar, daß es eine Ungehörigkeit ohne gleichen ist, wenn er unter ein Brautpaar Zwietracht sät und sich in Dinge hineinmischet, die ihn gar nichts angehen.

Mit dem Neubau der Berliner Sezession ist jetzt am Kurfürstendamm 208/209 nach den Plänen des Regierungsbaumeisters Jantsch begonnen worden. Es ist ein Grundstück von etwa 70 Meter Tiefe. Die Anlage wird im wesentlichen zwei Teile umfassen: das eigentliche Ausstellungsgebäude und eine nach der Straße zu gelegene, von Arkaden eingefasste Restauration. Zwischen beiden Teilen breitet sich eine größere Gartenfläche aus. Vom Kurfürstendamm hat man durch die Arkaden einen Durchblick über den Park auf die Front des Ausstellungsgebäudes. Die Eröffnung ist für Anfang Mai 1905 geplant; sie bringt die zweite Ausstellung des Deutschen Künstlerbundes.

In der Angelegenheit des Rasseurs Martin Köhler.

Der seinerzeit den Leichnam der Frau Kadatus in so schauderhafter Weise zerstückelt und die Leichenteile verbrannt bzw. verstreut hat, ist nunmehr die Voruntersuchung geschlossen und die Anklage erhoben worden. Köhler wird sich wegen wiederholten Verbrechens gegen lebendes Leben, fahrlässiger Tötung und Verleumdung eines Leichnams ohne Vorwissen der Behörde zu verantworten haben. Neben ihm werden noch drei weibliche Personen wegen Vergehen gegen lebendes Leben und zwei Männer wegen Verhülfe vor dem Schwurgericht zu erscheinen haben. Die Zerstückelung des Leichnams, die seinerzeit das größte Aufsehen in Berlin erregte, ist nur unter dem strafrechtlichen Begriff der „Uebertretung“ zu bringen gewesen. Der Hauptangeklagte Köhler ernährte sich als Rasseur und Krankenwärter, inoffiziell beschäftigte er sich aber auch in seiner Wohnung Stephanstr. 22 mit der Hülfsleistung an weiblichen Personen, die sich aus einer ihnen unangenehmen Lage befreien wollten. Zu seinem Klientel gehörten außer den angeklagten drei Frauen auch die verstorbene Frau Kadatus, die auf Empfehlung anderer Frauen am 2. Juni zu ihm gegangen und alsdann verstorben war. Am nächsten Tage wurde der Rumpf ihres Leichnams im Verbindungskanal in Charlottenburg angeschwommen, einige Tage später fand man die dazu gehörigen Arme in der Jungfernheide vor. Der Kopf ist nicht zum Vorschein gekommen, ebenso hat sich durch die medizinischen Sachverständigen die Todesursache mit Bestimmtheit nicht feststellen lassen. Die Leichensache lebte von ihrem Ehemann getrennt und hatte mit einem anderen Mann ein Liebesverhältnis unterhalten, das nicht ohne Folgen blieb. Als ihr Ehemann eine Wiedervereinigung mit ihr betrieb, suchte sie jene Folgen zu beseitigen und bediente sich zu diesem Zwecke der Hilfe des Köhler. Dieser ist, als die erste erfolglose Hausfuchung bei ihm stattgefunden hatte, am 12. Juni nach Vapel entflohen, aber bald wieder zurückgekehrt und alsdann in Haft genommen worden. Köhler hat ein umfassendes Geständnis abgelegt, insofern er ohne weiteres zugab, die im §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches mit Strafe bedrohten Handlungen vorgenommen zu haben, er hat aber bisher bestritten, daß der Tod der Frau durch seine Manipulationen herbeigeführt worden sei. Frau Kadatus sei vielmehr plötzlich sehr schwach geworden und zu seinem Entgehen verstorben. Aus Angst habe er dann die Leiche mit einem scharfen Messer zerstückelt und die Leichenteile weggeschafft, noch ehe seine ihm erst seit einem Jahre angekaute Frau, die abwesend war, nach Hause zurückkehrte. Ueber den Verbleib des Kopfes der Leiche hat Köhler bisher angegeben, daß er den Kopf im Ofen völlig verbrannt habe und er ist bei dieser Behauptung verblieben, obwohl sie den Sachverständigen nicht sehr wahrscheinlich erscheint. — Die Verteidigung des Hauptangeklagten hat Rechtsanwalt Dr. Karl Löwenthal, die der Mitangeklagten Rechtsanwalt Horn übernommen. Die Verhandlung wird muernehr im Januar stattfinden.

Keine zwei Kinderbilletts für einen Platz. Das Berliner Polizeipräsidium teilt mit: Die Absicht einiger Theaterleitungen, bei der Veranstaltung von Kindervorstellungen zwei Kinderbilletts für je einen Platz auszugeben, ist von dem Polizeipräsidium wegen der für die ordnungsmäßige Entleerung der Theater damit verbundenen Bedenken und der im Falle einer Panik dadurch drohenden Gefahren nicht genehmigt worden.

Eisenbahner-Tod. Gestern vormittag 8 Uhr 30 Min. wurde der Vorarbeiter Schäferle von der Maschine des Nordringzuges Nr. 1750 auf dem Schleifischen Bahnhofs, bei Kilometer 1,7, erschoten und am Kopf und linken Arm erheblich verletzt. Kurz nach der Einlieferung in das Krankenhaus Pummelsburg ist er gestorben. Die Untersuchung wurde sofort eingeleitet. Was wird sie zu Tage fördern?

Das Gerücht von einem Morde verursacht gestern ein Zeichenfund am Gorköper Ufer. Ob ein Verbrechen vorliegt, steht noch nicht fest, wahrscheinlich ist es jedoch nicht. Schiffer haben eine fast ganz nackte Frauenleiche im Landwehrkanal treiben und landeten sie vor dem Hause Gorköper Ufer 21 an der Landtreppe. Die erste Besichtigung ergab, daß der Schädel zertrümmert war. Ferner zeigt die Leiche verschiedene Verletzungen. Der linke Unterarm ist abgerissen. Allen Anschein nach rühren die Verwundungen von Dampfeschrauben und Bootschrauben her. Bestimmtes läßt sich jedoch darüber noch nicht sagen. Die Person der Toten ist noch nicht bekannt. Sie ist etwa 1,50 bis 1,55 Meter groß und hat blondes Haar. Am Hals trägt sie noch ein rotes Seidenband, an einem Fuß einen braunen Halbschuh mit hohem Absatz, außerdem schwarze Strümpfe, die in grober Strichfärbung rot C. S. gezeichnet sind. Die Leiche zeigt eine Operationsnarbe, die vom Kehlkopf bis auf das Brustbein herabreicht.

Durch einen Knaben verhehrt wurden Einbrecher, die in der vorletzten Nacht den Gastwirt Schmidt vom „Prostauer Zelt“ an der Ecke der Prostauerstraße und Frankfurter Allee heimsuchten. Während unten in den Schankräumen Gänse ausgespielt wurden, brachen zwei Einbrecher oben in die Wohnung ein. Der siebenjährige Sohn des Wirtes, der mit seinem fünfjährigen Bruder im Schlafzimmer im Bette lag, hörte sie im Nebenzimmer „arbeiten“, stand leise auf, schlich sich unbemerkt hinaus und ging hinaus, um seinen Vater und die Gäste zu rufen. Die Einbrecher mühten aber trotz seiner Vorwarnung etwas gemerkt haben und ihm auf dem Fuße gefolgt sein. Denn als man hinauskam, um sie festzunehmen, waren sie bereits verschwunden. Man sah sie dann noch über die Straße laufen, konnte sie aber nicht mehr einholen. Mitgenommen hatten sie nur ein Jackett des Dienstmädchens.

Tod im Examen. Am Montagmorgen wurde der 27 Jahre alte Kandidat der Theologie Hans Stellmacher, der Sohn eines Feldwebels der Schloßgarde-Kompagnie, während des Examins vom

**Tode ereilt.** Stellmacher, der bei seinen Eltern in der Poststraße 1 wohnte, befand sich mit vier anderen Kandidaten im Prüfungslokal des Konfistoriums. Um 9 1/2 Uhr kam an ihn als den letzten Prüfling die Reihe. Bevor aber die erste Frage an ihn gestellt wurde, brach er plötzlich zusammen und sank betäubt auf seinen Stuhl zurück. Die Examinatoren bemühten sich um ihn, bis zwei Herzte kamen. Auch diese vermochten nicht mehr zu helfen, nach einer halben Stunde verschied der junge Mann unter ihren Händen. Seine Leiche wurde nach der elterlichen Wohnung gebracht. Stellmacher war mit der Tochter eines Rechnungsrates verlobt.

**Der erste Weihnachtsbaumbrand** mußte Dienstagabend in der Steinkirchstr. 50a von der Feuerwehre abgelöscht werden. In dem Schaufenster der Drogeriehandlung von D. Zuhard hatte man dort eine Weihnachtsdekoration hergerichtet. In der Mitte stand ein Weihnachtsbaum, der mit Parfümfläschchen, Seifen und allerhand Drogeriewaren behängt war. Auf noch nicht ermittelte Weise fing nun der Baum Feuer und in wenigen Minuten stand der Inhalt des Schaufensters in Flammen. Die Feuerwehre war schnell zur Stelle und es gelang ihr, den Brand in verhältnismäßig kurzer Zeit zu ersticken, noch bevor er auf den Laden übersprang. Das Schaufenster ist aber zum größten Teil ausgebrannt.

**Der Ausgang der Ringkampf-Konkurrenz im Palais-Theater** hat die Freunde der Gymnastik, die ja auch in Arbeiterkreisen sehr zahlreich sind, bössartig enttäuscht. Der „durchaus seriöse“ Kampf hat sehr wenig Interesse geendet. Der seltsamen Fall Lurich haben wir ja bereits charakterisiert. Wie wir in Sportblättern lesen, soll Lurich vor kurzem ein schweres rheumatisches Leiden und eine erschöpfende Pferdedeure durchgemacht haben, so daß sich hieraus halbwegs kein unbegreiflich schlechtes Abschneiden erklären ließe. Unbegreiflich bleibt dann nur, wie sich der Mann unter solchen Umständen an dem Ringen beteiligen konnte. Aber auch die Entscheidungskämpfe zwischen den beiden Favoriten Petroff und John Pohl erregten unter dem Publikum böses Blut. Pohl litt in den letzten Tagen an einem gewaltigen Furunkel im Nacken, der jeden ernsthaften Kampf unmöglich machte. Trotzdem mußte er ringen, da er, wie Blätter behaupten, sonst seine Sage eingebüßt haben würde. So wurde denn die Meisterschaft durch ein Scheingefecht mit einem Kampfunfähigen entschieden!

Auch dieser „wirklich seriöse“ Ringkampf hat also wieder bewiesen, wieviel Schmutz auf diesem Gebiete getrieben wird. Wie wäre das auch anders möglich unter den heutigen Umständen, wo das nackte Gewerbdinteresse der Lokalbehörden, der Impresarios, der Ringer selbst und die Schiedsrichter der edlen Dummheit die ausschlaggebende Rolle spielen! Auch die eifrigste Kontrolle materiell Unbeteiligter schließt absolut nicht vor der Dämonisierung des Publikums, läßt sich ein fingierter Kraftaufwand doch absolut nicht von einem wirklichen unterscheiden.

Im alten Griechenland, wo man höchste geistige Ausbildung mit Pflege der Körperkräfte in idealer Weise vereinigte, gab es einmal „seriöse“ Ringkämpfe. Selbst ein Sokrates pflegte damals den Ringkampf. Als aber die ökonomische Entwicklung in Griechenland und später in Rom den Kapitalismus zeitigte, entwickelte sich auch bereits vor 2000 Jahren die Berufsklasse mit all den ihr noch heute anhaftenden häßlichen Eigentümlichkeiten.

Bergebens hat man gerade wieder in den letzten hundert Jahren das hellenische Ideal der harmonischen Entwicklung der körperlichen und geistigen Kräfte zu verwirklichen versucht. Trotz allen Lerneunterrichts in der Schule, trotz aller privaten Sportpflege vergebens. Die widerwärtige und unnatürliche Scheidung zwischen geistiger und körperlicher Arbeit, die der Kapitalismus nun einmal bedingt, macht Turnen und Sport zu unzulänglichen Surrogaten. Im Gegenteil: die übermäßige Kultivierung des Sports hemmt vielfach nur die doch schließlich ungleich wichtigere Entwicklung des Intellekts, sie verführt zu einer Ueberschätzung des Kraftboldentums, die geistig regsame Menschen geradezu abstoßen muß. Auch auf diesem Gebiete zeigt sich wie auf allen anderen, daß eine vernünftige Schätzung und Pflege der Gymnastik erst von einer Gefundung unserer korrupten sozialen Verhältnisse zu erwarten ist.

**Die Spezialitätenbühne des Wintergartens** überrascht ihr Publikum durch mehrere hübsche und zugleich originelle Novitäten. Zum Dezember, dem Monat des Weihnachtstraubels, sind bekanntlich alle großen „Varietés“, die auf ihren Ruf halten, besonders bemüht, hervorragende künstlerische Kräfte heranzuziehen. Der Direktion des Wintergartens ist es, wie anerkannt werden darf, diesmal gelungen, ein wirklich hochinteressantes Dezemberprogramm zusammenzustellen. Die beiden Rednerinnen Majon und Wart sowie der Meisterkassettenspieler Kara bieten in ihrem Fach vortreffliche Leistungen. Die Tanzkunst wird durch die jugendliche Chopin-Tänzerin Colonna, die russische Tangruppe Aquamarinoff, der sich die Moskauer Solotänzerin Suworowa angeschlossen hat, und durch die Phantasie- und Flammentänzerin De Dio vertreten. Besonders reizend, durch wunderbare Lichteffekte und prächtige, fesselnde Szenarien unterstützten Tanzbilder der letztgenannten Künstlerin, unter denen die Tanzdramen „Am Meergrund“ und das „Flammenspiel“ die schönsten sind, verdienen höchste Anerkennung. Als Vertreterinnen der Gesangskunst traten die arabische Sängerin Kara Carlotta sowie die Pariser Opernsängerin Madeleine de Rocé auf, und auch am „höheren Sport“ fehlt es nicht, so findet z. B. auf der Bühne nicht nur ein wirkliches Rennen zwischen Radfahrern statt, sondern auch ein Wettkampf zwischen Radfahrer und Rennpferd. Zu diesem Zweck wird ein feinstufiger Konstruktionsapparat auf die Bühne gebracht, durch den die Fortbewegung des Reiters und des Radfahrers auf eine Welle übertragen wird und von dieser wieder durch eine Transmission auf eine die zurückgelegten Strecken anzeigende Uhr. Zuerst war gestern der Jockey, Hr. Creamer, mit seinem Rennpferde seinem Konkurrenten, dem bekannten Radfahrer Walthour, weit voran, dann aber erlachte das Pferd, so daß schließlich Walthour mit geringem Vorsprung siegte. Die Sensation des neuen Programms ist jedoch der Rechenkünstler Znaudi, der als überlegener Nachfolger Adam Rieses im Kopf höchst schwierige Rechenexempel löste, zum Beispiel vier- und fünfstelligen Zahlen miteinander multipliziert, Quadratwurzeln aus fünf- und sechsstelligen Zahlen auszieht, mehrere sieben-, acht- und neunstelligen Zahlen addiert oder voneinander abzieht, und zwar in so kurzer Zeit, wie ein gewöhnlicher Rechner es auf dem Papier nicht vermag. Das Geheimnis der Znaudischen Rechenkunst ist sein enormes Zahlengedächtnis, von dem er am Schluß seiner Vorstellung dadurch eine Probe gab, daß er sämtliche auf den fünf großen Wandtafeln stehenden Summen aus dem Gedächtnis wiederholte.

Der Berliner Rinderschuh-Verein veranstaltet Sonnabend nachmittags 4 Uhr eine Elite-Vorstellung im Zirkus Busch. Billets zu ermäßigten Preisen sind im Bureau des Vereins, W. Wilowstr. 71 und im Warenhaus A. Berthelm, W. Leipzigerstr. 132/135 zu haben.

## Aus den Nachbarorten.

### Charlottenburg.

Der Stadtverordneten-Versammlung lagen Mittwoch eine Reihe von Petitionen vor, von denen die eines verunglückten Straßenarbeiters um Weiterbeschäftigung eine längere Diskussion hervorrief. Der Magistrat erkannte eine rechtliche Verpflichtung, den Petenten zu beschäftigen, nicht an; die Versammlung ersuchte den Magistrat trotzdem um wohlwollende Erwägung, ob der betreffende Arbeiter nicht weiter beschäftigt werden könnte.

Der Antrag unseres Genossen Sellin, den Magistrat um eine Vorlage wegen Uebernahme der Abort-Anlagen in eigene Regie zu ersuchen, wurde abgelehnt. Es ist zwar im März durch eine Anfrage unserer Genossen festgestellt worden, daß bei dem Unternehmer, der diese Anlagen gepachtet hat, die Angestellten recht ungünstig gestellt sind. Die Mehrheit glaubte jedoch, die eigene Regie würde etwa 7000 Mark mehr erfordern — selbstverständlich müßte die Stadt bessere Arbeitsbedingungen einführen — und lehnte deshalb unseren Antrag ab.

Auch der vom Genossen Dr. Vorchardt begründete Antrag, in den Etat für 1905 Mittel zur Errichtung einer Gemeindeschule im Norden der Stadt jenseit der Spree bereit zu stellen, fand nicht den Beifall der Versammlung. Der Magistrat erklärte zwar an, daß die Zunahme der schulpflichtigen Kinder gegenwärtig stärker sei, als je vorher; doch glaubte er nicht, daß so bald wie unsere Genossen annehmen, im Norden der Stadt eine weitere Schule neben der voraussichtlich zum 1. Oktober 1905 fertig werdenden in der Helmholzstraße nötig werden würde, und die Mehrheit der Versammlung schloß sich dieser Auffassung an.

Ueber die Vorlage betr. den Erwerb der Charlottenburger Wasserwerke beantragte Genosse Baake in öffentlicher Sitzung zu verhandeln. Derselben Antrag wurde nicht statgegeben, jedoch beschloß, den in geheimer Sitzung zu fassenden Beschluß in öffentlicher Sitzung bekannt zu geben. Dies geschah nach 9 Uhr; der mit Einstimmigkeit gefasste Beschluß ging dahin, den Magistrat zu ernennen, daß in den Verträgen von 1884 festgelegte Erwerbserwerb für die Charlottenburger Wasserwerke zum 1. Oktober 1905 auszuführen. Erwähnt sei zum Schluß noch, daß unsere Genossen an den Magistrat die Anfrage richteten, welche Antwort er an das auf ihn wie an die übrigen preussischen Kommunen gerichtete Ansuchen, zur Benutzung städtischer Schulräume eine Genehmigung einzuholen, erteilt habe. Der Magistrat wird die Anfrage in der nächsten Sitzung beantworten.

Ueber die Ergebnisse der Behandlung Lungenkranker in Heilstätten veröffentlicht die Armenverwaltung bemerkenswerte Mitteilungen. Charlottenburg gehört zu den Gemeinden, deren Armenverwaltung es als eine der ersten bereits im Jahre 1898 als ihre Aufgabe erachtet hat, Lungenkranke in Heilstätten zu entsenden. Es ist nun der Versuch gemacht, festzustellen, welchen Erfolg die Heilstättenbehandlung bei den 352 Kranken gehabt hat, die sich bis zum 31. März 1904 ganz oder zum Teil für Rechnung der Stadt in Heilstätten befunden haben. In diesem Zwecke hat nach dem 1. April 1904 eine ärztliche Nachuntersuchung aller erreichbaren Kranken stattgefunden. Aus äußerlichen Gründen konnte sich diese Krankenuntersuchung nur auf 169 der Behandelten erstrecken. Für die Armenverwaltung kam naturgemäß vor allem in Frage, wie weit es durch die Heilstättenbehandlung gelungen ist, den Kranken die Erwerbsfähigkeit zu erhalten. Bei Kindern konnte die Frage natürlich nur dahin gehen, ob volle Heilung oder nur Besserung erreicht worden ist. Die Ergebnisse sind als äußerst günstig zu bezeichnen, denn bei nicht weniger als 56,55 Proz. ist ein völliger, bei weiteren 27,98 Proz. ein teilweiser Erfolg erzielt worden. Aber auch die Dauererfolge sind nicht gering. Von den 1899 Behandelten ist 1904 noch der dritte, von den 1900 Behandelten der vierte Teil, von den 1901 Behandelten noch die Hälfte voll erwerbsfähig gewesen. Selbst wenn man die 27 im Jahre 1904 erneut in Heilstätten befindlichen Personen zu den nicht geheilten rechnen wollte, ändern sich die Dauererfolge nicht; in Wirklichkeit ergibt sich aus der Tatsache der erneuten Heilstättenbehandlung nur das Bestreben, wenn überhaupt, ganz zu heilen und den erzielten Teilerfolg zu einem vollen zu machen. Ein weiteres erfreuliches Ergebnis ist, daß der in der Heilstätte erzielte Erfolg dank der hygienischen Erziehung in der Heilstätte unter Umständen die Grundlage für eine weitere Besserung oder vollständige Heilung bildet.

Im ganzen sind bei der Nachuntersuchung im Jahre 1904 bei insgesamt 99 in den sechs Jahren, so weit bekannt, mit vollem Erfolge Entlassenen noch 95 als voll erwerbsfähig befunden worden. Auch bei voller Würdigung aller Bedenken kann man der Charlottenburger Armenverwaltung darin beipflichten, daß diese Ergebnisse nicht nur allen verständigerweise an die Heilstättenbehandlung zu stellenden Erwartungen entsprechen, sondern noch über sie hinausgehen. Wenn nicht immer der Erfolg erzielt ist, der vielleicht hätte erreicht werden können, so liegt das, wenigstens in den ersten Jahren daran, daß man sich um die aus der Heilstätte Entlassenen nicht gekümmert hat. In den letzten Jahren ist das völlig geändert worden. Gegenwärtig wird jeder aus der Heilstätte Entlassene durch den Stadtrat nachuntersucht und dabei alles Erforderliche verordnet. Die weitere Fürsorge übernimmt das „Rote Kreuz“, mit dem die Armenverwaltung ständig Hand in Hand arbeitet. Vom 1. April 1905 ab soll, vorausgesetzt, daß die Stadtverordneten-Versammlung die Mittel bewilligt, im Krankenhaus Kirchstraße eine städtische Fürsorgeanstalt für Lungenkranke ins Leben treten, die die Tätigkeit der Lungenkranke-Fürsorge vom Rote Kreuz ergänzen soll und deren Leiter zugleich als Tuberkulose-Fälle in Aussicht genommen ist.

### Spandau.

Die Kommission für den Entwurf eines Ortstatuts für das Kaufmannsgericht tagte am Montag; in der ziemlich ausgedehnten Spezialdebatte gelang es dem sozialdemokratischen Mitgliede der Kommission die letzteren für eine Anzahl Verbesserungen des vorliegenden Regierungs-Entwurfs zu gewinnen. So entschied sich die Kommission für das System der streng gebundenen Vorschlagslisten und für die Sonntagswahl für die Gehilfenwahlen. Weiter wurde auch den vorübergehend stellungslosen Gehilfen, insofern die Stellungslosigkeit nicht länger als sechs Wochen andauert, die Wahlberechtigung zuerkannt. Auch für die Hinzuziehung weiblicher Gehilfen zu Ausgleichsverhandlungen des Einigungsamtes sprach sich die Kommission aus und änderte demgemäß überall in dem Entwurf das Wort „Vertrauensmann“ in „Vertrauensperson“ um, damit so die Hinzuziehung weiblicher Personen im Rahmen des Gesetzes freigestellt bleibe. Endlich vereinfachte die Kommission das Wahlverfahren selbst, auf unseren Vorschlag hin, insofern sie wesentlich, indem sie sich für den Fortfall der vorher aufzustellenden Wählerliste entschied. Jeder Wahlberechtigte hat nur nötig, am Tage der Wahl selbst vor dem Wahlbureau zu erscheinen und seine Legitimation, die vom Magistrat besonders vorgeschrieben wird, dem Wahlvorstande vorzulegen. Er wird alsdann in die Wählerliste eingetragen und kann nun sofort sein Stimmrecht ausüben. Für die Einführung der Gebührenfreiheit war die Kommission jedoch nicht zu haben.

### Steglitz.

Sechs Arbeiter bei einem Gerüstbau verunglückt. Bei dem Neubau der hiesigen Ober-Realschule in der Eisenstraße stürzte am Dienstag nachmittags ein Gerüst, das bereits bis zur vollen Dachhöhe aufgeführt war, infolge Ueberlastung in sich zusammen. Es waren, entgegen aller Vorschrift, mit einem Male zuviel Balken nach oben gezogen worden und angehängt, ohne daß sie an ihren Bestimmungsort verlegt wurden. Auf diese Weise war nun die eine Seite des Gerüsts zu stark belastet worden und brach infolgedessen zusammen, wobei sechs Arbeiter mit in die Tiefe gerissen wurden. Es waren dies der 41-jährige Zimmerpolier Walter aus der Göbenstraße 16, der Maurerpolier Paul Grahl aus der Meißnerstraße 11, die Zimmermänner Hermann Seger aus der Südbendstraße 3, Richard Ved aus der Dragonerstraße 18, Gustav Schulz aus der Wartburgstraße 17 und Julius Pahl aus der Marksteinstraße 2. Während nun die letzten drei mit leichteren Verletzungen davonkamen, mußte der Zimmerpolier Walter sofort nach dem Kreiskrankenhause zu Lichterfelde geschafft werden, da er anscheinend lebensgefährliche innere Verletzungen erlitt. Auch Grahl und Seger mußten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Die Polizei sperrte den Neubau, um weitere Feststellungen über den bedauerlichen Unfall zu machen.

### Weißensee.

Mit dem Gemeindevorsteher ist das Ortsparlament wegen der schon mehrfach geschilderten Grundstücksangelegenheit in Konflikt geraten. Der Vorgang selbst liegt etwa ein Jahr zurück. Die Gemeindevorstellung beschloß damals, in der Lichtenbergstraße von der Frau Kahle ein Grundstück zum Preise von 72 550 Mark anzukaufen. Erst neuerdings verbreitete sich in dem Kreise der Gemeindevorordneten das Gerücht, der Gemeindevorsteher Klingenberg hätte nicht die volle Summe an Frau Kahle ausgezahlt, sondern den Betrag von 2550 Mark für die Vermittlung des Grundstücksaufs als Provision behalten. Dienstagabend kam es in dreistündiger Sitzung

der Gemeindevorstellung wegen der Affäre zu erregten Auseinandersetzungen mit dem Gemeindevorsteher. Auf die Frage des Gemeindevorordneten Forbrig, ob Herr Klingenberg die Vermittlungsgebühr bei der Zahlung der Kaufsumme in Abzug gebracht habe, verweigerte der Gemeindevorsteher die Antwort. Bei der Frage, betreffend die Verzinsung der Kaufsumme, stellte es sich heraus, daß nur 70 000 Mark verzinst wurden, während Herr Klingenberg den Rest von 2550 Mark durch die Gemeinde nachverzinsen ließ. Beschlossen wurde die Einsetzung einer Untersuchungskommission. Vor dieser Kommission soll der Vorsteher innerhalb drei Tagen erklären, ob er die fraglichen 2550 Mark zurückzahlen und sein Amt freiwillig niederlegen wolle. Endlich wurde Herr Klingenberg, der jetzt 12 Jahre im Amte ist, befragt, warum er vor einiger Zeit auf dem Disziplinärwege zu 200 Mark Geldstrafe vom Landrat verurteilt worden sei. Die Aufklärung hierüber wurde ebenfalls abgelehnt.

## Aus Industrie und Handel.

**Ostafrikanische Gründungen.** Der Reichstag hat im vorigen Jahre die Finanzierung der ostafrikanischen Kolonialbahn von Dar-es-Salam nach Morogoro beschlossen, d. h. genehmigt, daß wenn die Ostafrikanische Eisenbahngesellschaft diese Bahn in einer Spurweite von einem Meter baut, das Reich für die auszugebenden Anteile in Höhe von 21 Millionen Mark eine Zinsgarantie von 3 Proz. leistet und ferner die Verpflichtung übernimmt, das Kapital selbst in jährlichen Raten mit einem Zinsschlag von 20 Proz. zurückzuzahlen. Gestützt auf diesen Beschluß werden von einem Konsortium unter Führung der Deutschen Bank jetzt 21 Millionen Mark Anteile der betreffenden Gesellschaft zur Zeichnung angelegt und in den Zeitungen angepriesen. Die Anteile sind zu Pari eingezahlt worden und werden von der betreffenden Bankgruppe zu 103 1/2 Prozent emittiert, so daß diese also ein Agio von 3 1/2 Proz. einbringt. Ein feines Geschäft! Um auch dem „kleinen“ Mann dieses Papier zugänglich zu machen, werden für sieben Millionen Mark Anteile der Gesamt-Emission in Stücken von je 100 Mark ausgestellt.

Man rechnet also auch auf das sogen. „kleine Publikum“. Als eine vorteilhafte Kapitalanlage können jedoch die Anteile der Ostafrikanischen Eisenbahn-Gesellschaft in keinem Fall gelten; denn trotz des hohen Amortisationsagios berechnet sich nach den gestellten Bedingungen der Kurs nur auf circa 96 Proz., und bei der Handels- und Wirtschaftslage unserer ostafrikanischen Kolonie ist kaum darauf zu rechnen, daß im nächsten Jahrzehnt oder auch in den nächsten zwanzig Jahren die vom Reich garantierten 3 Proz. überschritten werden. Der Prospekt zählt allerdings allerlei Rechte und Chancen auf, die dem Unternehmen eine große Zukunft sichern sollen, z. B. das Vorzugsrecht auf die Konzeption zur Fortsetzung der Bahn bis zum Tanganjika-See und bis zum Victoria Nyanza, das Recht auf die Errichtung von Zweigbahnen und der freien Holzentnahme aus den staatlichen Wäldern, die Einräumung von Bergbauberechtigungen (500 Hektar Land auf jede fertiggestellte Kilometerstrecke) und ferner das Recht, an den Bahnländern bestimmte Grundflächen zu vollem Eigentum in Besitz zu nehmen; aber wenn sich das ostafrikanische Schutzgebiet nicht in ganz anderer Weise entwickelt wie bisher, haben alle diese Berechtigungen, so bedeutend sie auch an und für sich sind, wenig Wert — und ob die zu erbauende Bahn einen solchen Umschwung in der Entwicklung herbeiführen wird, ist sehr fraglich.

Außer dieser wird aber demnächst noch eine andere für Ostafrika bedeutsame Gründung erfolgen, nämlich die Errichtung der Deutsch-Ostafrikanischen Bank. Sie wird, wie die „Kölnische Zeitung“ zu melden weiß, als Kolonialgesellschaft gegründet werden mit dem Sitz in Berlin und Zweigniederlassungen in Ostafrika, zunächst in Dar-es-Salam. Das wichtigste der ihr verliehenen Rechte ist das Notenrecht. Die von der Bank auszugebenden Noten werden auf Rupien lauten. Das Kapital der Gesellschaft ist auf zwei Millionen Mark festgesetzt worden, von denen zunächst 25 Prozent eingezahlt werden sollen. Die Gründer der Bank sind die Deutsch-Ostafrikanische Eisenbahn-Gesellschaft, die Bankgruppe unter Führung der Deutschen Bank, welche die ostafrikanische Eisenbahn gegründet hat, die Firma Hansing u. Co. in Hamburg und das Bankhaus Sal. Oppenheim jun. in Köln. Als Kolonialgesellschaft wird das Unternehmen der Reichsregierung unterstehen. Die Gründung erfolgt in etwa acht Tagen, und nach erfolgter Genehmigung der Statuten durch die Reichsregierung gedenkt man anfangs des nächsten Jahres die Tätigkeit aufzunehmen.

**Friedrich Krupp, Aktiengesellschaft.** Das Direktorium dieses Unternehmens veröffentlicht zum erstenmal einen Geschäftsbericht, der, wenn auch die Aktien dieser Firma nicht im Handel sind, sondern in den Tresors der weiblichen Hinterbliebenen des letzten Besitzers ruhen, doch in Anbetracht der enormen Bedeutung der Kruppischen Unternehmungen Beachtung beansprucht. Nach dem Bericht beträgt der auf sämtlichen Kruppischen Werken im letzten Geschäftsjahr 1903/04 erzielte Betriebsüberschuss 17 290 181 M. Zu diesem Betrag kommen hinzu die Einnahmen an Zinsen (nach Abzug der Ausgaben für die Verzinsung der Anleihen, Kapitaldepotiten usw.) mit 284 796 M., ferner aus verschiedenen Einnahmen noch ein Betrag von 2 587 800 M., so daß sich ein Gesamtüberschuss von 20 162 777 M. ergibt. In dieser Summe sind jedoch die Abschreibungen auf Immobilien (gleich 9 845 333 M.) nicht mit enthalten; vielmehr sind diese vor der Berechnung des Betriebsüberschusses vorweg in Abzug gebracht.

Von den obigen circa 20 Millionen Mark gehen ab für Steuern 3 236 119 M., für Arbeiterversicherung 2 124 527 M., für Wohlfahrtsausgaben 3 239 369 M. Nach Berechnung dieser Ausgaben mit zusammen 8 600 015 M. ergibt sich ein Reingewinn von 11 562 762 M. Hiervon werden 5 Proz. gleich 578 138 M. der gesetzlichen Rücklage überwiesen, daneben soll eine Sonderrücklage in Höhe von 600 000 M. eingerichtet werden. Die Arbeiterpensionskasse soll einen außerordentlichen Zuschuß von 500 000 M. erhalten; von dem Rest soll eine Dividende von 6 Proz. gleich 9 600 000 M. auf das 160 Millionen Mark betragende Aktienkapital verteilt werden.

Nach der Bilanz beträgt der Bestand an Immobilien nach Abzug obengenannter Abschreibungen 138 589 813 M.; die Werkzeuge und Transportmittel sind eingeseht mit 6 953 970 M.; das Inventar an Vorräten, halb- und ganzfertigen Waren beläuft sich auf 81 387 936 M.; die Patente und Lizenzen sind vorgetragen mit 4 001 000 M.; Kasse, Wechsel und Bankguthaben betragen zusammen 13 512 571 M. Von dem Betrage der Wertpapiere und Beteiligungen mit zusammen 54 674 892 M. entfallen auf festverzinsliche Wertpapiere 39 474 712 M., andere Wertpapiere und Beteiligungen 15 200 180 M.

Die Delias-Gesellschaft kann nicht leben und sterben. Erst im Jahre 1902 ist sie einer gründlichen „Sanierung“ unterzogen worden, und schon wieder soll an ihr ein Kursexperiment vorgenommen werden. Nach dem soeben veröffentlichten Geschäftsbericht sind Referenzstellungen von 4 400 000 M. notwendig. Hierdurch und durch den Betriebsverlust des Jahres 1903/04, welcher 883 952 M. ausmacht, weist der Abschluß eine Unterbilanz von 5 283 952 M. aus. Von dem Aktienkapital von 8 395 000 M. ist also mehr als die Hälfte verloren.

Jeh soll durch eine starke Zinsbeschränkung der Obligationen eine vorläufige Erleichterung bezw. Aufbesserung des Status erstrebt werden. „Diese Entwicklung“, heißt es im Bericht der Verwaltung, „legt uns die Notwendigkeit auf, im gemeinsamen Interesse der Aktionäre und Gläubiger den letzteren Vorschläge hinsichtlich des Zinsendienstes für die nächsten 5 Jahre und der Rückzahlung der Schulden zu machen. Der auf den 30. Dezember einberufenen Versammlung der Schuldverschreibungsinhaber wird vorgeschlagen

Werden, die Ansprüche aus dem Coupon per 2. Januar 1905 und den 9 folgenden halbjährigen Coupons auf die Hälfte zu ermäßigen und den Beginn der Auslösung und der Amortisation um 5 Jahre hinauschieben. Gleichzeitig wird den Bankgläubigern vorgeschlagen, daß der Zinsfuß für den eingeräumten Kredit für die Zeit bis zum 31. Dezember 1909 auf 2 1/2 Proz., von da ab auf 5 Proz. festgesetzt werde, und daß die den Kredit bis zum 31. Dezember 1912 mit der Maßgabe weiter gewährt, daß ihnen der Anspruch auf Rückzahlung eines Betrages von 2 250 000 M. nach dem 31. Dezember 1910 zusteht. Wenn die Verwaltung den Obligationären und den Bankgläubigern diese Vorschläge macht, so ist sie sich dessen bewußt, mit Energie weiter darauf auszugehen zu müssen, die Verhältnisse des Unternehmens zu konsolidieren und für die Zukunft das Risiko aus der Fabrikation vollständig einzufrieren. Diefür wird der Generalversammlung der Antrag unterbreitet werden, die Verwaltung zur Veräußerung der Fabrik in Köln-Ehrenfeld zu ermächtigen, und wir behalten uns vor, in der Generalversammlung über weitere Maßnahmen Anzeige zu erstatten.

Ob die neue Eisenbahn für Kur endlich helfen wird? Wir zweifeln daran, denn die ganze Lage ist so verfahren, daß alle Kräfte nicht mehr helfen. Ein schneller Tod wäre vielleicht besser als dieses zweifelhafte Weitervegetieren.

Winterschiffahrtstraße zwischen Berlin und der Ober. Die Handelskammer zu Berlin hat vom Regierungspräsidenten zu Potsdam auf eine Anfrage die Mitteilung erhalten, daß nach dem am 1. Januar eintretenden wegen dringender Schiffsreparaturen unvermeidlichen Schlußes der Schifffahrt im Rintowkanal und an den Püritzenberger Schleusen die Spreewasserstraße auf dem Wege Friedrich-Wilhelm-Kanal-Scheitelhaltung-Kersdorfer Schleuse-Wernsdorfer Schleuse verkehrsweg offengehalten werden soll. Es müssen dabei die neuen Schleusen in Kersdorf und Wernsdorf benutzt werden, und Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des Betriebes ist, daß die gegen Frost sehr empfindlichen und noch nicht erprobten Bewegungsvorrichtungen an diesen Schleusen betriebsfähig bleiben, sowie ferner, daß nicht die Eisverhältnisse den Verkehr überhaupt verhindern. Wird die Sperrung der Schleuse Kersdorf notwendig, so wird nach Möglichkeit dafür Sorge getragen werden, daß vorher die Schleuse Neubaus in der oberen Spreewasserstraße wieder betriebsfähig ist.

Ursprünglich war beabsichtigt worden, die Spreewasserstraße auf dem Wege Friedrich-Wilhelm-Kanal-Scheitelhaltung-Drabendorfer Spreewasserstraße-Fürstentwälder Spreewasserstraße-Müggelspreewasserstraße offen zu halten. Es hat sich dies aber nicht ermöglichen lassen, weil der bauliche Zustand der Schleuse zu Neubaus eine schleunige Ausbesserung notwendig macht, weshalb sie gemäß der kürzlich erfolgten Bekanntmachung am 1. Januar gesperrt werden wird. Den bei Eintritt der Sperre im Schleusenrang liegenden Schiffen wird die Durchschleusung noch gestattet werden, wenn die Bitterung dies erlaubt.

## Gerichts-Zeitung.

Eine Anklage wegen Vergehens gegen das Postgesetz, die gestern die fünfte Strafkammer des Landgerichts I beschaffte, ist von Bedeutung. Die Anklage richtet sich gegen den Expeditions-Vorsteher einer hiesigen Zeitung und einen von dem Verlage angestellten Mann, der zur täglichen Expedition der Zeitung nach einigen Ortsgemeinden der Provinz angestellt worden ist. Um die Zeitung möglichst schnell nach den betreffenden Ortsgemeinden — Rathenow, Stendal und Tangermünde — zu schaffen, werden die für diese Orte bestimmten Exemplare, früher in zwei Paketen, jetzt in einem Paket, durch den Geschäftswagen der Zeitung nach dem Lehrter Bahnhof gefahren. Dort nimmt sie der zweite Angeklagte in Empfang und als Handgepäck mit in den Wagen des ersten Frühzuges, wo er die Pakete öffnet und nach den drei Ortsgemeinden sortiert. An den betreffenden Stationen warten dann Boten der dortigen Zeitungsredakteure, denen der Angeklagte ihre Exemplare übergibt. Auf erstattete Anzeige war eines Tages die ganze Manipulation von einem Oberpostinspektor, der in dem Abteil des Angeklagten Platz genommen, beobachtet und daraufhin die Anklage erhoben worden. Durch diese wurden beide Angeklagte beschuldigt, entgegen den §§ 1 und 2 des Postgesetzes vom 28. Oktober 1891 über das Postwesen die fraglichen Sendungen auf andere Weise als durch die Post verschickt zu haben. Die Anklage ging davon aus, daß in diesem Falle eine Beförderung durch „expressen Voten“, wie sie in § 2 zugelassen ist, nicht vorliege, da schon eine Beförderung bis zur Bahn durch den Geschäftswagen vorhergegangen war. Außerdem sei auch der Begriff „Handgepäck“

nicht gegeben, da der Angeklagte, der die Pakete übrigens erst in Empfang genommen, nachdem sie auf dem Lehrter Bahnhof schon ein Weilschen gelegen hätten, als „expresser Voten“ nur das mit in das Abteil nehmen durfte, was er auf einmal tragen konnte, während er tatsächlich erst das eine Paket in den Wagen gebracht und dann das andere geholt habe. — Das Schöffengericht sprach zunächst den Expeditionschef frei, weil dieser als „Absender“ und „Verbreiter“ nicht in Frage komme, erkannte aber auch im übrigen auf Freispruch. Es war der Ansicht, daß die Beförderung durch „expressen Voten“ von jedem Punkte des Absendungsortes erfolgen könne und es ganz gleichgültig sei, ob der Lebernahme auf dem Lehrter Bahnhof schon eine Wagenbeförderung bis dorthin vorangegangen war. Es bestche keine Vorschrift darüber, wo der „expresser Voten“ die Sendungen in Empfang nehmen müsse. Die Pakete als Handgepäck zu befördern, sei zulässig gewesen und es sei gleichgültig, ob sie auf einmal oder in zwei Abgängen in das Abteil gebracht worden seien. — Gegen diese Entscheidung legte der Staatsanwalt Berufung ein. Diese wurde gestern von der fünften Strafkammer, wesentlich im Anschluß an die Gründe des schöffengerichtlichen Urteils, verworfen. Auch die Strafkammer war der Ansicht, daß eine „Beförderung“ erst vom Lehrter Bahnhofe, nicht aber schon in Berlin, beginne und daß der Begriff des „Handgepäckes“ auch nicht überschritten worden sei.

## Vermischtes.

Der heftige Sturm, der Dienstagabend herrschte, hat in verschiedenen Gegenden großen Schaden angerichtet. Wie aus Krefeld berichtet wird, stürzte dort vorgestern abend infolge des Sturmes die Giebelmauer eines Neubaus an der Fischerstraße ein. Die Steinmassen fielen in eine benachbarte Wirtschaft. Eine Pufffrau wurde getötet, mehrere Personen wurden leicht verletzt.

Die im Kurischen Haff eingefrorenen Fischerboote sind, wie das „Memeler Dampfboot“ meldet, Mittwoch durch den Memeler Dampfer „Richard“ aufgefunden und mit Lebensmitteln versehen worden. Die Boote konnten sich, da sie frei von Eis geworden, ohne Hilfe nach der Heimat begeben.

Ein schwerkranker Dampfer. In London wird amtlich bekannt gegeben: Der Dampfer „Behrle“, der am 30. November vom La Plata-Fluß in Londoner Hafen eintraf, hatte einen Kranken an Bord, dessen Krankheit dem Sanitätsbeamten verdächtig erschien. Die bakteriologische Untersuchung ergab, daß es sich tatsächlich um Pest handelte. Der Kranke befindet sich im Hospital, das Schiff liegt in der Abseimündung. Umfassende Desinfektionsmaßnahmen sind vorgenommen. Die Mannschaft wird überwacht. Vorsichtsmaßnahmen, darunter auch die Vernichtung der an Bord befindlichen Matten, sind angeordnet.

Das Andenken Nils Finsens und die dänische Arbeiterkassette. Die von dem jüngst verstorbenen dänischen Forscher Nils Finsen gegründete Lichtheilanstalt für Lupuskranken in Kopenhagen gewinnt auch in sozialer Hinsicht immer größere Bedeutung. Dazu trägt die neue, auf Drängen der sozialdemokratischen Volksbildungs-Fraktion erlassene Gesetzgebung bei, wonach öffentliche Unterstützung für Lupuskranken nicht als Armenunterstützung angesehen wird. In Finsens Lichtinstitut werden jetzt täglich gegen 100 Kranke mit den Heißstrahlen behandelt. Sehr vielen Unbemittelten, Erwachsenen wie Kindern, wird unentgeltlich Konsultation gewährt. Armen Lupuskranken Kindern wird, wenn nötig, unentgeltlich Medizin sowie Milch gegeben. Den für längere Zeit aufgenommenen Kindern wird Schulunterricht im Institut erteilt und am 1. Dezember wurde auch eine Handfertigkeitsschule in Verbindung mit dem Institut eröffnet. In einem Pensionat für lupuskranken Kinder liegt ein Plan bereits fertig vor. Hierzu, sowie zu einem Sanatorium für Herzkranken und zu einem Denkmal für Finsen sind die Gelder bestimmt, die jetzt durch sehr umfangreiche Sammlungen ausgebracht werden. Die dänische Arbeiterkassette beteiligt sich daran mittels 10 Dore-Sammelmarken, die gemeinsam von den Gewerkschaften und den Arbeiter-Krankenkassen ausgegeben werden und das Bildnis Nils Finsens tragen. Sie werden überall in Arbeiterkreisen vertrieben. Bis jetzt sind schon über 15 000 Kronen eingekommen.

Befehl und Bildung an der Arbeit. In Erfurt sind, wie das „Korrespondenzblatt für den akademisch gebildeten Lehrerstand“ meldet, im letzten Herbst wiederholt Bewohner der besseren Stadtgegenden, namentlich auch Lehrer der höheren Schulen, spät in der Nacht durch Läuten an der Hausglocke aus dem Schlafe geschreckt und dann auf ihr Betragen nach dem Grunde des Läutens von jungen Leuten genarrt und gehöhnt worden. So hatten auch im Oktober

vorigen Jahres zwei Studenten und ein Schüler einer höheren Lehranstalt, unter diesen einer der Klasse eines Kommerzienrats und zwei Söhne von Gerichtsräten, großen Unfug verübt, indem sie nachts um 3 Uhr einen ihrer früheren Lehrer aus dem Schlafe klingelten, verhöhnten und die Hausnummer an der Vorgartentür abrißen und mitnahmen. Hierauf hatten sie sich nach dem Schlafhause der in der Nähe befindlichen höheren Lehranstalt begeben, hatten von dem dortselbst befindlichen Aeltergerüst drei je 5 Meter lange, armierte Aelterstangen losgelöst, waren damit nach etwa einer Stunde zur Wohnung des besagten Lehrers zurückgekehrt und hatten mit zwei solchen Stangen zwei Fenster daselbst eingeschlagen. Der Schüler, der vor seiner Ermittlung als Täter sich einer Schulstrafe durch Abgang entziehen hatte, ist mit einer Polizeistrafe wegen großen Unfugs belegt worden, da ihm eine Teilnahme an der Sachbeschädigung nicht nachgewiesen werden konnte. Die beiden Studenten sind in der vor einigen Tagen abgehaltenen Schöffengerichts-Verhandlung zu einer Geldstrafe von — dreißig Mark verurteilt worden.

Mit welcher Sorgfalt werden diese Regel einst die Noheit der „unteren“ Gesellschaftsschichten in Grund und Boden verdonnern.

Während eines überaus heftigen Südoststurmes, der seit 24 Stunden an der Küste von Vreft herrscht, sind vier Arbeiter verschwunden, die am Kaubau beschäftigt waren. Man glaubt, daß sie von einer Sturzwellen erfasst und ins Meer geschleudert wurden.

## Briefkasten der Redaktion.

### Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Öffnet: 7 Uhr.

Rixdorf 1000. 1. In fünf Jahren. 2. Innerhalb drei Monaten nach Kenntnis der Beileidigung ist der Strafantrag zu stellen. — **J. M. Gramsch.** Die Höhe der Nebenrente hängt von der Höhe des Lohnes ab. — **Appel.** Die von Ihnen gemeinte Kollis hat schwerlich im „B.“ gestanden. Der wiederholt im „B.“ und im Reichstag dargelegte Sachverhalt ist folgender: Für ziemlich alle Provinzen Preußens sind oberpräsidiale (nicht ministerielle) Verwaltungsvorbereitungen ergangen. Diese vorbereiten das Abhalten von Versammlungen am Freitag und am Totensonntag. Das Kammergericht hat diese Verordnungsvorbereitungen zunächst für rechtsgültig, dann mit Recht für verfassungswidrig und deshalb ungültig erklärt. Nicht zuletzt infolge dieser Entscheidung ist darauf das Kammergericht und am gerechtesten denkende Mitglied des Strafsenats des Kammergerichts auf diesem Strafsenat einberufen. Wie das Kammergericht oder das Oberverwaltungsgericht in Zukunft entscheiden wird, das läßt sich nicht sagen. Beschwerde können Sie einlegen, Sie müssen sich aber gegenwärtig halten, daß im Reichsstaat Preußen die letzte Instanz keineswegs stets richtig entscheidet und für Ihre Arbeit letztendlich hohe Verantwortung erheben läßt, die an den Staat zu zahlen sind. — **A. R. 99.** 1. Rein. 2. Ja. — **G. E. 100.** Rein. — **G. E. 12.** Ihr Anspruch ist seit dem 31. Dezember 1902 verjährt. — **W. N.** Unendlich häufig haben wir davor gewarnt, Winkelschulnoten in Rechts-, Patent- oder ähnlichen Sachen sich anzuvertrauen. In Patentangelegenheiten haben wir stets geraten, sich direkt an das Patentamt zu wenden, wo Sie gern Auskunft erhalten, oder sich an einen der in der Patentliste (Abdruck der Teil 2, Seite 48) eingetragenen Patentanwälte zu wenden. Ob in Ihrem Fall eine Unrechtheit vorliegt und ob Sie diese prozessualisch feststellen können, ist insbesondere ohne Einsicht in die Akten unmöglich zu ermitteln. Zur Einlegung der Berufung bedürfen Sie eines Anwalts. Mit Ihnen Ihr Anwalt zur Berufungseinlegung, so befolgen Sie seinen Rat. Haben Sie auch zu dem Anwalt kein Vertrauen, so bevollmächtigen Sie jemand, zu dem Sie Vertrauen haben. Die Kosten sind unbedeutend; nach Ihrer Schlichtung scheint der Prozeß aber die Handhabe bieten zu können, für Ihren eventuellen Schadenersatzanspruch die Grundlagen zu formulieren. — **M. W. 112.** Rein. — **J. B. 10.** Ja. — **Schulz.** Welche Rechte Ehrenmitglieder haben, hängt vom Inhalt der Statuten des Vereins ab, deren Ehrenmitglieder sie sind. In der Regel werden sie dieselben Rechte wie Mitglieder ohne die Zahlungspflichtigkeiten haben. — **Sonntag 4.** 1. Wenn Sie erfahren Sie durch den Abdruck der Stadt, die Sie meinen. 2. Wenn kein wechselseitiges Testament geschlossen wird, würden die Geschwister miterben. — **J. E. Rein.** — **25 G. St.** Auch unmittelbar nach Abschlusserung der Willkürpflicht kann Besteuerung eintreten. Trifft die Einschätzung nicht zu, so ist dagegen das Rechtsmittel der Berufung zulässig. — **Rixdorf, J. 2.** Welche Rechte und Pflichten einem Verein und Vereinsmitglied zustehen, ist ohne Kenntnis der Statuten unmöglich zu sagen. Die juristische Sprechstunde steht den Abonnenten offen. — **Paul Hund.** 1.—4. Ein solcher Antrag wäre nutzlos, Sie können solchen Antrag an die Erbschaftskommission richten. 5. Kaution sichern Sie sich am besten dadurch, daß Kaution am dritten Stelle hinterlegt und vereinbart wird, daß die Kaution nur gegen Caution beider auszulösen ist. 6 bis 10. Das Gewandliche werden Sie in dem Buch „Wohlfahrtseinrichtungen Berlin“ finden. Das Buch liegt in der öffentlichen Bibliothek, Alexandrinerstr. 26 aus **J. in Gänze**. 1. und 2. Nimmt Ihre Frau die Ladung nicht an, handelt der Briefträger durchaus dem Befehle entsprechend, wenn er so vorgeht, wie er es getan hat. Ihr Verbot ist gleichgültig. 3. In solcher Eingabe kann eine Falschung gefunden werden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

## Theater.

Donnerstag, 8. Dezember.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Opernhaus, Cavalleria rusticana. Neues königl. Opern-Theater. Theodora.  
Deutsches. Helden. Berliner. Ein Teufelsknecht. Lesing. Die Frau vom Meer. Westen. Jar und Zimmermann. Radm. 8 Uhr: Maria Stuart. Thalia. Der Weiberkönig. National. Die Hugenotten.  
Anfang 8 Uhr:  
Velle Alliance. Harle u. Co. Schiller O. (Wallner-Theater.) Helms-Juden.  
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.) Mutter Erde. Neues. Die Kugelnöte. Kleines. Die stillen Stuben. Zentral. Der Generalkonsul. Rehdenz. Eine Hochzeitsnacht. Carl Weich. Die Diamanten des Sultans.  
Lustspielhaus. Der Familientag. Lützen. Die Alten Jungen. Trianon. Gastons Frauen. Deutsch-Amerikanisches. Rem-Port. Metrop. Die Helden von Ragim. Kasino. In Vertretung. Apollo. Berliner Luft. Wunderknecht. Elektrische Tanzbilder. Palast. Spezialitäten. Herrnsfeld-Theater. Prinz Leeb in Albed.  
Vossage-Theater. Die Gesangene. Spezialitäten. Anf. 5 Uhr.  
Wintergarten. Spezialitäten. Reichshallen. Seltener Sänger. Urania. Taubenstraße 48/49. Um 8 Uhr abends: Frühlingstage an der Riviera.  
Invalidenstr. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.  
Im Hörsaal: Tierleben in der Wildnis.

Urania, Taubenstr. 48/49.  
Um 8 Uhr im Theater: Frühlingstage an der Riviera.  
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.  
Hörsaal: Tierleben in der Wildnis.

**P. CASTAN'S PANOPTICUM.**  
Friedrichstr. 165.  
**Achmet Effendi**  
mit sein. sprechenden Puppen.  
**Abdul Chan,**  
der geheimnisvolle Zauberer aus Bagdad.  
Orientalische Märchenwelt.

National-Theater  
Weinbergsweg 12a—13b.  
Donnerstag, den 8. Dezember 1904:  
**Die Hugenotten.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Freitag Gastspiel Berner: Die Millionensbraut.  
Sonnabend Gastspiel Prevost: Fedra.

Zentral-Theater  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Der Generalkonsul.**  
Operette in 3 Akten v. H. Reinhardt.  
Freitag: Die Fledermaus.  
Sonnabend nachmittags 4 Uhr: Kindervorstellung.  
Halbe Preise, jedes Kind 1/2 Bfett.  
Dämmerstunden.  
Abends: Die Puppe.

Sanssouci.  
Kottbuser Tor — Stat. der Hochbahn.  
Donnerstag, Sonntag, Montag:  
**Hoffmanns Norddeutsche Sänger u. Tanzkränzchen.**  
Zum Schluß:  
**Landwehmanns Weihnachten.**

Zirkus Schumann.  
Heute Donnerstag, den 8. d. Mts., abds. präz. 7 1/2 Uhr: Gala-Prögr. II. a.: Die größte Sensation der Gegenwart: Der Sprung in den Mond  
mit dem Moto-Cycle  
ausgeführt von der tollkühnen Französin Mlle. Helene  
Es geht noch nirgends vorgeführt.  
Kerner: Ad. Dora Schumann mit ihrem brill. Reithalt à la jardinière.  
Kunststüds Liliputaner.  
Herr Albert Carré. Sichers Cottrell Powell. Soeurs Minigio.  
Der unübertreffliche Agathe Gudkow sowie die großartigen neuen Dezember-Spezialitäten und Direktor  
Albert Schumanns Nonstredress.  
Um 9 1/2 Uhr:  
**Der Kurier des Zaren.**

**Der Sprung in den Mond**  
mit dem Moto-Cycle  
ausgeführt von der tollkühnen Französin Mlle. Helene  
Es geht noch nirgends vorgeführt.  
Kerner: Ad. Dora Schumann mit ihrem brill. Reithalt à la jardinière.  
Kunststüds Liliputaner.  
Herr Albert Carré. Sichers Cottrell Powell. Soeurs Minigio.  
Der unübertreffliche Agathe Gudkow sowie die großartigen neuen Dezember-Spezialitäten und Direktor  
Albert Schumanns Nonstredress.  
Um 9 1/2 Uhr:  
**Der Kurier des Zaren.**

**Trianon-Theater.**  
Heute und folgende Tage:  
**Gastons Frauen.**  
Anfang 8 Uhr.

Residenz-Theater.  
Dir. Richard Alexander.  
Donnerstag u. Freitag abends 8 Uhr:  
**Eine Hochzeitsnacht.**  
Kriafel Durofel: Richard Alexander.  
Sonnabend 2. erstmalig: Herkules-pillen.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nora.

**Skala-Theater.**  
Einentr. 132 (a. d. Friedrichstr.)  
Sensationelles Programm!  
Moderne Vasopelantzen.  
Poffe mit Gesang in einem Akt.  
Soviet.  
**30 international. Spezialitäten.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Vor der Vorstellung: Konzert.

**Skala-Theater.**  
Einentr. 132 (a. d. Friedrichstr.)  
Sensationelles Programm!  
Moderne Vasopelantzen.  
Poffe mit Gesang in einem Akt.  
Soviet.  
**30 international. Spezialitäten.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Vor der Vorstellung: Konzert.

Zirkus Busch.  
Gala-Abend.  
**Katharina II.**  
Die Original-Japaner.  
Wilson, türkisches Jagdspekt.  
Die dreifach. Affen u. Tiergruppen.  
Clown Pinta mit seiner Ansehende u. die vorzähl. Programmnummern.

Deutsch-Amerikanisches Theater.  
Koenickerstr. 67/68. Stat. Jannowitzbr.  
Heute a. jed. folgenden Abend 8 Uhr:  
Gastspiel Adolf Philipp

**NEW-YORK**  
5 Bilder m. Gesang a. d. Nachtlab. einer Weltstadt. Text und Musik von ADOLF PHILIPP.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr!!  
**HALBE PREISE**  
Ueber'n **TEICH.**

Was der „VORWÄRTS“ sagt:  
Rein großes Projektum lenkt das Auge von der Bühne ab, sondern langsam regt das kalte Graugrün zum Betrachten an und verbreitet Behagen.

**Passage-Theater.**  
Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr. Anf. nachm. Wochent. 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

**Ludolf Waldmann**  
Berlins populärster Lieder-Komponist.  
**Carla Lingen**  
in ihrer Szene  
„Die Gefangene.“  
Ein Drama im Kerkhof.  
14 neue erstklassige Nummern.

**Kasino-Theater**  
Lößlingerstr. 37 (Rosenholzer Tor).  
Täglich 8 Uhr, Sonn. 7 1/2—8 Konz.ert.  
**In Vertretung.**  
Militärkapell in 3 Akten von Gordon.  
Sonntag nachm. 4 Uhr (H. Preise): Wildes Blut.

Luisen-Theater.  
Abends 8 Uhr.  
**Wie die Alten sangen.**  
Freitag: Julius Cäsar.  
Sonnabend: Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.  
Sonntag nachm.: Julius Cäsar.  
Abends: Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.  
Montag: Lohrer d. Hrn. Fabricius.

**Apollo-Theater.**  
Täglich! Die sensationellen amerikan. Novitäten des phänomenalen Dezember-Prögr.  
Vorher 8 Uhr:  
**Berliner Luft!**  
Musik von Paul Lincke.  
Sonntag, 11. Dezember, nachm. 3 Uhr: Ermäßigte Preise:  
**Frühlingsluft und Spezialitäten.**

**Carl Weiß-Theater.**  
Große Frankfurter Straße Nr. 132.  
Direktion M. Ed. Fischer.  
**Senta Wolfsburg.**  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Senta Wolfsburg.  
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kinder-vorstellung. H. Preise: Dornröschen.  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Die Diamanten des Sultans.

**Stadt-Theater Moabit.**  
Mit-Neabit 47/49.  
Gastspiel des Bernh. Rosa-Theaters.  
**Ein Mann aus dem Volke.**  
Wollschiff mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Treplow und Hermann. Musik von Roth.  
Anfang 8 Uhr.  
Entree 30 Pf. Rum. Platz 50 Pf.  
Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**  
Sonntag: Ein Mann aus dem Volke.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.  
Benefiz für den Kapellmeister **Fritz Kiefer:**  
**Die Cameliendame.**  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Nach der Vorstellung: **Benefiz-Ball.**

**Victoria-Brauerei**  
Lützowstr. 111-112.  
Jed. Montag, Donnerstag u. Freitag:  
Horst's Norddeutsche Sänger.  
Jeden Donnerstag nach der Solree:  
Tanz-Kränzchen.  
Täglich: Gr. Bürgerl. Mittagstisch.  
Säle zu Vereinsfestlichkeiten, Versammlungen usw. zu tulant. Bedingungen.

**Reichshallen-Theater.**  
Täglich:  
**Stettiner Sänger.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnabend 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

Palast-Theater  
Burgstr. 22, früher Feen-Votak.  
Das große neue Dezember-Programm.  
**Cingeschnitten.**  
9 Uhr.  
Weihnachtsstück in 1 Akt.  
Vorher und nachher:  
**Spezialitäten I. Ranges.**  
Ludwig Grammer, bairisch. Herkules.  
Morgen Freitag: Gr. Elisevorstellung:  
**Das Schloß am Meer.**  
Schauspiel in 4 Akten von Walter.  
Anfang 8 Uhr. Aufführung 7 Uhr.  
Entree 50 Pf.  
Ehren- u. Vorzugsk. haben Günstigkeit.

**Volksgarten-Theater**  
(früher Welmann).  
Donnerstag, den 8. Dezember 1904:  
Gastspiel-Vorstellung des Berliner Biograph- und Projektions-Theaters:  
**In 90 Minuten um die Erde.**  
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.  
Vorzugsbillets haben Günstigkeit.

**Victoria-Brauerei**  
Lützowstr. 111-112.  
Jed. Montag, Donnerstag u. Freitag:  
Horst's Norddeutsche Sänger.  
Jeden Donnerstag nach der Solree:  
Tanz-Kränzchen.  
Täglich: Gr. Bürgerl. Mittagstisch.  
Säle zu Vereinsfestlichkeiten, Versammlungen usw. zu tulant. Bedingungen.

**Reichshallen-Theater.**  
Täglich:  
**Stettiner Sänger.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnabend 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
Täglich:  
**Stettiner Sänger.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnabend 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

# Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O.**  
(Wallner-Theater).  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Heimg'stunden.**  
Waldschloßmühle in 6 Bildern von  
Ludwig Angengruber.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Heimg'stunden.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Heimg'stunden.**

**Schiller-Theater N.**  
(Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater).  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Mutter Erde.**  
Drama in 4 Aufzügen von Max Halbe.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Die Haubenlerche.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Die Tyrannen der Tränen.**

# Kleines Theater

Reinigte Bühnen unter der Leitung von **Max Reinhardt.**  
Anfang 8 Uhr.  
Zum erstenmal:  
**Die stillen Stuben.**  
Freitag: Die stillen Stuben.  
Sonntag: Der grüne Kakadu.  
Vorher: Abschiedsopfer.

# Neues Theater.

Reinigte Bühnen unter der Leitung von **Max Reinhardt.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Die Morgenröte**  
Freitag: Die Kronprinzen.  
Sonntag: Die Morgenröte.  
Sonntag: Die lustigen Weiber von Windsor.

# Freie Volksbühne

Dienstag, den 27. Dezember, abends 6 Uhr,  
im Rathaus:

# III. Kunstabend: Märchen-Abend.

Eintrittskarten a 30 Pf. sind in den bekannten acht  
Zahlstellen zu haben.

Sonntag, 11. Dezember, nachm. 2 1/2 Uhr:  
**Metropol-Theater.** | **Berliner Theater.**  
3. Abteilung: | 6. Abteilung:  
**Die Juden.** | **Die Karlsschüler.**

5. Serie im Berliner Theater: **Die Räuber**  
von Friedrich Schiller (im Originaltext).

**Ordnung:** Sonntag, den 10. Dezember,  
9 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

230/4 **Der Vorstand.** I. A.: G. Winkler.

# Neue freie Volksbühne

Extra-Vorstellung:

Sonntag, 11. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Neuen Theater:  
**Ledige Leute.**

Sittenkomödie von Felix Dörmann. (Josef Giampietro als Gast.)

Karten für Mitglieder a 1 M., für Gäste a 1,25 M. sind in  
allen Zahlstellen zu haben. 151/8

Sonntag, den 18. Dezember, nachmittags 5 Uhr,  
in den Industrie-Festhallen, Bouthstr. 19/20:

# \* \* Kinder-Abend \* \*

unter gütiger Mitwirkung von Paula Dehmel, Meta Illig, Fräulein  
Gut, Fräulein Saet, Herrn Egon H. Straßburger u. a.;  
arrangiert von Egon Hugo Straßburger.

Eintritt für Mitglieder und deren Kinder gegen Vorzeigung  
der Mitgliedskarte frei.

Der Vorstand. I. A.: Heinrich Neff, Kassierer, Veteranenstr. 6.

# Gebrüder

# Herrnfeld-Theater.

Die stärklich bejubelte  
Situations-Komödie:

# Prinz Levy in Ahlbeck

Schwank in drei Akten von Anton  
und Donat Herrnfeld.

Hauptrollen:  
Wagnus Prinz Levy:

Donat Herrnfeld.

Präsident, dessen Reisebegleiter:  
Anton Herrnfeld.

Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

# Otto Pritzkow

# Abnormitäten - Ausstellung

Wangstraße 16a.  
Täglich Vorstellung

# lebender Kuriositäten!

Medizinische Rätsel,  
anatomische Wunder.

Riesen! Zwerge!

# Etablissement Bugenhagen

Moritzplatz.

Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.  
In den unteren Sälen  
jeden Abend 8 Uhr:

# Militär-Konzert.

Dienstag, Donnerstag,  
Sonntag, Sonntag:

# Fritz Steidl-Sänger.

Nach jeder Vorstellung im Saal  
Tanz. 300

# Gustav Behrens

Spezialitäten-  
Theater,  
Frankfurter-  
Allee 85.

Das neue Dezember-Programm.

Neu! Madame Pompadour mit  
ihren Schern.

Neu! Der Reformdichter.

Neu! Geschw. Norsaah, Gesangs-  
duettisten.

Neu! Mr. Gibson, Reger-Gitarre,  
sowie die übrigen Spezialitäten.

Verantw. Redakteur: Paul Wäner, Berlin.

Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin.

Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

# VI. Wahlkreis.

Sonntag, den 11. Dezember, abends 6 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23:

# Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Waldeck Manasse** über: „Die drei Ringe“ aus Lessings  
„Rathen der Weise“. 2. Diskussion.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz. 220/8

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein **Der Vertrauensmann.**

# Eine Mark

wöchentlich lieferbare selbstspielende

# Musikwerke, Sprechmaschinen u. Zithern.

Schönste Familienunterhaltung.

Beste Harmoniums auf Lager.

An der Jannowitzbrücke 1, I.

Bahnhof Jannowitzbrücke.



1367L\*

# Ausnahmepreise

# Reichgestickte

abge- **Portieren**

Die **komplette Dekoration**

(bestehend aus 2 Flügeln und  
1 Querbehäng)

in **Plüsch** . . . . . 10<sup>50</sup> (Wert  
16,00)

in **Wollserge** 7<sup>50</sup> (Wert  
10,50)

in **Victoriatuch** . . . 8<sup>25</sup> (Wert  
13,50)

Eine Partie Wollportieren  
mit allerliebster Blumenkante  
per Schal 3 Mark.

**Teppich-Spezial-Haus**

# Emil Lefèvre

Berlin Oranienstraße 158.

Nach auswärts per Nachnahme.

# Pracht-Katalog

mit zirka 600 Abbildungen  
sowie **Weihnachts-  
Extra-Liste**

gratis u. franko.

# Besonders ermäßigt

div. **Teppiche**

mit kleinen Webfehlern!

# Berliner Ressource

Kommandanten-Strasse 57.

Empfehle meine hochleganten, renovierten, großen u. kleinen Festhüte  
zu Festlichkeiten und Versammlungen.

Berlin, den 10. Dezember 1904. [10812\*]

**Adolf Stein.**

Silvester und ein Sonntag im Februar frei.

# Metzner's

Kinderwagen, Nordwaren jeder Art, Triumphhüte, Tische,  
Stühle, Waagen, Regen-  
bodwagen für Kinder,  
Kinderbettstellen,  
Puppen- und Sportwagen.

Größtes Spezial-Geschäft

Berlin,  
Andreasstrasse 23,  
Brunnenstrasse 95,  
Beusselstrasse 67,  
Leipzigerstr. 54-55.

1000 Mk. Belohnung  
zahlt jedem, der mir in  
Berlin ein größeres Spezial-  
geschäft in dieser Branche  
als das meinige nachweist

Geschäftsgründung 1873.

# Metzner's

Kinderwagen, Nordwaren jeder Art, Triumphhüte, Tische,  
Stühle, Waagen, Regen-  
bodwagen für Kinder,  
Kinderbettstellen,  
Puppen- und Sportwagen.

Größtes Spezial-Geschäft

Berlin,  
Andreasstrasse 23,  
Brunnenstrasse 95,  
Beusselstrasse 67,  
Leipzigerstr. 54-55.

1000 Mk. Belohnung  
zahlt jedem, der mir in  
Berlin ein größeres Spezial-  
geschäft in dieser Branche  
als das meinige nachweist

Geschäftsgründung 1873.

# Metzner's

Kinderwagen, Nordwaren jeder Art, Triumphhüte, Tische,  
Stühle, Waagen, Regen-  
bodwagen für Kinder,  
Kinderbettstellen,  
Puppen- und Sportwagen.

Größtes Spezial-Geschäft

Berlin,  
Andreasstrasse 23,  
Brunnenstrasse 95,  
Beusselstrasse 67,  
Leipzigerstr. 54-55.

1000 Mk. Belohnung  
zahlt jedem, der mir in  
Berlin ein größeres Spezial-  
geschäft in dieser Branche  
als das meinige nachweist

Geschäftsgründung 1873.

# Metzner's

Kinderwagen, Nordwaren jeder Art, Triumphhüte, Tische,  
Stühle, Waagen, Regen-  
bodwagen für Kinder,  
Kinderbettstellen,  
Puppen- und Sportwagen.

Größtes Spezial-Geschäft

Berlin,  
Andreasstrasse 23,  
Brunnenstrasse 95,  
Beusselstrasse 67,  
Leipzigerstr. 54-55.

1000 Mk. Belohnung  
zahlt jedem, der mir in  
Berlin ein größeres Spezial-  
geschäft in dieser Branche  
als das meinige nachweist

Geschäftsgründung 1873.

# Metzner's

Kinderwagen, Nordwaren jeder Art, Triumphhüte, Tische,  
Stühle, Waagen, Regen-  
bodwagen für Kinder,  
Kinderbettstellen,  
Puppen- und Sportwagen.

# Dem Schuhmachermeister

# Gustav Degner

zu seinem 50. Diegenfeste ein  
dreifaches donnerndes Hoch von  
seinen Kindern nebst Schwiegerkinder  
und Enkelkind. 13762

# Sozialdemokratischer

Wahlverein im 3. Berl. Reichstags-  
Wahlkreis.

# Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß am Montag, den 5. Dezember,  
der Genosse

# Dr. Curt Freudenberg

Oranienstraße 68

verstorben ist.

Eure feierlichen Andenken!

Die Beerdigung findet heute  
Donnerstag, den 8. Dezember,  
nachmittags 1 1/2 Uhr, von der  
Halle des Berliner Gemeinde-  
Friedhofes in Friedrichsfelde aus  
statt. 241/6

Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

# Am 5. Dezember d. J. verschied

Herr 65/7

# Dr. Curt Freudenberg.

Der Verstorbene war bis zu  
der Unterbrechung seiner hiesigen  
ärztlichen Tätigkeit durch ein  
schleichendes Leiden Mitglied des  
unserer Vereines Vorstandes. Seine  
Charaktereigenschaften, seine ideale  
Ausfassung von dem ärztlichen  
Beruf, seine rühmliche Mitarbeit  
an den Zielen unseres Vereines  
sichern unserem vereinsgenossen  
lieben Kollegen unseren Dank und  
dauernde Verehrung über das  
Grab hinaus.

# Der Vorstand des Vereins zur

Einführung freier Arztwahl.

Im Auftrage:

Dr. D. Munter, I. Vorsitzender.

Dr. Schaeffer, I. Schriftführer.

# Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten  
die traurige Nachricht, daß mein  
lieber Mann, unser guter Vater

# Hermann Jockisch

nach langer Leiden verstorben ist.

Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, nachmittags 2 1/2 Uhr,  
von der Leichenhalle des Zentral-  
Friedhofes in Friedrichsfelde aus  
statt. 202/6

Die trauernden Hinterbliebenen.

# Sozialdemokr. Wahlverein

i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.

(Osten. - Stadtbezirk 138.)

Todes-Anzeige.

Am Montag, den 5. d. M., starb  
nach langen, schweren Leiden unser  
Genosse, der Schneider

# Hermann Jorkisch.

Eure feierlichen Andenken!

Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 8. d. M., nach-  
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Berliner Gemeinde-Fried-  
hofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
202/5 **Der Vorstand.**

# Zentral-Verband

deutscher Brauerei-Arbeiter

Zweigverein Berlin, Sektion II.

Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied

# Albert Fritsch

(Ehemaliges Brauhaus)

am 4. d. M. gestorben ist.

Eure feierlichen Andenken!

Die Beerdigung findet Donner-  
stag, den 8. d. M., nachmittags  
3 Uhr, von der Leichenhalle des  
Georgen-Friedhofes in Weihenfelden  
aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.** 42/9

# Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme bei der Beerdigung  
unserer unergötlichen Tochter und  
Schwester

# Bertha

sagen wir allen Bekannten und  
Türschwägern dem Turnverein  
„Fichte“, dem Ehe- und dem Ver-  
sonal der Firma Körnich & Auf-  
recht unseren innigsten Dank.

5466 Familie **Baumann.**

Allen Verwandten und Bekannten  
für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme bei dem Begräbnis unserer  
lieben Mutter, Frau

# J. Korbowicz

und für die zahlreichen Kranzspenden  
unseren herzlichsten Dank. 5505

Die trauernden Hinterbliebenen.

# Hygienische

Bedarfsartikel. Reise-Katalog  
m. Umpl. viel. Verzte u. Prof. grat. u. fr.

**H. Unger,** Gummiwarenfabrik,  
Berlin N., Friedrichstr. 131a.

Ein Rückschritt auf sozialem Gebiete.

Aus den Reihen der städtischen Arbeiter schreibt man uns: Durch einen Gemeindefbeschluss vom 9. Mai 1901 wird den Arbeitern der Stadt Berlin bei eintretender Dienstunfähigkeit eine pensionsähnliche Rente gewährt. Sie beträgt nach zehnjähriger Tätigkeit fünfzehn Sechstel des Durchschnitts des in den letzten 5 Jahren verdienten Lohnes und steigt bis zur Maximalgrenze von fünfundsiebzig Sechsteln. Leider wurde in vielen Fällen das erdiente Ruhegeld nicht ausbezahlt und zwar weil nach der Auffassung des Reichsversicherungsamtes diese freiwillig gewährte Ruhegeldunterstützung unter den Bestimmungen des § 48 Absatz 2 des Invalidenversicherungsgesetzes fallen soll, der besagt, daß derartige Bezüge nur den 7/8fachen Grundbeitrag der Invalidenrente erreichen dürfen. Um nun zu verhindern, daß bei voller Gewährung des Ruhegeldes die Landesversicherungsanstalt eine Kürzung der Invaliden- oder Altersrente zugunsten der Arbeiter und der Stadt vornehmen könne, einigte man sich in den beiden städtischen Kollegien in der Fassung des betreffenden Paragraphen dahin, daß beim Bezug von Ruhegeld mit Invaliden- oder Altersrente der 7/8fache Grundbeitrag der Invalidenrente und beim Bezug des Ruhegeldes mit Unfallrente der durchschnittliche Tagelohn nicht übersteigen werden darf. Durch einen weiteren Beschluß der Stadtverordneten vom 5. März 1903, dem der Magistrat intern 9. Oktober 1903 beirat, wurden die durch die bedingten Kürzungen hervorgerufenen Schäden dadurch beseitigt, daß in Form einer besonderen Unterstützung dieser Verlust ausgeglichen wurde. Entsprechend dieser Verlautbarung auch nicht den Erwartungen der Arbeiter und selbst der Mehrheit der Stadtverordneten, so konnte demgegenüber immer darauf hingewiesen werden, daß das Gesetz daran schuld sei. Nunmehr ist durch eine am 10. Februar d. J. erfolgte Revisionsentscheidung des Reichsversicherungsamtes eine Deklarierung des § 48 dahin erfolgt, daß Ruhegelde, welche als freiwillige Leistung die Stadt in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeberin und nur aus sozialem Pflichtbewußtsein gewährt, als pensionsähnliche Bezüge im Sinne des Gesetzes nicht anzusehen seien. Gestützt hierauf beabsichtigt daher der Berliner Magistrat eine Aenderung des jetzigen Zustandes. Er führt in der Begründung aus: „Unter diesen Umständen erübrigt es sich, das bisherige überaus unbillige Verfahren bei der Gewährung von Ruhegeld an die Empfänger von Invaliden- oder Altersrente beizubehalten und erschein eine Abänderung des § 9 des Gemeindefbeschlusses vom 9. Mai 1901 geboten. Bei dieser sind wir von der Anschauung ausgegangen, daß es der Billigkeit entspricht, wenn den Ruhegeldempfängern die Hälfte der Invaliden- und Altersrente, für welche sie ja selbst keine Gegenleistung aufgewendet und auf die sie lediglich infolge der Arbeitgeberbeiträge der Stadt eine Anwartschaft erworben haben, von dem Ruhegeld in Abzug gebracht wird.“ Es wird daher beantragt, folgender Fassung zuzustimmen: Steht einem Ruhegeldempfänger auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes Invaliden- oder Altersrente zu, so wird das Ruhegeld um den halben Betrag der Rente gekürzt. Beim Zusammenreffen des Ruhegeldes mit sonstigen Bezügen aus Mitteln des Reichs, eines Bundesstaates oder anderer öffentlicher Verbände oder mit Bezügen auf Grund der Unfallversicherungsgesetze, tritt eine Kürzung des Ruhegeldes ein, wenn und soweit diese Bezüge zusammen mit dem Ruhegelde den Durchschnittslohn der Arbeiter (§ 3) übersteigen. Eine vor dem Eintritt in den städtischen Dienst erworbene Unfallrente bleibt hierbei außer Betracht. Treffen Witwen- oder Waisengelder mit einem der vorstehend angegebenen anderen Bezüge zusammen, so werden sie um den Betrag des letzteren gekürzt. Beim Lesen dieses neuen Antrages ist man im ersten Augenblick angenehm überrascht, daß jetzt endlich auf dem Wege sozialer Fürsorge wieder ein kleiner Schritt vorwärts unternommen wird. Sieht man aber genauer hin, dann wird man sehr enttäuscht. Während früher die gesamte Invaliden- oder Altersrente in Abzug gebracht wurde, soll dies jetzt nur zur Hälfte geschehen, und trotzdem finden wir, daß die neue Formulierung eine bedeutende Verschlechterung gegenüber der früher bedeutet. Wie geht das zu? Nun, ganz einfach; man hat in dem neuen Paragraphen die bisherige Grenze des 7/8fachen Grundbetrages entfernt und dadurch ist es möglich, daß den Arbeitern, die 15 bis 20 Jahre und länger der Stadt gedient haben und mit Ruhegeld und einer Rente zusammen den 7/8fachen Grundbetrag nicht erreichen, die Invaliden- oder Altersrente noch um die Hälfte gekürzt wird. Ein Beispiel dürfte dies am besten beweisen: Der Laternenwärter K. war 27 volle Jahre bei der Stadt beschäftigt. Sein Durchschnittslohn der letzten 5 Jahre betrug 926,11 Mark. Nach den bisherigen Bestimmungen würden sich die Gesamtbezüge wie folgt stellen:

Table with 2 columns: Category and Amount. Ruhegeld: 926,11 Mark. Invalidenrente: 488,92 Mark. Total: 1415,03 Mark.

Da in diesem Falle der 7/8fache Grundbetrag der Invalidenrente aber nur 671,55 Mark beträgt, würde ein Abzug von 25,17 Mark erfolgen. Nach der neuen Berechnung erhält der Mann an Ruhegeld 488,92 Mark, die Hälfte der Invalidenrente 101,40 Mark, zusammen 590,32 Mark.

oder einen Verlust von 76,23 Mark pro Jahr. Daß für die Familie eines zur Arbeit weiler Unfähigen dieser Verlust eine große Rolle spielt, wird wohl ohne weiteres auch der Magistrat zugeben.

Einen Vorteil bedeutet die Aenderung nur für diejenigen, die entweder 30 oder 40 Jahre gedient oder einen höheren Lohn durchschnittlich zu verdienen haben. Diese bilden aber nicht die Mehrzahl und können deshalb nicht zugunsten der schlechter Gestellten bevorzugt werden.

Zum Schluß gestatten wir uns noch den Hinweis, daß die in der Vorlage gegebene Begründung, daß die Hälfte der Beiträge zur Invalidenversicherung von der Stadt aufgebracht wird, nicht immer zutreffend ist. Das Invalidengesetz besteht 14 Jahre. Gelegt den Fall, daß ein Arbeiter drei Jahre in einem Privatbetrieb beschäftigt war, dann zur Stadt

übergang und nun nach zehn Jahren arbeitsunfähig wird. Der Privatunternehmer hat mithin 8 Jahre lang, der Arbeiter 13 und die Stadt Berlin 10 Jahre die Hälfte der Beiträge entrichtet. Streng genommen würde also hier der erste Arbeitgeber einen Teil der Hälfte der Invalidenrente beanspruchen können. Aus diesen wenigen Beispielen geht hervor, daß die neue Vorlage eine Verschlechterung bedeutet. Das kann doch aber unmöglich die Absicht des Berliner Magistrats sein. Von den Stadtverordneten wird erwartet, daß sie eine eingehende Prüfung der Vorlage vornehmen.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frauen und der preussische Parteitag.

Die sozialdemokratischen Frauen Berlins versammelten sich am 6. Dezember in den Arminhallen, um zum preussischen Parteitag Stellung zu nehmen. Reichstags-Abgeordneter Georg Ledebour referierte über: „Welches Interesse haben die Frauen am preussischen Parteitag?“ Man könnte, führte er aus, diese Frage allgemein dahin beantworten, daß die Frauen genau so wie die Männer am öffentlichen Leben interessiert seien und so auch an den Fragen, die den sozialdemokratischen Parteitag Preußens beschäftigen werden. In Preußen mühten wir vor allem hinwirken auf die Umgestaltung unseres preussischen Parlaments, dieses in Kopf und Wurzeln total verkehrten Mißgebildes, das ein Hohn sei auf den Begriff einer Volksvertretung. Die Einrichtung des Herrenhauses, die Redner mit ähndem Spott näher kennzeichnet, sei weg zu räumen. Dagegen müsse dem Proletariat durch eine gründliche Umwandlung des Wahlrechts Eingang verschafft werden in das Abgeordnetenhaus. Das mit den Interessen des männlichen Proletariats eng verknüpfte Interesse der Frauen verpflichte auch sie, teilzunehmen an dem Kampfe gegen das bestehende verrottete System, Breche legen zu helfen in dies trasse Wahlrecht. Redner würdigte eingehend die Schönheiten des Dreiklassenwahlrechts und legte dar, daß die sogenannte Reform, die Regierung und bürgerliche Parteien planten, im besten Falle in der Wirklichkeit auf dasselbe hinauslaufen werde, wie das System von heute. Wir könnten immer nur wiederholen, daß wir mit nichts anderem zufrieden sein könnten, als mit dem allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrecht auch für das Abgeordnetenhaus. Ja, wir mühten uns mit unserer Forderung gemäß dem Programm noch hinausgehen über das Reichstagswahlrecht und die Herabsetzung der Altersgrenze auf das zwanzigste Jahr, sowie das Frauenwahlrecht für die Wahl zum preussischen Landtage fordern. Wir dürften nicht darum herumgehen, wenn auch die Forderung für den Reichstag noch nicht erreicht sei. An der grundsätzlichen Forderung des Wahlrechts für die Frauen sei unter allen Umständen festzuhalten. — Genosse Ledebour skizzierte dann in großen Umrissen die Entwicklung der Stellung der Frau in Familie, Staat und im Erwerbsleben, sowie deren Einfluss auf die geistige Entwicklung der Frau. Dabei sei man sich interessanter Streiflicht auf Erscheinungen unseres sozialen und öffentlichen Lebens. Am leichtesten, fuhr der Redner fort, komme die Proletarierin zur Erkenntnis ihrer Lage und zur Förderung der Gleichberechtigung mit dem Manne. Aber es müßte betont werden, daß auch in den Kreisen der proletarischen Frauen die Erbschaft von Jahrtausenden noch nachwirke und die meisten noch voll der den Frauen eingeübten Weiblichkeit seien, daß sie nicht ins öffentliche Leben gehörten. Teilweise seien auch die proletarischen Männer reichlich mit schuld daran. Es gebe viele Männer, die das sozialdemokratische Programm ganz übernommen hätten, aber doch nicht das richtige Verständnis für die Gleichberechtigung der Geschlechter besäßen und sich nicht entsprechend betätigten. Da sei es denn Aufgabe der bereits aufklärten Frauen, auch die Männer aufzuklären, ihnen klar zu machen, welche Pflichten sie den Frauen gegenüber hätten. Was nun die Forderung des Frauenwahlrechts angehe, so seien auch von Sozialdemokraten gelegentlich Bedenken dagegen laut geworden, den Frauen schon jetzt das gleiche Wahlrecht zu verschaffen, weil sie in der Masse noch nicht erkenntnisreif seien. Man habe hier und da geäußert, die Sozialdemokratie würde in Deutschland eine Anzahl Sitze verlieren, wenn heute das Frauenwahlrecht eingeführt werden würde. Das halte auch er für möglich. Inessen dürfte deshalb den Frauen keinen Tag länger das Wahlrecht vorenthalten werden. Wehliche Bedenken seien bei der Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für die Männer erhoben worden. Die Tatsachen hätten nun aber gerade erwiesen, daß mit der Hilfe der Ausnützung des Wahlrechts sich das Klassenbewußte Proletariat bereits zu einer tieferen politischen Klarheit durchgerungen habe, als das Bürgertum, ganz abgesehen von den sozialdemokratischen Anschauungen. Die Betätigung im öffentlichen Leben wirke eben erzieherisch. Es sei daher ein Irrtum, zu sagen, man müsse einer Klasse oder, wie hier, einem Geschlecht ein Recht vorenthalten, weil noch nicht die nötige Reife da sei. Genau so, wie das männliche Proletariat in verhältnismäßig kurzer Zeit gelernt habe, das Wahlrecht vorzüglich zu gebrauchen, so würden zweifellos die Frauen, wenn erst im Besitze des Rechts, sehr bald nachholen, worin sie jetzt im großen Ganzen noch hinter den Männern zurückständen. Ein Rückschritt sozialdemokratischer Mandate würde bald wieder ausgeglichen sein. Alles, was man gegen eine plöbliche Verleihung des Wahlrechts an die Frauen einwenden möge, sei unlogisch. Und wir Sozialdemokraten mühten jede Gelegenheit benutzen, für die Frauen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu fordern, und gerade in Preußen, wo wir dies Wahlrecht für die Männer auch erst erwirken mühten, wären wir verpflichtet, die Frage des Frauenwahlrechts von vornherein zu betonen.

Um zu zeigen, welches Interesse die proletarischen Frauen an der Tätigkeit des Landtags haben, gibt Redner eine Uebersicht über die verschiedensten Fragen, die im Landtag behandelt werden. Unter anderem hob er hervor die Beteiligung der Frauen an der Gewerbeaufsicht, die Wohnungsfrage, die Schulfrage, und ging kurz darauf ein. Wie dringend notwendig es sei, sich den Zugang zum preussischen Abgeordnetenhaus zu erkämpfen, bewiese der ungeheuerliche Vorfall in Forst, wo das Vormundschaftsgericht eine Witwe zur Erziehung ihrer Kinder für unwürdig erklärte, weil sie den Fall, daß sie nicht aus dem Textilarbeiter-Verband austrete. Charakteristisch sei dabei, daß die fraglichen Herren Juristen glaubten, sich das erlauben zu dürfen, um nach ihrer Auffassung den Staat vor dem Umsturz zu retten. Derartige Erscheinungen seien kennzeichnend für unsere ganze Staats- und Gesellschaftsordnung, die

bis auf die Knochen verfault sei. Mit einer Ermunterung, aufzuklären über das Bestehende und zu ergreifen zur Betätigung im Sinne der Umwandlung unserer heutigen kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische, schloß Genosse Ledebour unter lebhaftem Beifall seinen vielfach farcistisch gewürzten Vortrag.

Es sprach darauf als erste Diskussionsrednerin die Genossin Wien, welche verschiedene Mißstände im Schulwesen kritisierte und energisch für das Frauenwahlrecht eintrat.

Genossin Zeppler stellte sich in der Wahlrechtsfrage auf den Standpunkt des Referenten, daß gerade der Gebrauch des Wahlrechts die Frauen politisch reifen würde. Für die Erläuterung des politischen Frauenwahlrechts sei nun von größter Bedeutung, daß die Frauen weit mehr als bisher zeigten, daß sie die Forderung stellten. Sie mühten aktiver hervortreten. Auf das direkteste greife in das persönliche Leben der Frau die Erziehungsfrage, die Schulfrage, ein. Betrachte man das uns drohende sogenannte Schulkompromiß, so würden viele Frauen trotzdem keine richtige Antwort auf die Frage nach den Nachteilen geben. Die Frauen mühten sich eben viel mehr mit diesen, sie so nahe angehenden Fragen beschäftigen. Der Grundfehler bei dem, was im Schulgesetz geplant sei, betreffe nicht die Frage: „Simultanschule oder konfessionelle Schule?“ Sondern mit dem ganzen religiösen Unterricht aus der Schule so müße die Lösung sein, denn der Religionsunterricht in der Schule sei überhaupt verfehlt, weil die orthodoxe Bibelgläubigkeit den Geist der Erziehung in der Volksschule beherrsche. Rednerin kritisierte weiter den patriotischen Drill in der Schule und trat für das sozialdemokratische Ideal der Einheitschule ein. Auch die Wichtigkeit der Wohnungsfrage und der vernünftigen Regelung der Gesindeverhältnisse (Abschaffung der Gesinde-Ordnungen) betonte sie.

Genossin Ottilie Baader erinnerte an die dringende Notwendigkeit der Pflichtfortbildungsschule für die Frauen, wo auch die wichtigsten Grundzüge der Frauen- und Säuglingshygiene den Schülerinnen beigebracht werden mühten. Was die Wohnungsfrage betrifft, so möge ja richtig sein, daß eine radikale Lösung in der am Privatbesitz an Grund und Boden festhaltenden heutigen Gesellschaft nicht möglich sei. Aber viele böse Weiber ließen sich heute schon beiseitigen, und darauf müsse mit aller Kraft hingewirkt werden. Eine energische Agitation sei auch gegen die Entziehung der Frauen auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswahlrechts zu entfalten, und die Verkümmern der weiblichen Rechte der Frauen auf diesem Gebiete durch falsche Anwendung der Bestimmungen müsse festgenagelt werden.

Die Versammlung beschloß, drei Delegierte zum preussischen Parteitag zu entsenden und wählte die Genossinnen Frau Zeppler, Frau Stoß und Frau Wehl.

Nach einem Schlußwort des Referenten, der feststellen konnte, daß dem Referat entgegenstehende Meinungen nicht vertreten worden waren, schloß die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 12. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20: Vortrag des Schriftstellers Herrn Th. Kappstein: „Haben als der Dichter von Frauenschicksal und Frauenaufgabe.“ Gäste willkommen.

Die Buchbindereiarbeiterin Ehefrau Gänshel in Dresden wurde wegen Ehrverletzung aus § 153 der Gewerbe-Ordnung zu 2 Tagen Gefängnis verurteilt. Sie hatte während des Buchbinderstreiks in Beziehung auf Arbeitswillinge, die an ihr vorübergingen, gesagt: Schämten Sie sich nicht, weiterzuarbeiten?

Eingegangene Druckschriften.

„Kommunale Praxis“, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeinde-Sozialismus. Herausgeber Dr. Albert Süßbaum, Berlin W. 15. In der letzten erschienenen neuesten Nummer der „Kommunalen Praxis“ hat die Diskussion über die Taktik bei Gemeindefwahlen begonnen mit einem Artikel von Franz Eichert: Die Gemeindefwahlen in der Wahl. — Neben einem reichen Nachrichtenanteil aus allen Gebieten des Gemeindeflebens umfaßt die „Kommunale Praxis“ auch einen juristischen Sprechsaal, in dem alle Fragen, die das Gemeindefleben betreffen, kostenlos beantwortet werden.

Die „Kommunale Praxis“ erscheint am 1. und 15. jeden Monats und kostet vierteljährlich 1,50 Mark. Probenummern versendet franco und gratis der Verlag Berlin W. 15.

Wartpreise von Berlin am 6. Dezember. Nach Ermittlungen des Hgl. Volksgel.-Präsidiums. Für 1 Doppelzentner: Weizen\*\*, gute Sorte 17,75-17,74 Mark, mittel 17,73-17,72 Mark, geringe 17,71-17,70 Mark. Roggen\*\*, gute Sorte 14,10-14,09 Mark, mittel 14,08-14,07 Mark, geringe 14,06-14,05 Mark. Futtergerste\*\*, gute Sorte 15,70-14,70 Mark, mittel 14,60 bis 13,60 Mark, geringe 13,50-12,50 Mark. Hafer\*\*, gute Sorte 16,50-15,50 Mark, mittel 15,50-14,70 Mark, geringe 14,60-13,50 Mark. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00-30,00 Mark. Speldebohnen, weiße 50,00-30,00 Mark. Linsen 60,00-30,00 Mark. Kartoffeln 9,00-7,00 Mark. Rübölroh 5,00-4,32 Mark. Öle 9,10-7,00 Mark. Für ein Allogramm Butter 2,80-2,00 Mark. Eier per Schock 4,50-3,90 Mark. \*) Frei Wagen und ab Bahn. \*\*) Ab Bahn.

Wasserstand am 6. Dezember. Elbe bei Kalkß + 1,15 Meter, bei Dresden - 1,32 Meter, bei Magdeburg + 1,12 Meter. — Unstrut bei Straßfurt + 1,20 Meter. — Oder bei Rathbor + 1,62 Meter, bei Breslau Ober-Regel + 4,98 Meter, bei Breslau Unter-Regel - 0,42 Meter, bei Frankfurt + 1,82 Meter. — Weichsel bei Brahmünde + 2,80 Meter. — Saale bei Posen + 0,66 Meter. — Rode bei Uß + 0,97 Meter.

Witterungsübersicht vom 7. Dezember 1904, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. d. d., Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. d. d.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 8. Dezember 1904. Himmlich warm, vorwiegend trübe mit Regenfällen und starken südwestlichen Winden; später aufklarend und etwas kühler. Berliner Wetterbureau.

Advertisement for Sunlight Soap. Includes images of soap boxes and text: 'Sunlight Seife', 'Mit geringem Aufwand an Körperkraft und mit wenig Seife erzielt man dennoch blendend weiße Wäsche, wenn man Sunlight Seife ausschließlich verwendet, weil diese den denkbar höchsten Grad der Reinigungskraft besitzt. Die Sunlight Seifenfabrik übernimmt jede Garantie, daß ihr Fabrikat frei ist von scharfen oder schädlichen Bestandteilen. Das große Doppelstück kostet 25 Pf., das handliche Achtstück (Oktogon) nur 10 Pf.'

# Pelz-

Stolas, Muffen etc.

werden in nur reeller und gediegener Ausführung nach beendeter Engros-Saison zu ansehnlich billigen Preisen verkauft in der Fabrik

**Neue Königstraße 16 I.**

Sonntag geöffnet.

Ziehung v. 10.—17. Dezbr.

## 3. Sankt Rochus-Lotterie

zu Düsseldorf.

15,379 Gewinn. Wert Mark

# 120 000

Hauptgewinne:

# 30 000

# 10 000

Los 2 M., Porto u. Liste 30 Pf. extra, versendet auch unter Nachnahme

## Carl Heintze,

Berlin W., Unter den Linden 3.

# Werte Hausfrau

naben Sie schon den Versuch gemacht, bei Tisch und in Ihrer Küche **MOHRA-Margarine** anstatt Butter zu verwenden? Ganz abgesehen von der grossen Ersparnis, die Sie machen (ca. 40 %), ist **MOHRA** der besten Naturbutter gleichwertig und für Koch- und Backzwecke nahezu unentbehrlich. **MOHRA** ist in allen einschlägigen Geschäften käuflich. Sie können **MOHRA** jederzeit wie Butter gebrauchen, glauben Sie uns

## Niemand merkt es!

### Billigste Photogr. Handlung.

Handcamera zu 6 Aufnahmen, 6 x 9 mit Zeit- und Momentenverschluss, 4,50 M. Hochlegant für 6 Aufnahmen, 9 x 12 mit 2 Spiegelgehäusen, 9,00 M. **Unerreicht! Handcamera Germania** für 12 Aufnahmen, 9 x 12 mit regulierbarem Zeit- und Momentenverschluss und Jährl. 20,00 M.; derselbe eines einfacher 15,00 M. **Nussbaum Stativ-Apparat**, 9 x 12 kompl. mit Objektiv - Stativ und doppelter Kassetten, 10,00 M., Größe 13 x 18 mit doppeltem Bodenauszug und Jahrl. 25,00 M., inkl. Kiplanet mit Blende, Tischlampe 2,00 M.

Elegante Preisliste und Unterricht gratis!

## Grass & Worff, Berlin, Markgrafenstr. 19.

Zentral: Potsdamerstr. 9 und Kottbuserstr. 1a.

Begr. 1864

## Pelzwaren-Fabrik

### S. Schlesinger

Neue Königstraße 21, II. „Ordnungshaus“

### Sinzelverkauf

nach beendet. Engros-Saison  
Reisemuster, Kolliers, Stolas, Muffen etc. zu  
billigsten Engros-Preisen.  
Es gelangt nur wirklich reelle Kürschnerware zum Verkauf.

Reparaturen 30/2\*  
billigst und sauber.

Sonntags geöffnet.

# Teppich-

## Ausnahme-Woche.

Saal-	Teppiche = 50, 65 bis 90 Mk.
Salon-	Teppiche = 30, 40 bis 65 Mk.
Spreise-	Teppiche = 25, 30 bis 50 Mk.
Wohn-	Zimmer-Teppiche = 20, 25 bis 35 Mk.
Herren-	Teppiche = 15, 18 bis 25 Mk.
Sofa-	Teppiche = 6, 8 bis 14 Mk.
Bett-	Teppiche = 1,25, 2,50 bis 5 Mk.

Außerdem offeriere ich 680 Stück prima echt Velours, echt Arminier, echt Tournay, echt Brüssel, echte Perier und Orient sowie echte Schmiedberger Smyrna-Teppiche, handgeknüpft, in allen Größen und reicher Musterwahl, mit feinsten, unerreichten Musterstücken, nur diese Woche für die Hälfte des regulären Wertes.

## Teppich-Haus

12662\*

## B. Hurwitz, Rotes Schloß,

vis-à-vis dem National-Denkmal.

Telephon Amt 1, 8311.

## Herren-Moden

### Wilhelm Seide,

20. Dresdenerstr. 20, am Oranienplatz.

Empfehle mein großes Lager

**Paletots u. Jackett-Anzüge**  
M. 9.—, 12.—, 15.—, 20.—, 25.—, 30.—

**Rock- u. Gehrock-Anzüge**  
von 18 M. an, in Tuch u. Sammgarn von 30 M. an. — Maßanfertigung zu soliden Preisen. Großes Stofflager.

Frack- u. Gesellschafts-Anzüge werden verliehen. 1124L\*

E. Möbis, Uffert, Koppenstr. 82.\*

Größtes Spezial-Geschäft für Goldgepinnt und Seidenmonogramme für Zigarren, Cais, Brief-taschen etc.

## Lederwaren-Fabrik

Felix Speier, nur Köpenickerstr. 154a.

## Dr. Simmel,

Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.  
10—2, 5—7. Sonntags 10—12. 2—4

# Kleine Anzeigen.

Jedes 5 Pfennig. Wort: 5 Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

## Verkäufe.

**Winterpaletots, Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Damenkonfektion, verfallene, raumenerregend. Pfandleihhaus Weidenweg 19.** +33\*

**Winterpaletots, Taschenuhren, Sportbillig. Pfandleihhaus Weidenweg 19.** +33\*

**Winterpaletots, Aussteuerkoffer, Regulatoren. Pfandleihhaus Weidenweg 19.** +33\*

**Winterpaletots, Toppen, Festschmücker, Bekleidungs. Pfandleihhaus Weidenweg 19.** +33\*

**Winterpaletots, Betten, Steppdecken, Teppiche. Pfandleihhaus Weidenweg 19.** +33\*

**Winterpaletots, Gardinen, Stores, Portieren. Pfandleihhaus Weidenweg 19.** +33\*

**Winterpaletots, Bettvorlagen, Bekleidungs. Pfandleihhaus Weidenweg 19.** +33\*

**Winterpaletots, Damenkleider, Schminke. Pfandleihhaus Weidenweg 19.** +33\*

**Winterpaletots, Damenkleider, Herrenkleider, Sportbillig. Pfandleihhaus Weidenweg 19.** +33\*

**Pfandleihe Kältzylinder 7, verkauft sportbillig Betten, Bettwäße, Teppiche, Tischdecken.**

**Teuringe, Herrenkleider, Damenkleider, Ketten sportbillig Pfandleihe Kältzylinder 7.**

**Winterpaletots, Koppen sportbillig Pfandleihe Kältzylinder 7.**

**Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Kessel, Schirme, Betten, Teppiche, Steppdecken, Gardinen sportbillig. Lude, Oranienstraße 131.**

**Operngläser, Koffer, Revolver, Leihhaus, Büchern, Harmonikas, Weigen sportbillig. Lude, Oranienstraße 131.** 1886\*

**Reihzeuge, Uhren, Ketten, Ringe, Brillanten, Goldschmuck, Regulatoren, sportbillig. Lude, Oranienstraße 131.**

**Winterpaletots, Operngläser sportbillig. Leihhaus Oranienweg 113 und Reanderstraße 6.** 54/16\*

**Remontoiruhren, Uhren, Ketten, Ringe, Goldwaren sportbillig. Leihhaus Oranienweg 113 und Reanderstraße 6.**

**Regulatoren, Freischwinger, sportbillig. Leihhaus Oranienweg 113 und Reanderstraße 6.** 54/16\*

**Teppiche, Betten, Gardinen, Steppdecken, Portieren, Stores, Tischdecken sportbillig. Leihhaus Oranienweg 113 und Reanderstraße 6.** 54/16\*

**Spiegel, Bilder, Möbel, Tischgarnituren sportbillig. Leihhaus Oranienweg 113 und Reanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet.** 54/16\*

**Zentralleihanlage für Damen-Bekleidung, Jägerstraße 70, Damen-Käpfe, Jacken, Capes, Kostüme, Hüde, Stiefel, neu und getragen, äußerst preiswert.** 4406\*

**Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, partiere.** +35\*

**Winterpaletots, Herrenanzüge, wenig getragene Monatsgarderobe von 6 Mark an, große Auswahl, für jede Figur, auch neue zurückgekehrt, kauft man am billigsten nur direkt beim Schneidemeister Paritzky, Rosenfelderstraße 15, III. Sonntag ganzen Tag geöffnet.** 150/4\*

**Große Sofa-Teppiche, 2 Meter lang, imitiert Brüssel 3,75, imitiert Perler 5,50, Tapestrierbrüffel 6,50, Extrapreise. Teppichhaus Emil Ledore, Oranienstraße 158.** 1019\*

**Teppiche! (sehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Gadeicher Markt 4, Bahnhofs Böde.** 142/12\*

**Möbel, Teppiche.** Durch Zufall habe ich große Partien Waren wieder gekauft. Officiere deshalb, soweit der Vorrat reicht, sportbillig: hochlegante, neue Kucheneinrichtungen sowie einzelne Möbelstücke, Büffette, Schreibtische 26,00, Wäscheschränke, Waschtisolett, Ankleideschränke, Säulen-tisch 30,00, Salongarnituren, Paneelelsofa, Tisch, Bettstellen, Kuchebetten mit hochleganten Divan-betten 22,50, prachtvolle, extragroße Salon-teppiche 18,00 und 25,00, wunder-schöne Zimmer-teppiche 8,00, Spachtel-tiere, reichgestickte Tischsportieren, Steppdecken, Tischgardinen, Tisch-lischdecken 5,00, Küchenmöbel, Platinos, Bilder, Kronen, Uhren sport-billig nur im großen Möbel-Verkaufs-peicher (Anhalter Bahnhöfen) Rosenfelderstraße 25, direkt Hochbahnhal-telle. Ganze Warenlager, Kontur-massen, Wirtschaften laufe jederzeit und lasse dieselben zu coulantem Bedingungen versteigern. Gekaufte Möbel lagern kostenlos. 24688\*

**Möbelgeschäft liefert geschmack-volle Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel. Moderne Küchen. Große Auswahl. Kein Laden, nur Keller und Hinterzimmer. Teilzahlung. Harnad, Tischlermeister, Dresdener-straße 124.** 1538\*

**Möbelgeschäft hat die schönsten, nützlichsten Weihnachtsgeschenke. Leuchten, Schreibtische 48, hoch-elegante Garnituren 125, Paneelelsofa, Stoffsofa 40, bunte elegante vollständige Kucheneinrichtung 60, Trumeaus, Gittern, Bauernische, Schirmständer, Zigarettenpinde, Pa-neelbrettel, Klavierstuhl, Wohnungseinrichtungen, reiche Auswahl, billigste Preise. Eigene Werkstätten. Dirshowig, Mariannestraße 7a.**

**Sofa, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Blumenstraße 35b.** 1619\*

**Kinderwagen, Kinderbettstellen, gebrauchte, zurückgekehrte Puppen-wagen, Kinderstuhl sportbillig, Schneider, Kurfürstenstraße 172.** \*

**Musikwerke, selbstspielende. Teil-zahlungen. Invalidenstraße 148 (Ein-gang Bergstraße), Frankfurterstraße 56, Stalherstraße 40.** 768\*

**Mengenhafter Guttakarregüter, Notenblätter 8,00, leichtschuldig 9,00, Brunnensstraße 100, Strabel.** +102\*

**Teppiche mit Farbenflecken Fabrik-niederlage Große Frankfurterstraße 9, partiere.** +37\*

**Hochbornahme Herrenkleider aus feinsten Rohstoffen 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Billiken.** 1548\*

**Ringelstischen, Bobbin, Schnell-näher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Postkarte genügt. Köpferstraße 60/61. Große Frank-furterstraße 43. Brenzlauerstraße 59/60.**

**Strawattentische, größte Auswahl. Ballnertheaterstraße 30.** 365\*

**1000 neue Nähmaschinen gebe auf Anzahlung, ohne Anzahlung. Rang-schiff, hocharmig, komplett, mit allen Apparaten. Elegante Aus-stattung, drei Jahre volle Garantie. Wellmann, Wolfenstraße 26, nahe der Landbergerstraße. Alle Maschinen nehme in Zahlung.** 1884\*

**Nähmaschinen. Zahl bis 10,00, wer Teilzahlung Nähmaschinen kauft oder nachweist. Alle Systeme. Woche 1,00. Postkarte. Vorherr, Bornborfer-straße 50.** 127/19\*

**Vronsgedronen! zweiflammig! 5,00, dreiflammig! 6,00. Salon-Ga-krone! 15,00. Gaslöcher 1/2. Scha-ferstraße 32 (Gasthofshaus).** 1408\*

**Waschmaschinen! Sparstrome! 6,00, Reifelektros! 7,00. Große Saalbe-cken! Petroleumöfen billig. Ballner-theaterstraße 32 (Gasthofshaus).** \*

**Zigaretten-Einzelverkauf. Fabrik-preise. Hochfeine Marken. Kein Laden. Schönholzerstraße 22, part.** \*

**Wäse! billig! billig! a Pfund 50 Pfennig. Weißbier-Verkauf. Paul Hoff, Eidenauerstraße, Ecke Samariter-straße 21.** 54/13\*

**Weihnachtskarten mit wirklich brennenden Kerzen, Neujahrskarten, musikalische Postkarten, Kadavertel. Grenaderstraße 22.** 5145\*

**Steppdecken billig! Großes Frankfurterstraße 9, partiere.** +37\*

**Schuhgeschäft billig zu verkaufen. Eppelnerstraße 47.** +6\*

**Gutgehende Klempnerei billig zu verkaufen. Stralauerstraße 12.** 517b\*

**Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung. Woche eine Mark, gebrauchte sportbillig. Postkarte genügt. Wienerstraße 6. Uferstraße 113.** 5575

**Bett, prachtvolles, 17,00. Michel, Dresdenerstraße 38.** 5535

**Gute Federbetten, großer Stand, rot-rosa gestreift, 25 Mark, 5 Zimmer. Möbel Kaufgabe halber billig. Dresdener-straße 38, vorn II links.** 55/3\*

**Möbelverkauf in meiner Möbel-fabrik Wallstraße 80—81, nahe Spittel-marst. Anfolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurück-gekehrte und verlebene gewesene Möbel, die wie neu sind, Kleiderständer, Vertico 27,00, Ausziehtisch 16, Tischel-bettstelle mit Federmatratzen und Reifflissen 36, Tischsofa 50, Paneelelsofa 70, Ganzstuhlette 20, Kucheb-tett 25, ganze Einrichtungen billig! Transport frei.** 55/4\*

**Ruhbaummöbel, drei Zimmer, geblüene, neu, auch einzeln. Taschen-sofa 45,00 und Küchenmöbel staunend billig. Verzichtung empfohlen, auch Sonntags. Verleberstraße 14, Ball-fof.** 5526

**Kanarienvogel 4,00, Vorkänger 7 bis 15,00. Schloßplatz 2 II.** 55/6\*

**Kinderwagen, besserer, ist zu verkaufen. Hochstraße 35, Hof partiere recht.** +102

**Schuhgeschäft anderer Unter-nehmung halber zu verkaufen. Keimel, Brandstraße 7.** +6

**Ruhbaummöbel, acht Zimmer, auch einzeln, sportbillig, Taschensofa, 45,00, Brautleuten Gelegenheit. Köpferstraße 126a, I.** 551b

**Verkauf! Tischteppich 11,00, gutes Federbett 22,00, reichgestickte Portieren 6,50, Tischdecke 6,50, zwei Steppdecken 10,00, Gaststube, Tischdecke, selbstgefertigte Bezüge und Hemden billig. Hoffmann, Raunstraße 52 I.** 555b

**Papageien, sprechend, lachend, singend, billig. Parzer Kanarienvogel (Seiserstamm), auch Tausch. Grumb-mann, Gastwirt, Kommandanten-straße 52.** 1688\*

**Nähmaschinen ohne Anzahlung, bis 10,00 Vergütung. Postkarte. Breit-holz, Uferstraße 10.** 556b\*

**125 Ritterstraße, Kaiser Friedrich-straße 42: Taschenuhren reinigen 0,75, Feder 0,75, Bedler 0,60, Regulator 1,50, Banduhr 1,00.** 5574

**Grückerische Haarfarbe, ungeschäd-lich, viele Anerkennungen. Probefläsche 0,50. Charlottenstraße 5, partiere. 5485**

**Barrellokal, Sorori, viele Vereine, seit 15 Jahren zweiter Hand, Um-händehelber sofort zu verkaufen. Kauf-haus Berliner Stadtbrauerei, Bel-fortstraße 4.** 554b

**Spezial-Kaffeegehalt, auch für einzelne Dame passend, sofort zum Inventarpreis zu verkaufen. Offerten F. 100. Kirdorf, Postamt I.** 5455

**Taschenuhren, 20,00, Wäschesofa 35,00, Ballhofstraße 23, Kapuzier. 55/5**

**Zahl bis 10,00, wer Teilzahlung Nähmaschine kauft oder nachweist. Alle Systeme. Woche 1,00. (Postkarte). Transla, Waldemarstraße 70.** 555b

**Belierinmantel, schwarzer Geb-rod, photographischen Apparat, Schaupferd billig zu verkaufen. Schöneberg, Warstraße 26, Hof III.**

**Verkauf und alle andren Bücher, fast, beliebt Antiquariat, Koch-strasse 56 I. Ami I 8831.**

**Patentanwalt Dammann, Oranien-strasse 57, Roritzplatz. Rat in Patent-sachen.** 5445\*

**Waschanhalt wäscht Chlorfrei. Zeit-wäsche, Leibwäsche 0,10, 4 Taschen-wäsche 0,10. Otto Hofe, Köpenick, Müggelheimerstraße 22. Abholung Sonnabend.** 1698\*

**Wäsche wird sauber gewaschen, im freien getrocknet. Laten, Leibwäsche 0,10. Abholung Sonnabends. Emil Bankrat, Köpenick, Müggelheimer-straße 40.** 527b

## Vermietungen.

### Wohnungen.

**Warthestraße 1—10, Hermann-straße 91—94, nahe Bahnhof Hermann-straße Kirdorf, Wohnungen: 3 Stuben, Bad, Erker, Balkon; 2 Stuben, Erker, Balkon; 1 Studie, Balkon mit vielem Zubehör; ferner Läden mit Wohnung, für jedes Geschäft passend, sofort zu haben. Näheres Warthestraße 4, I, bei der Verwaltang.** 4465\*

### Schlafstellen.

**Schlafstelle, Herrn, Witwe Greß-ling, Strahmannstraße 29.** +34\*

**Ältere Frau kann frei einmohnen. Joffenerstraße 42, Schuhmacherteller.**

## Arbeitsmarkt.

### Stellengesuche.

**„Schmecker“, Humorist, Stellener-straße 57.** +101\*

**Humorist (Gndrich) Jannstraße 1a.**

**Kuchbesserin, fleißig, sauber, im und auhem Hause, auch Kindern, Reimemachen. Bertha Quasner bei Ballnowsk, Siemensstraße 6.** +80

### Stellenangebote.

**Tüchtigen Bildergläser verlangen. Rodde u. Ko., Oranienstraße 6.** +6

**Rahmenmacher, Rahmen-schneider, tüchtige, auf Ausschläge, verlangt so-fort! Runkelstraße 9, Groß, Aktien-gesellschaft, Ritterstraße 27.** 547b

**Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.**

## Lagerhalter

kaufmännisch, zur Leitung von So-zialwaren-geschäft gesucht. Schrift-liche Offerten bis 12. Dezember an **Rabatt-Spar-Verein „Süd-Ost“**, G. m. b. H., Kottbuser Ufer 44a.

Für doppelte Schicht gesucht

## Dreher, Schlosser, Stoßer, Fräser, Werkzeugmacher und Bohrer.

Berliner Wagen-Achsenfabrik, Berlin-Pankow, Schulze 29/31.

## Für Hamburg gesucht

dauernd einen tüchtigen Bild-rahmen-Tischler. Offert. sub H. E. 4940 an Rudolf Mosse, Hamburg.

## Achtung, Holzarbeiter!

**Der Junge nach der Firma J. C. Pfaff, Jeughofstr. 3, ist streng fernzuhalten; desgl. nach der Bau-tischlerei Herrmann, Chausseest. 52, Bau-tischlerei Wäde, Gürtelstraße Nr. 106a, Emmeluth, Kirdorf, Ger-straße, Radfall, Kaffmann-Allee 10, Trudel, Chausseest. 23.**

Für **Einsteiger** gesucht sind folgende Bauten:

Bau Schloß, Charlottenburg, Straße 1b, Barzelle 10.

Bau Herold, Friedenau, Hühnel-straße 9.

Schöneberg, Feuerstr. 53, Kur-fürstendamm 68, Ludwigstr. 64 (Aufsichtsbau), Verlmeistr. 19, Char-lottenburg.

Die Bauten der Bau-tischlerei **Radfall**: Bödenstraße 10—11; die Kirche, Scherdtstraße; Gabelstr. 18; Süd-Ufer, Ecke Torstraße. Gesamtamt in Legel. Die Bauten der Bau-tischlerei **Emmeluth**, Kirdorf, Kaiser Friedrichstr. 180; Buchholzerstraße und Appel-Allee 10. Ferner Gesund-heitsamt in Dahlem; Patentamt Güt-schinerstraße; Wägenstein, Wilhelm-straße 9.

Die Bauarbeit im Schloß von den Firmen **Brachtel, Lipper, Haber-land**.

Die Bauten der Bau-tischlerei von **Hegelman**, Halensheide, Kirdorf, Kaiser Friedrichstraße 211; Gutzelt, Berlin, Teltowstr. 24; Witting, Schöneberg, Eichenstr. 96; Pelling, Berlin, Petri-Platz; Wilmersdorf, Kaiser-Allee Ecke Rosbacherstraße; Weich, Westend, nahe Bahnhof; Mittelstedt, Kirdorf, Röntgenstraße; Lehmann, Arnholdstr. 12, Hinterhaus, Eismarkt 15.

Die Bauten der Bau-tischlerei von **Birgen**, Kirdorf, Prinz Handjery-straße 23; Ober-Schöneweide, Rathenauerstraße 54/55; Reinhardt, Kirdorf, Reuter- und Rindenerstr. Ecke; Wilmersdorf, Hofmeisterstr. 27, Bo-dorf.

Die Bauten der Bau-tischlerei von **Zawatzki**, Blücherstraße; Jann, Kurfürstendamm 80; Schulze, Wie-land- und Alborstrassen-Ecke; Weich, Schöneberg, Martin Lutherstraße Ecke Barbarossastrasse; Thomon, Nieder-Schöneweide, Verlmeistr. 19.

Die Bauten der Tischlerei **Weg-her**, Uferstr. 102; Bau Hofmann, Kaiser-Allee 16; Bau Wädel, Demiglen-straße; Babelsbergerstr. 13 in Wil-mersdorf. **Die Crüderverwaltung.**

## Achtung! Holzbearbeitungs-maschinen-Arbeiter!

Wegen Differenzen sind die Firmen **M. & F. Berndt, Warschauer-straße 78,** und **Lühr & Wiese Nachfolger** Kiederborscherstraße 26, früher **Richterscher** Betrieb, gelöst. 76/16\* Der Vorstand.

Konkto. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.